

08/09.2010

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	28

VERBÄNDE



Thema: Deutscher Naturschutztag	38
DNR intern	39
Aus den Verbänden	39
Ehrenamt	39
Preise & Ausschreibungen	39

SERVICE

Rezensionen	40
Internet	41
Neu erschienen	42
Leserbriefe	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	45
Klimaneutrale Zertifizierung	
Schwerpunkt: Naturerleben	

SPEZIAL

Wasser

Seite 29 bis 37

THEMEN DES MONATS

Wattenmeer

Fossiler Anachronismus

Noch bis zum Jahr 2041 darf der Energiekonzern RWE im Wattenmeer nach Öl bohren

Seite 2

Militär und Umwelt

Aufrüsten mit Nanotechnologien

Weil Nanowaffen unkontrollierbar sind, muss globale Sicherheit anders organisiert werden

Seite 4

Ressourcenpolitik

Viva la Effizienzrevolution

Wirtschaft und Gesellschaft müssen umsteuern, denn das Zeitalter der Verschwendung geht zu Ende

Seite 6

Interview: Bisphenol A

„Keiner traut sich, es zu verbieten“

Hormonähnliche Stoffe sind gefährlich, doch die Behörden fürchten den Gegenwind der Industrie

Seite 9

Wattenmeer

Fossiler Anachronismus

Noch bis zum Jahr 2041 darf der Energiekonzern RWE im Wattenmeer nach Öl bohren

Der Unesco gilt das Wattenmeer als Weltnaturerbe. Für zahlreiche Vogelarten und die einheimischen Wale ist es Lebensraum, für Energiekonzerne dagegen ein Dorado zur Ölförderung. Nicht erst seit der Katastrophe im Golf von Mexiko sind die Bohrarbeiten im Nationalpark ein Skandal. ■ VON CHRISTOF GOETZE, SCHUTZSTATION WATTENMEER

Das Wattenmeer ist Heimat von zwölf Millionen Brut- und Zugvögeln. Es ist wichtige Zwischen- und Raststation auf ihrem Weg von den arktischen Brutgebieten in die afrikanischen Überwinterungsregionen und zurück. Die einzigen heimischen Wale leben genauso im Wattenmeer wie der Halligspitzmausrüsselkäfer, insgesamt kommen hier 10.000 Tier- und Pflanzenarten vor. Die Wattbewohner sitzen zur einen Hälfte des Tages auf dem Trocken, zur anderen Hälfte bestimmen die hereinströmenden Wassermassen ihren Lebensrhythmus. Mitten in diesem einzigartigen Naturraum, einem Nationalpark zudem, wird Erdöl gefördert.

Knapp ein Jahr ist es her, dass die Unesco im Juni 2009 dem Wattenmeer das Prädikat Weltnaturerbe verliehen hat. Fast zeitgleich mit diesem kleinen

Jubiläum haben die Landesregierung und das Landesbergamt ohne öffentliche Anhörung und ohne Beteiligung von Naturschutzverbänden eine Verlängerung der bestehenden Erdölförderung auf der Bohrinselformat A bis zum Jahr 2041 beschlossen. Währenddessen werden im Golf von Mexiko täglich Tausende von Seevögeln qualvoll am immer noch austretenden Erdöl der explodierten Bohrinselformat Deepwater Horizon.

Die Bohrinselformate waren von Beginn an umstritten

Rund 25 Millionen Tonnen des zähen und klebrigen Stoffes hat das Betreiberkonsortium aus RWE Dea und Wintershall seit 1987 südlich der Insel Trischen vor der Dithmarscher Küste gefördert. Rund 30 Millionen Tonnen werden als „gewinn-

bare Reserve“ und größtes Erdölvorkommen Deutschlands noch in drei Kilometer Tiefe unter dem Nationalpark Wattenmeer vermutet. Trotzdem reicht die hier förderbare Menge gerade einmal für einige Prozent des deutschen Ölbedarfs.

Im Sommer 1980 wurde im Auftrag der ursprünglichen Konzessionsinhaberin Deutsche Texaco mit Erkundungsbohrungen in dem Gebiet begonnen und förderfähiges Öl gefunden. Daraufhin schloss der Energiekonzern 1984 mit dem Land Schleswig-Holstein einen sogenannten Gewinnungsvertrag mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2011.

Mit der Einrichtung des Nationalparks 1985 wurde die Ölförderung im Wattenmeer auf das Gebiet südlich der Insel Trischen und des Hakensandes beschränkt. Eine schwere Bürde für einen Nationalpark, in dem Ölförderung naturgemäß



Neues Denken, neue Chancen

Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen? Hans-Peter Dürr, Kernphysiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, gibt neue Antworten auf alte Fragen. Er zeigt, dass die Verwerfungen unserer Zeit – Kriege, Klimawandel oder die Krise der Ökonomie – fatale Folgen alten Denkens und eines überkommenen Weltbildes sind. In diesem Buch fasst er sein Lebenswissen zusammen – das intellektuelle Vermächtnis eines der bedeutendsten Vordenker unserer Zeit.

Hans-Peter Dürr
Warum es ums Ganze geht
 Neues Denken für eine Welt im Umbruch

189 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-173-8
 Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft 

nichts verloren hat, aber zugleich auch ein Erfolg für den Naturschutz, denn wenigstens der Rest des Nationalparks bleibt so vor der Ölindustrie verschont.

1985 begannen die Bauarbeiten für die Bohr- und spätere Förderplattform. Mit dem Wattenmeer entstand die künstliche, mit Spundwänden umgebene Ölinsel Mittelplate. Der Bau der Plattform wurde von heftigen Protesten der Natur- und Umweltschutzverbände begleitet. Sowohl die Schutzstation Wattenmeer, die große Flächen im Nationalpark betreut, als auch der WWF und andere Naturschutzorganisationen wandten sich vehement gegen eine Ölförderung im Nationalpark. Demonstrationen, symbolische Besetzungen der Plattform und politische Lobbyarbeit bewirkten zwar bislang keine Einstellung der Förderung. Der anhaltende öffentliche Druck sorgte aber zumindest für eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen.

Die Neufassung des Nationalparkgesetzes in Schleswig-Holstein im Jahr 1999 beschränkte die Ölförderung im Nationalpark erneut auf den Bereich der Ölinsel. In der Begründung des Gesetzes wurde festgestellt, dass eine Erdölförderung „nach allgemeiner Auffassung nicht mit dem Schutzzweck des Nationalparks vereinbar“ ist. Erlaubt blieb die Förderung dennoch.

Gegen alle Widerstände wird Öl zu Lande und zu Wasser gefördert

Zu Beginn der Arbeiten in den 1980er-Jahren wurde vonseiten der Industrie zur Rechtfertigung der Bohrungen im Nationalpark immer wieder das Argument vorgebracht, das Ölvorkommen unter dem Nationalpark könnte nicht von Land aus erschlossen werden. Mittlerweile wird auf der Station Dieksand das Erdölfeld auch von Land aus angezapft. Zu einem Abbau der Ölinsel kam es dennoch nicht.

2007 kündigte RWE Dea an, die Förderung im Wattenmeer sogar noch ausweiten zu wollen. Von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt, stellte der Konzern im gleichen Jahr beim Landesbergamt in Celle einen Konzessionsantrag für die Öl- und Erdgassuche in einem rund 20.000 Hektar

großen Gebiet unter Inseln, Halligen und Wattflächen im Norden des Nationalparks. Das Bergamt stimmte dem Antrag zu, obwohl der Kreistag Nordfrieslands sich einstimmig gegen eine Ausweitung der Ölförderung im Wattenmeer ausgesprochen hatte. RWE Dea rang sich zwar zu einer öffentlichen Erklärung durch, keine weiteren Bohriseln im Nationalpark Wattenmeer errichten zu wollen. Diese Absichtserklärung ist rechtlich jedoch nicht verbindlich und die Ölförderung im Wattenmeer selbst stellt der Energieriese generell nicht infrage.

Einzig das Nationalparkgesetz verbietet zum Glück jede weitere Bohrisel im Nationalpark.

RWE lässt sich Eingriffe im Nachhinein genehmigen

RWE Dea unterstreicht in ihrer PR-Arbeit die Sicherheit der Ölinsel Mittelplate und verweist auf 22 unfallfreie Betriebsjahre. Im Jahr 2007 musste der Konzern aber zugeben, dass seine vermeintlich felsenfeste Ölinsel von einem Priel, der auf die Plattform zuwandert, fortgeschwemmt werden könnte. Über 50.000 Quadratmeter Wattboden wurden daraufhin mit Steinschüttungen – dem sogenannten Kolkenschutz – überdeckt, um die Ölinsel zu retten. Eine Maßnahme, die im Rahmenbetriebsplan nicht vorgesehen war und die Frage aufwirft, ob ein Weiterbetrieb der Ölinsel

überhaupt zulässig war. Ein entsprechendes Genehmigungsverfahren wird erst jetzt – nach diesem Eingriff – durchgeführt.

Die Ölbohrungen machen den WeltNaturerbetitel unglaublich

Es gibt kaum eine Schutzkategorie oder ein Prädikat, mit dem das Wattenmeer nicht ausgezeichnet worden ist: WeltNaturerbe, drei deutsche Nationalparks auf Länderebene, Biosphärenreservat, Feuchtgebietsschutzgebiet im Rahmen der Ramsar-Konvention, „Important Bird Area“ in der europäischen Naturschutzpolitik. Umso mehr schwächt die Ölförderung die Glaubwürdigkeit dieses Schutzes. Jede Diskussion über Verbesserungen bei der Fischerei oder über die Respektierung nutzungsfreier Zonen wird erschwert angesichts der Schädigung der Natur durch die Erdölindustrie. Deshalb ist die Position der Schutzstation Wattenmeer, dem größten in diesem Gebiet tätigen Naturschutzverband, eindeutig: Rohstoffsuche hat weder in einem Nationalpark etwas zu suchen noch in einem WeltNaturerbe.

Erdölförderung im Meer ist weder naturverträglich noch ist sie ohne Risiko möglich, wie die aktuelle Entwicklung am Golf von Mexiko eindrucksvoll beweist. Die Schutzstation Wattenmeer und der WWF gehen deshalb auch gerichtlich gegen weitere Eingriffe von RWE Dea ins Watt vor, die mit dem Nationalparkgesetz oder den europäischen Naturschutzrichtlinien nicht vereinbar sind.

Gegen Narrenfreiheit

Die Schutzstation Wattenmeer und der WWF fordern

- ▶ von RWE Dea, das WeltNaturerbe zu respektieren und auf die Ölförderung im Nationalpark zu verzichten,
- ▶ von der Landespolitik, eine Ausweitung der Ölförderung im Watt zu verhindern,
- ▶ von der Bundespolitik, das Bundesberggesetz so zu ändern, dass Rohstoffkonzerne nicht länger Narrenfreiheit in Deutschland haben.

Der Biologe Christof Goetze entdeckte seine Liebe zum Wattenmeer während des Zivildienstes bei der Schutzstation Wattenmeer in Husum. Heute ist er dort Büroleiter und kümmert sich um die Pressearbeit.

Kontakt:
Tel. +49 (0)4841 / 668546,
E-Mail:
c.goetze@schutzstation-
wattenmeer.de,
www.schutzstation-
wattenmeer.de



Militär und Umwelt

Aufrüsten mit Nanotechnologien

Weil Nanowaffen unkontrollierbar sind, muss globale Sicherheit anders organisiert werden

Experten und Regierungen glauben an die Nano-Revolution. Die Industriestaaten schrecken auch vor Nanowaffen nicht zurück, von energiereicheren Sprengstoffen bis hin zu ferngesteuerten Ratten. Die ethische Frage nach Krieg oder Frieden bekommt so eine weitere Dimension. ■ VON JÜRGEN ALTMANN, TU DORTMUND

Kleinstpartikel in Sonnenmilch, Antischweißsocken oder der Oberflächenveredelung – die Anwendung von Nanotechnologien in der zivilen Nutzung boomt, mit oftmals unbekanntem Auswirkung. Wenn neue Technik Gefahr birgt, werden im Innern von Staaten meist Regeln eingeführt: Risiken und Missbrauch sollen durch Gesetze verhindert oder minimiert werden. Der Staat hat weitreichende Rechte und darf zur Kontrolle von Arbeits- und Umweltschutz, Buchführung, Export und anderem in Betriebe gehen.

Bei der militärischen Nutzung neuer Technik liegen die Dinge anders. Hier soll möglichst schnell ihr Potenzial für selektive oder massive Zerstörung nutzbar gemacht werden. Die Forschung erkundet entsprechende Möglichkeiten, neue militärische Systeme werden entwickelt. Diese Arbeiten werden vom Staat geschützt, finanziert und mit hohem Personalaufwand durchgeführt. Gerechtfertigt wird das durch die höchsten nationalen Interessen. Denn Streitkräfte sollen in bewaffneten Konflikten siegen, und ein Hauptmittel für den Sieg ist neue Technik. Bei der Abschätzung der Folgen militärischer Technologien liegen daher besondere Bedingungen vor. Für eine verlässliche Überprüfung ist Transparenz nötig, militärische Wirksamkeit im Krieg braucht aber in vieler Hinsicht Geheimhaltung.

In den Nanotechnologien geht es um Systeme zwischen 0,1 und 100 Nanometer Größe. Das ist die Ebene von Atomen und Molekülen – hier verschwimmen die Grenzen zwischen Physik, Chemie und Biologie. Das grundsätzliche Ziel ist es, Atome und Moleküle frei zusammenbauen zu können und damit kleinste Strukturen

zu erzeugen, die gewünschte Aufgaben erledigen: als Sensoren oder elektronische Elemente fungieren, Stoffe synthetisieren oder mechanische Wirkung ausüben.

Megamarkt Militäranwendungen

Weil Nanotechnik ein extrem breites Feld ist, könnte sie im Militär in fast allen Bereichen genutzt werden.⁽¹⁾ Die Zukunft könnte so aussehen: Elektronik, Computer und Kommunikationsgeräte sind viel kleiner und dabei viel schneller. Software ist erheblich leistungsfähiger und ermöglicht mehr autonome Entscheidungen durch Maschinen. Leichtere, dabei festere Materialien, effizientere Antriebe und energiereiche Sprengstoffe werden entwickelt. Kleinste Analysesysteme für chemische oder biologische Stoffe sind ebenso möglich wie variable Tarnung. Kleinste Sensorsysteme sind so billig, dass sie zu Tausenden verstreut werden könnten. Bei Kugelwesten sowie leichter Panzerung erlaubt Nanotechnik Verbesserungen. Munition und Flugkörper treffen bei geschrumpfter Größe genauer. Kleinsatelliten starten mit Kleinraketen und werden zur Überwachung oder als Antisatellitenwaffe eingesetzt. Große und kleine Roboter, mit und ohne Waffen, sind möglich, einschließlich elektronisch gesteuert Insekten oder Ratten. Soldatensysteme überwachen den Körperzustand, der Körper kann manipuliert werden, eine Schnittstelle erlaubt die Kommunikation zwischen Gehirn und Maschine.

Viele dieser Anwendungen sind zehn, manche 20 und mehr Jahre entfernt. Bei Kernwaffen sind auf absehbare Zeit keine qualitativen Veränderungen zu erwarten, aber Nanotechnik könnte für Sicherheits- und Zündsysteme eingesetzt werden.

Bei chemischen oder biologischen Waffen muss man dagegen mit drastisch neuen Möglichkeiten rechnen, vor allem auf Grundlage der Nanotechnikentwicklungen in Pharmazie und Medizin. Dort werden Kapseln für den sicheren Einschluss und die verzögerte Abgabe von Agenzien entwickelt. Ihre winzige Größe und besondere Mechanismen sorgen dafür, dass sie leichter in den Körper oder in Zellen eindringen und zum Beispiel die Blut-Hirn-Schranke überwinden. Mittels aktiver Gruppen in den Oberflächen sollen sie sich an bestimmte Zielorgane oder -zellen binden. Die selektive Reaktion mit spezifischen Gen- oder Proteinmustern soll nur die kranken Zellen zerstören. Auch soll das Immunsystem gezielt beeinflusst werden. Alle medizinischen und pharmazeutischen Fortschritte könnten auch für neue biochemische Waffen eingesetzt werden, die durch ausgefeilte Mechanismen nur in bestimmten Zielgruppen auf besondere Organe oder Hirnzentren wirken würden. Das geht soweit, dass trotz breiten Ausbringens nur eine spezielle Person getötet oder verwirrt würde. Nanotechnik wird aber auch empfindlichere Sensoren für chemische und biologische Agenzien sowie wirksamere Materialien für Filter und Dekontamination erlauben.

USA führend bei militärischer Forschung

Für die zivile Nanotechnikforschung und -entwicklung investieren die USA, Europa und Japan je etwa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr – der Rest der Welt zusammen gibt etwa denselben Betrag aus. Bei der militärischen Nanotechnikforschung gibt es jedoch ein erhebliches Übergewicht der USA: Sie stellen 80 bis 90 Prozent der

Weltaufwendungen. Ein Viertel bis ein Drittel der Gelder für die dortige National Nanotechnology Initiative geht an das Verteidigungsministerium – 2009 waren das 459 Millionen von 1,7 Milliarden US-Dollar. Damit Nanotechnik schneller zu militärischen Anwendungen führt, finanziert die US-Armee zudem seit 2002 das Institute for Soldier Nanotechnologies des Massachusetts Institute of Technology.

Auch andere Länder sind aktiv in militärischer Nanotechnikforschung, darunter Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Schweden und Israel. Hier betragen die Etats aber nur einige Millionen Dollar oder Euro pro Jahr. In Deutschland gibt es bisher kein besonderes Nanotechnikprogramm des Verteidigungsministeriums. Über Russland und China ist nicht viel bekannt; offensichtlich ist, dass auch sie sich um militärische Nutzung der Nanotechnik kümmern, aber auch, dass sie erheblich weniger Mittel aufwenden als die USA.

Sicherheitsdilemma und Auswege

Das internationale System ist im Grunde durch Anarchie gekennzeichnet: Anders als im Innern von Staaten gibt es keine übergeordnete Autorität, die Sicherheit gewährleistet. Jeder Staat versucht, Sicherheit vor einem Angriff durch die Drohung mit seinen Streitkräften zu erlangen. Dabei erhöht er aber die Bedrohung für andere, und im Gesamtergebnis verschlechtert sich die Sicherheit aller. Ein Ausweg aus diesem sogenannten Sicherheitsdilemma ist die freiwillige gegenseitige Beschränkung der Streitkräfte, also Rüstungskontrolle.⁽²⁾ In der Begrenzung der eigenen militärischen Fähigkeiten und deren Überprüfung liegt aber ein Widerspruch: Die Streitkräfte sollen nicht zu sehr eingeschränkt werden und wichtige militärische Informationen sollen geheim bleiben.

Präventive Rüstungsbegrenzung

Neue Militärtechnik kann das Sicherheitsdilemma verschärfen; zur Vermeidung dient vorbeugende (präventive) Rüstungsbegrenzung. Diese zielt erstens auf die Einhaltung bestehender Rüstungskontrolle

und des Kriegsvölkerrechts sowie die Vermeidung von Massenvernichtungswaffen ab. Zweitens geht es um die militärische Stabilität zwischen potenziellen Gegnern, auch Rüstungswettläufe und Proliferation sollen vermieden werden. Drittens sind Gefahren für Menschen, Umwelt und Gesellschaft zu betrachten, die sich schon zu Friedenszeiten ergeben können.

Untersucht man die möglichen militärischen Nanotechnikanwendungen nach diesen Kriterien, werfen vor allem die allgemeineren – wie Computer, Software, Materialien – geringere Probleme auf, auch sind sie zivilen Nutzungen so nahe, dass Beschränkungen beim Militär illusorisch wären. Ganz wenige Anwendungen können positive Auswirkungen haben, vor allem chemische oder biologische Sensoren, die zur Warnung vor Anschlägen oder für die Überprüfung von Abkommen dienen können. Eine Reihe von Anwendungen brächte aber große Gefahren mit sich und muss deshalb beschränkt werden.

Die gegenwärtig dringendsten Forderungen sind: Einhaltung des Chemiewaffenübereinkommens, Stärkung des Biowaffenübereinkommens durch ein Einhaltungs- und Überprüfungsprotokoll und ein Verbot bewaffneter unbemannter Kampfsysteme, die in Form von pilotenlosen Kampfflugzeugen, noch weitgehend ohne Nanotechnik, gerade entwickelt und erstmals eingesetzt werden.

Gewaltspirale oder Demokratisierung?

Nanotechnik und andere Zukunftstechnologien stellen die internationale Gemeinschaft vor die Frage, wie sie mit revolutionärer Technik umgeht. Denn wer nur die eigene militärische Überlegenheit anstrebt, übersieht die internationalen Wechselwirkungen und zukünftige Gefahren durch terroristischen Einsatz von Nanotechnikbasierten Waffen. Für Frieden und die internationale Sicherheit wäre es besser, vorbeugende Verbote gefährlicher Nanotechnikanwendungen zu vereinbaren.

Die bisher vorgeschlagenen vorbeugenden Begrenzungen können derzeit weitgehend durch herkömmliche Inspektionen überprüft werden. Da nanotechnische Sys-

teme aber immer kleiner und breiter verfügbar sein und mit relativ billiger Technik erzeugt und modifiziert werden können, kann sich in einigen Jahren ein Problem ergeben. Begrenzung und Kontrolle von Missbrauch können eine so intensive Überprüfung erfordern, dass sie mit der militärischen Geheimhaltung nicht vereinbar wären.

Die Folge wäre entweder ein ungebremster Rüstungswettlauf mit vielen Arten von Instabilität: Mikroroboter, die heimlich beim Gegner eindringen und dort jederzeit die Systeme lahmlegen könnten; Kleinsatelliten, die zivile und militärische Satelliten der Gegenseite innerhalb kurzer Zeit zerstören können; Attentate auf PolitikerInnen mit zielsuchenden Miniflugkörpern; „molekulare Hacker“, die selbst erzeugte ansteckende Erreger in der realen Welt verbreiten, nicht nur Computerviren in elektronischen Netzen.

Oder die Menschheit lernt, die globale Sicherheit anders zu organisieren. Dazu bräuchte es ein Gewaltmonopol bei den – demokratisierten – Vereinten Nationen und ein internationales Strafrecht mit dem Recht, auch in Staaten tätig zu werden. Die meisten Staaten müssten freiwillig auf Teile ihrer Souveränität verzichten. Dorthin ist es ein sehr langer, beschwerlicher Weg. Aber alle Schritte in diese Richtung sollten unterstützt werden.

Anmerkungen

- ▶ (1) Altmann, J. (2006): Military Nanotechnology – Potential Applications and Preventive Arms Control. Routledge, Abingdon/New York; Grüne, M. u. a. (2006): Grundlagen und militärische Anwendungen der Nanotechnologie. Report, Frankfurt/M.
- ▶ (2) Andere Auswege sind die defensive Umstrukturierung der Streitkräfte und die Lösung der zugrunde liegenden politischen Probleme.

Der Physiker und Friedensforscher Jürgen Altmann forscht seit 1985 über naturwissenschaftlich-technische Fragen der Abrüstung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)231 / 755-3520,
E-Mail: altmann@
e3.physik.tu-dortmund.de,
http://e3.physik.
tu-dortmund.de/P&D



Ressourcenpolitik

Viva la Effizienzrevolution

Wirtschaft und Gesellschaft müssen umsteuern, denn das Zeitalter der Verschwendung geht zu Ende

Die Vorräte an Öl, Metallen und seltenen Erden schrumpfen. Bevor Rohstoffkonflikte überhandnehmen, muss die Basis unserer Volkswirtschaften radikal geändert werden. Dabei geht es nicht nur um die Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch, sondern um dessen absolute Senkung. Ohne aktive staatliche Innovationspolitik und die Teilhabe der Bevölkerung an Entscheidungen ist das nicht zu machen. ■ VON MICHAEL MÜLLER, NATURFREUNDE

Billige Rohstoffe und billige Energie waren die Schmierstoffe des Industriezeitalters und der Schlüssel für Wohlstand. Doch das Ende der grenzenlosen und preisgünstigen Nutzung vieler Rohstoffe rückt schnell näher. Das Verschwendungszeitalter ist vorbei. Die nachholende Industrialisierung in Schwellenländern wie China und Indien, die die westlichen Volkswirtschaften nachahmen, sowie das Bevölkerungswachstum in vielen Erdregionen spitzen die Nutzungskonflikte um Rohstoffe zu.

Das ölreichste Land der Erde, Saudi-Arabien, hat den Höhepunkt der Förderung wahrscheinlich bereits überschritten. Auch die dramatische Ölkatastrophe im Golf von Mexiko ist ein alarmierender Hinweis darauf, dass Peak Oil, das weltweite Fördermaximum, erreicht ist. Auch das Ende vieler seltener Erden und Metalle

ist absehbar. Das globale Entwicklungsmodell, das seit der industriellen Revolution auf der Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen beruht, wird sich radikal verändern. Selbst Kriege um Ressourcen werden zu einer realen Gefahr.

Effizienztechniken für die ökologische Wissensgesellschaft

Gleichzeitig geraten die Naturkreisläufe aus dem Lot. Die globale Klimaerwärmung wird in diesem Jahrhundert wahrscheinlich drei Grad erreichen, bald schon 0,2 Grad pro Jahrzehnt. Eine Zunahme der Extremereignisse ist nicht mehr zu verhindern, weil sich die höhere Konzentration von Treibhausgasen mit einer Zeitverzögerung von vier bis fünf Jahrzehnten im Klimasystem auswirkt. Das Erreichen der ökologischen Grenzen des Wachstums

bedeutet einen tiefen Einschnitt für Wirtschaft und Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund wird die intelligente Nutzung der Ressourcen zur Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Waren in der Vergangenheit die Dampfmaschine, die Eisenbahn, die Elektrotechnik, die Chemieproduktion und die Massenmobilität die wesentlichen Treiber für die Modernisierung der Wirtschaft, haben in den letzten Jahrzehnten die Informations- und Kommunikationstechnologien diese Rolle eingenommen. In Zukunft werden Effizienztechniken die Leit- oder Querschnittstechnologie sein. In Verbindung mit erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen und dank moderner Informations- und Kommunikationstechniken werden sie der strategische Faktor der Weltwirtschaft sein, die immer stärker an der sparsamen und effizienten Nutzung

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kultivieren

Gärten und Städte entstanden als Verteidigungsorte des Menschen gegen die wilde Natur. Mit deren Aneignung wandelten sich auch die menschliche Natur und das gesellschaftliche Leben. Expert(inn)en verschiedener Fachrichtungen zeichnen in diesem Buch ein facettenreiches Bild vom Garten – von der Renaissance bis zur Gegenwart, vom humanistischen Garten bis heute: Bunt wie das Leben selbst und reich an Erkenntnissen über das, was uns bewegt.

**B. Reimers (Hrsg.)
Gärten und Politik
Vom Kultivieren der Erde**

320 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, 29,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-158-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



der Ressourcen hängt. Das ist die Idee der ökologischen Wissensgesellschaft, die der Idee der Nachhaltigkeit verbunden ist.

Wirtschaft und Verbrauch entkoppeln

Ziel einer solchen Effizienzrevolution ist nicht nur die Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch, sondern weitgehend dessen absolute Senkung. Wer bei der intelligenten Nutzung von Energie und Rohstoffen führend ist, wird nicht nur ökologisch das Notwendige tun, sondern auch den nächsten Wirtschaftszyklus entscheidend prägen. Die Weltmarktpreise für importierte Rohstoffe sind im Euro-Raum zwischen 2000 und 2005 um 81 Prozent gestiegen. Langfristig werden nur die Volkswirtschaften ökonomisch erfolgreich sein, die darauf mit massiven Effizienzsteigerungen antworten.

Unternehmen müssen hochwertige, recycelbare Produkte mit weniger Materialeinsatz und immer mehr in einer Kreislaufwirtschaft produzieren. Dafür muss die Basis der Volkswirtschaft schneller umgestaltet werden: Die industrielle Wertschöpfung muss effizienter und schonender mit Ressourcen umgehen, endliche Ressourcen müssen durch erneuerbare Rohstoffe ersetzt werden. Der Staat muss dafür wirtschafts-, technologie- und industriepolitische Instrumente einsetzen, um ökologische Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Markt allein kann das nicht erreichen. Eine aktive Innovationspolitik ist nötig.

Neue Dienstleistungen sparen Ressourcen und schaffen Arbeitsplätze

Effizienztechnologien sind außerdem ein entscheidender Beitrag, um aus der Beschäftigungsfalle herauszukommen. Diese ergibt sich aus dem schwächer werdenden Wirtschaftswachstum in den entwickelten Industriestaaten, das deutlich hinter der Arbeitsproduktivität zurückbleibt. Die Folge davon ist, dass Arbeit durch Technik ersetzt wird – die „technologisch bedingte Arbeitslosigkeit“ nimmt zu. Bei „Qualitätsprodukten“ und intelligenten Technologien auf den ökologischen Zukunftsmärkten

ist der gegenläufige Trend zu beobachten: Hochwertige Produkte, die sich durch längere Haltbarkeit, lange Verwertungskaskaden oder intelligentes Ressourcendesign auszeichnen, sind die Gewinner. Indem Energie, Material und Rohstoffe durch bessere Technik und qualifizierte Arbeit ersetzt werden, generiert die Effizienzrevolution mehr Beschäftigung. Studien der Unternehmensberatungen Prognos und Arthur D. Little ergaben, dass eine Reduktion des Material- und Energieumlaufs um zehn Prozent zwischen 600.000 und 800.000 Arbeitsplätze schaffen kann. Außerdem stärkt die Effizienzrevolution die Wettbewerbskraft der Volkswirtschaft, indem sie die Kosten der Produktion reduziert und die Importabhängigkeit verringert.

Angesichts der Vorteile eines sparsamen Ressourceneinsatzes ist es bemerkenswert, dass Ressourceneffizienz so wenig eingeklagt wird. Dabei ist das Sparpotenzial bei den Ressourcen wesentlich größer: Fast die Hälfte der Kosten im verarbeitenden Gewerbe sind Material-, Energie- und Rohstoffkosten, die Lohnkosten liegen dagegen deutlich unter 25 Prozent; kein Wunder, denn seit 1960 ist die Arbeitsproduktivität um den Faktor vier gestiegen, während die Materialproduktivität nur um den Faktor zwei und die Energieproduktivität um den Faktor 1,5 wuchsen.

Ziel ist die 2.000-Watt-Gesellschaft

Ehrgeizige Ziele für eine Effizienzrevolution sind erreichbar, wenn die Idee der Dienstleistungen ins Zentrum rückt, um behagliche Raumwärme, konstante Stromleistungen oder bequeme Mobilität anzubieten. Im Bereich Bauen und Wohnen kann zum Beispiel durch intelligente Nutzung und Recycling der Materialverbrauch in den nächsten 20 Jahren halbiert werden. Im Energiesektor ist es möglich, bis Mitte des Jahrhunderts die 2.000-Watt-Gesellschaft – gegenüber einem heutigen Pro-Kopf-Leistungsbedarf von 6.500 Watt – zu verwirklichen. Folgende Schritte sind dafür notwendig:

- Potenziale zur Steigerung der Produktivität und zur Reduktion von Umwelt-

belastungen sind für die wichtigsten Rohstoffe und Materialien und über die gesamte Prozesskette hinweg systematisch zu erfassen. Dazu gehören beispielsweise die Informations- und Kommunikationstechnologie, Einzelmaterialien wie Stahl und Phosphor oder der Bereich Bauen und Wohnen.

- Konkrete Branchen- und Regionalkonzepte sind zu entwickeln, um die Möglichkeiten zur Nutzung der Ressourcenproduktivität auszuschöpfen.
- Bekannte und zum Teil bereits erfolgreiche Instrumente müssen endlich breit eingesetzt werden: Einpreisung des Naturkapitals, Ökodesignstandards, Top-Runner-Programme, in denen das jeweils effizienteste Gerät den Standard setzt, Produktverantwortung, Innovationsförderung, Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie Marktanreizprogramme zur Umsetzung von Produktivitätssteigerungen.

Ohne Mitsprache geht es nicht

Nur wenn es überall zu Einsparungen und Effizienzsteigerung sowie einer Transformation zur Kreislaufwirtschaft kommt, können die absehbaren Verteilungskämpfe um knapper werdende Ressourcen entschärft werden. Die technischen Möglichkeiten für eine Effizienzrevolution sind da. Die ökologische Modernisierung ist eine Frage der politischen Durchsetzungskraft. Das ist nicht zuletzt auch ein Argument für mehr Demokratie und den Ausbau von Mitbestimmungs- und Teilhaberechten.

Der Stahlbetonbauer und Betriebswirt Michael Müller ist Bundesvorsitzender der NaturFreunde und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings. Er war 26 Jahre lang für die SPD im Bundestag und von 2005 bis 2009 Staatssekretär im Bundesumweltministerium.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 29773260,
E-Mail:
info@naturfreunde.de,
www.naturfreunde.de

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallvermeidung**EU soll Plastiktüten verbieten**

■ In einem offenen Brief hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) Anfang Juli Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) aufgefordert, sich für ein Verbot von Plastiktüten in der EU einzusetzen. Die weltweit meist nur einmal verwendeten 600 Milliarden Plastiktüten pro Jahr seien „Symbol einer maßlosen Verschwendung von Ressourcen“, kritisierte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Zunehmend würden auch die Weltmeere durch Kunststoffe vermüllt. Das gefährde zahlreiche Tierarten, die winzige Plastikteile irrtümlich als Nahrung zu sich nehmen. Über die Nahrungskette gelangten die darin enthaltenen schädlichen Stoffe zum Menschen zurück. Weltweit gelangen nach UN-Angaben täglich mehr als 15.000 Tonnen Kunststoffmüll in die Meere. [jg]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Elektroschrott**Mehr Altgeräte einsammeln**

■ Ab 2016 sollen nach Meinung des Umweltausschusses des EU-Parlaments (ENVI) mindestens 85 Prozent des Elektronikmülls eingesammelt werden. Das ergab eine Abstimmung über die EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) Ende Juni.

Die EU-Kommission hatte im Dezember 2008 einen Vorschlag für die Neuregelung der WEEE-Richtlinie vorgelegt. Danach liegen die anvisierten Prozentziele für eingesammelte Altgeräte bis 2016 bei 65 Prozent der Menge der Neugeräte, die in den jeweils drei vorangegangenen Jahren auf den Markt gebracht wurden. Das Parlament sprach sich für 85 Prozent der im laufenden Jahr tatsächlich angefallenen Elektroschrottmengen aus, strebt also eine

andere Berechnungsgrundlage an. Bis 2012 soll laut ENVI-Beschluss ein Zwischenziel gelten: entweder die zurzeit in der EU angestrebte Menge von vier Kilogramm Elektroschrott pro Kopf und Jahr oder die Gesamtmenge Müll, die im Jahr 2010 eingesammelt wurde – je nachdem, was im einzelnen Mitgliedstaat mehr ist. Ehrgeizigere Ziele sollen möglich sein. Außerdem fordern die Abgeordneten, schon bei der Herstellung von Gütern auf Wiederverwendung und Recycelbarkeit zu achten.

Weniger als ein Fünftel des Elektroschrotts werde bisher recycelt, der Rest „auf fragwürdige Art“ behandelt oder illegalerweise ins Ausland verbracht, kritisierten Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro EEB. Die Plenarabstimmung ist für September vorgesehen. [jg]

- ▶ ENVI: www.kurzlink.de/e-waste-2010-06-22
- ▶ EEB, Abfallexperte Stephane Arditi, Brüssel, E-Mail: stephane.arditi@eeb.org, www.eeb.org

Chemikalienzulassung**Neue Vorschriften für Biozide**

■ Biozide, die zum Beispiel in Holzschutzmitteln oder antibakteriellen Putzmitteln enthalten sind, sollen in der Europäischen Union nicht mehr erlaubt sein, wenn sie hochgiftig sind oder sich in der Umwelt anreichern. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments stimmte Ende Juni den Änderungsvorschlägen der Kommission über die neue Biozidverordnung zu. Außerdem sollen Tierversuche reduziert sowie das Zulassungsverfahren zentralisiert und beschleunigt werden. Die EU-Kommission äußerte allerdings die Befürchtung, dass die europäische Chemikalienagentur ECHA nicht genügend Zeit und Ressourcen haben könnte, die zahlreichen Produkte zu prüfen. Laut der Biozidverordnung sollen auch bestimmte Inhaltsstoffe überprüft werden, die Nanopartikel enthalten. Umweltverbände fordern dies seit Langem, da die Folgen von Nanobestandteilen beispielsweise in Textilien für Gesundheit und Umwelt noch nicht erforscht sind.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN

lobte das Abstimmungsergebnis, da es den Kommissionsentwurf deutlich nachbessere. Dennoch müssten die Umwelt- und Gesundheitsvorschriften weiter verschärft werden. Voraussichtlich im September will das Parlament über die Verordnung abstimmen. Danach muss noch der Ministerrat sein Votum abgeben. [mbu]

- ▶ www.pan-germany.org

Hormonelle Chemikalien**EFSA hat noch keine Meinung zu Bisphenol A**

■ WissenschaftlerInnen der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA beraten zurzeit über eine Empfehlung zur hormonell wirksamen Chemikalie Bisphenol A (siehe Interview S. 9). Öffentlich werden soll diese aber frühestens im September. Eigentlich wollten die ForscherInnen in dem EFSA-Gremium für „Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Enzyme, Aromastoffe und Verarbeitungshilfsstoffe“ schon im Juli so weit sein. Doch die Beschäftigung mit 800 verschiedenen Texten, Artikeln und Untersuchungsergebnissen dauerte länger als gedacht. Deshalb ist jetzt für September ein Sondertreffen anberaumt worden.

Umwelt- und Gesundheitsverbände drängen auf eine Entscheidung, denn das „Pseudohormon“ Bisphenol A (BPA) steht im Verdacht, die Fortpflanzungsfähigkeit zu beeinträchtigen, den Fettstoffwechsel zu beeinflussen und Herz-Kreislauf-Krankheiten sowie Diabetes auszulösen. Dänemark hat bereits ein BPA-Verbot für Kinderprodukte beschlossen. Umweltverbände wie der BUND setzen sich auch für ein Verbot von BPA in Alltagsgegenständen ein. Bisher ist BPA sogar in Baby Schnullern enthalten.

BPA ist außerdem Bestandteil von Polycarbonat. Aus dem Kunststoff werden Babyfläschchen, feste Getränkeflaschen oder Mikrowellengeschirr hergestellt. Auch in Thermopapier von Kassenzetteln sowie in beschichteten Konserven- und Getränke-

„Bei dem Gegenwind durch die Industrie traut sich momentan keiner, Bisphenol A zu verbieten“

Geschätzte 1.500 Industriechemikalien, die krebserzeugend, fortpflanzungsschädlich oder extrem langlebig sind, befinden sich auf dem Markt. Auch hormonähnlich wirkende Stoffe haben oft negative Folgen für Gesundheit und Umwelt. Die zuständigen Behörden ignorieren lieber unabhängige Studien anstatt das heiße Eisen anzufassen, kritisiert Ninja Reineke vom WWF.

umwelt aktuell: Frau Reineke, wie Studien zeigen, haben fast alle Kinder die Chemikalie Bisphenol A im Blut. Ist das gefährlich?

Ninja Reineke: Dass Bisphenol A, kurz BPA, bei Kindern und auch vielen Erwachsenen nachgewiesen wurde, ist erschreckend. Diese Industriechemikalie wird meist zur Herstellung von Epoxidharzen und dem Kunststoff Polycarbonat verwendet. Die Verbraucher kommen über die Produkte, die Nahrung und indirekte Quellen wie Hausstaub damit in Kontakt, aber niemand hätte wohl dieses Ausmaß vermutet. BPA hat eine Östrogen-ähnliche Wirkung, wie das weibliche Sexualhormon. Das Problem ist, dass der Hormonstoffwechsel extrem empfindlich auf Schwankungen reagiert. Neue Studien zeigen, dass der Stoff das Potenzial hat, die Gehirnentwicklung bei Kleinkindern zu stören und bei Erwachsenen zu Leberschäden, Diabetes und Herzerkrankungen beizutragen. Ungeborene könnten durch BPA ein erhöhtes Risiko für späteren Brust- oder Prostatakrebs entwickeln.

Warum tut dann niemand was dagegen?

Die Kontroverse um BPA ist seit Jahren voll im Gange. Es geht darum, wie gefährlich BPA in Niedrigkonzentrationen wirkt und wie stark die Bevölkerung dem Stoff ausgesetzt ist. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA sieht bisher keinen Grund zur Besorgnis, denn nach ihrer Interpretation wird BPA im menschlichen Körper abgebaut, bevor es Schaden anrichtet. Im Juni hat der WWF mit einem breiten Bündnis kritisiert, dass die EFSA bisher bei ihren Bewertungen vor allem solche Studien berücksichtigt, die von Industrieverbänden in Auftrag gegeben wurden. Viele unabhängige Studien, die eine schädliche Wirkung schon weit unterhalb des von der EFSA für unbedenklich erklärten Wertes in Tierversuchen nachgewiesen haben, wurden vernachlässigt. Die eventuelle Neubewertung hat die EFSA verschoben, und bisher deutet leider nichts auf eine Positionsänderung hin.

Dänemark und Frankreich haben BPA-haltige Babyflaschen verboten. Deutschland wartet ab ... Maßnahmen zum besseren Schutz, insbesondere von Kindern und Müttern, sind schon lange überfällig.

Dabei kann das Verbot von Babyflaschen aus Polycarbonat aber nur ein erster Schritt sein, weil wir dem Stoff auf ganz viele verschiedene Weisen ausgesetzt sind. Wir müssen ja auch die Belastungen der Mütter reduzieren, um die Ungeborenen und Säuglinge zu schützen. Momentan traut sich aber niemand, dieses heiße Eisen richtig anzufassen, wahrscheinlich auch wegen des starken Gegenwindes aus der Industrie. Aus unserer Sicht sollte Bisphenol A im Verpackungsbereich nicht mehr verwendet und auch in vielen anderen Verbraucheranwendungen verboten werden. Immerhin hat das Umweltbundesamt die Industrie aufgefordert, BPA zu ersetzen. Deutschland sollte dringend Maßnahmen auf nationaler Ebene prüfen und auch auf EU-Ebene aktiver werden, zum Beispiel BPA als besonders besorgniserregend deklarieren oder einige Anwendungen direkt verbieten.

Gibt es denn Alternativen zu Bisphenol A?

In vielen Fällen sind Lösungen verfügbar: Viele Hersteller von Babyflaschen haben bereits reagiert und verwenden Glasflaschen oder aber andere Kunststoffe als Polycarbonat. Für Dosenbeschichtungen ist es eventuell schwieriger. Innovative Firmen könnten hier neue Lösungen entwickeln. Beim Thermopapier wird wohl manchmal Bisphenol S verwendet, wobei noch Datenlücken über dessen Wirkungen bestehen. In der Vergangenheit wurden gefährliche Chemikalien ja leider oft durch ähnliche Stoffe ersetzt, die dann kurze Zeit später wieder zum Problem geworden sind.

Welche Effekte haben Chemikalien wie Bisphenol A denn auf Ökosysteme und Tiere?

Die Wirkungen sind auch hier besorgniserregend, denn das Hormonsystem funktioniert bei vielen Tieren ganz ähnlich. Die hormonähnliche Wirkung von Umweltchemikalien wurde sogar zuerst an Tieren entdeckt, denn auch PCB, Dioxine, Alkylphenole und manche Pestizide können das Hormonsystem beeinträchtigen. Wegweisend war 1997 das Buch „Die bedrohte Zukunft“ von der US-Wissenschaftlerin Theo Colborn. Darin sind schadstoffbedingte Effekte bei einigen Tierarten in belasteten Regionen beschrieben, zum Beispiel Fehlbildungen der Genitalien bei

Alligatoren, Verweiblichung von männlichen Fischen, verändertes Brutverhalten von Vögeln. Mittlerweile wurden derartige Wirkungen an weiteren Tierarten nachgewiesen, darunter Frösche, Falken, Otter, und sogar Eisbären. Man findet Veränderungen der Hormonkonzentrationen, die die Fertilität und Fortpflanzung einschränken oder mit Entwicklungs- und Verhaltensstörungen einhergehen können.

Haben Sie Tipps für „ungefährlichen Konsum“?

Der Einsatz von umwelt- und gesundheitsschädlichen Chemikalien in Verbraucherprodukten muss grundsätzlich beendet werden. Bis es so weit ist, sollten die Verbraucher ein paar Dinge beachten. BPA selbst muss zwar bisher nicht gekennzeichnet werden, aber man kann auch auf Produktkennzeichnungen wie PC für Polycarbonat oder den Recyclingcode 7 achten. Wer die Aufnahme von Chemikalien im Alltag vermeiden will, sollte am besten biologisch angebaute und wenig verpackte Lebensmittel kaufen und bei Produkten wie Teppichen, Sofas, Textilien und Elektrogeräten nach den enthaltenen Chemikalien fragen. Es gibt auch ein Verbraucherauskunftsrecht. Produkttests bieten ebenfalls einen guten Anhaltspunkt oder auch zertifizierte Label, die signalisieren, dass auf bestimmte Stoffe verzichtet wird. Kleidung sollte vor dem ersten Tragen gewaschen werden. Und Vorsicht bei Kennzeichnungen wie „antimikrobiell“ oder „schmutzabweisend“, die deuten auf unnötige Zusatzstoffe hin!

[Interview: Juliane Grüning]

Die Chemikerin Dr. Ninja Reineke ist seit 2005 Chemikaliexperte im Brüsseler WWF-Büro.

Kontakt: Tel. +32 (0)2 / 7400926,

E-Mail: nreineke@wwfepo.org,

www.wwfepo.org

www.kurzlink.de/

[wwf-pbt-broschuere](#)

Informationen zum Verbraucherauskunftsrecht:

www.bund.net/

[gift-stoppen](#)



dosen ist BPA enthalten und kann so über die Haut oder das Essen aufgenommen werden. Derzeit gilt eine tolerierbare Tagesmenge von 0,05 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht. Ob sich daran etwas ändern soll, steht noch nicht fest. [jg]

- ▶ EFSA zu BPA: www.kurzlink.de/efsa-2100713
- ▶ BUND zu BPA: www.bund.net/schnuller

Industrieemissionsrichtlinie

„Eine europäische Tragödie“

■ In Europa gilt künftig eine neue Richtlinie über Industrieemissionen. Ende Juni einigten sich die EU-Institutionen im Vermittlungsverfahren auf eine Neufassung der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC). Die neue Richtlinie fasst die alte und sechs weitere Richtlinien über Emissionen zusammen. Künftig soll sich die Genehmigung von Neuanlagen an der besten verfügbaren Technik orientieren, sofern das technisch und wirtschaftlich leistbar ist. Die Richtlinie setzt Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickoxide, Feinstaub und flüchtige organische Verbindungen fest. Bis 2013 müssen die Mitgliedstaaten „Nationale Übergangspläne“ an die EU-Kommission melden.

Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) reagierten „sehr enttäuscht“ darauf, dass interessierte Industriekreise und Länder mit veralteten Kraftwerken wie Großbritannien, Italien und Polen Fristverschiebungen und lokale Ausnahmemöglichkeiten durchsetzen konnten. So müssen Großfeuerungsanlagen erst ab Mitte 2020 die neuen Regeln einhalten und in die Technik investieren. Zudem lassen sich mit verschiedenen Tricks strengere Vorschriften umgehen.

Auch der Berichterstatter im EU-Parlament, der deutsche FDP-Politiker Holger Kraemer, nannte die Diskussion um die Großfeuerungsanlagen „eine europäische Tragödie“. Die nationalen Übergangspläne für die nächste Dekade seien „nichts anderes als eine Lizenz für Umweltverschmutzung durch uralte Kohlekraftwer-

ke“ und für die progressiveren Staaten eine „Strafe“ für das schnellere Erreichen hoher Umweltstandards. Dennoch bringe die Einigung mehr Klarheit und baue Wettbewerbsverzerrungen ab, betonte Kraemer.

Das EEB kritisierte, dass die EU-Kommission kaum rechtliche Möglichkeiten habe, wenn Mitgliedstaaten die Vorschriften verletzen. Dabei seien die alten Kraftwerke für 90 Prozent aller industriellen Stickstoffoxide und Schwefeldioxidemissionen verantwortlich. „Einige Kraftwerksbetreiber nutzen schon über 30 Jahre mit großen Gewinnen die ältesten und schmutzigsten Großfeuerungsanlagen und die EU erlaubt ihnen nun, sich weiter um hohe Umweltstandards herumzudrücken. Und die europäischen Bürger und Bürgerinnen zahlen derweil für Gesundheitskosten und Umweltschäden“, sagte EEB-Industriexperte Christian Schaible. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/dnr-eu-337
- ▶ EEB, Christian Schaible, Brüssel, Tel. +32 (0)2/2891094, www.eeb.org
- ▶ www.holger-kraemer.de

Schiffsemissionen

Weniger Schwefel über Nord- und Ostsee

■ Auf Nordsee und Ostsee gelten für Schiffe seit Anfang Juli strengere Grenzwerte für Schwefel- und Stickstoffemissionen. Zudem sollen auch weltweit die erlaubten Mengen von Schwefel in Schiffskraftstoffen schrittweise gesenkt werden. Das hat die Internationale Schifffahrtsorganisation IMO beschlossen. Noch ist auf den Weltmeeren ein Schwefelanteil von 4,5 Prozent als erlaubt, ab 2012 soll der Wert auf 3,5 und ab 2020 auf 0,5 Prozent sinken. Auf Ost- und Nordsee, die seit 2006 und 2007 als sensible Gebiete gelten, waren schon bisher nur 1,5 Prozent Schwefel erlaubt, seit Juli ist es noch ein Prozent und ab 2015 gilt ein Grenzwert von 0,1 Prozent.

Schiffskraftstoffemissionen sind besonders umwelt- und gesundheitsschädlich und bisher vergleichsweise wenig

reglementiert. Besonders in Hafenstädten tragen Schiffe stark zur Luftverschmutzung bei. Umweltverbände kritisieren, die Schritte zur weltweiten Durchsetzung der Grenzwerte als zu langsam. Der weltweite Durchschnitt liegt bereits bei rund drei Prozent Schwefelgehalt. [jg]

- ▶ www.imo.de

Nanotechnologien

Zählt wirklich nur die Größe?

■ Das Gemeinsame Forschungszentrum der Europäischen Union (JRC) hat Anfang Juli eine Grundsatzstudie zur Verwendung des Begriffs Nanopartikel in der Gesetzgebung veröffentlicht. Das JRC empfiehlt eine Orientierung an der Größenskala von einem bis 100 Nanometern („oder größer“), schließt aber im Einzelfall physikalisch-chemische Eigenschaften, Bioverfügbarkeit und andere Kriterien nicht aus. Zudem sollten bei diesen Fragen Wissenschaft, Behörden, Industrie und Nichtregierungsorganisationen hinzugezogen werden. Generell empfiehlt das JRC aber zugunsten von Klarheit in der Gesetzgebung die Größe als alleiniges Kriterium. In der Frage, welches Nanomaterial überhaupt einer Regelung bedarf, verweist das JRC auf die Materialien, bei denen es Gesundheits- oder Umweltbedenken gibt.

Die Orientierung allein an der Größe ist umstritten, denn je nach nanotechnischer Veränderung können sich die toxiologischen Eigenschaften der Materialien unterscheiden. Umweltorganisationen wie Friends of the Earth Australien oder der für Umweltnormungsverband ECOS fordern, dies durch die Definition und Klassifizierung entsprechend zu erfassen.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, kann dies noch bis zum 15. September bei einer Konsultation zum Standpunkt des wissenschaftlichen Komitees der EU-Kommission zu neuen Gesundheitsrisiken SCENIHR tun. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/jrc-report-2010
- ▶ www.kurzlink.de/scenih-consultation

Chemikalien in Produkten

Nickel, Duftstoffe, Nanosilber

■ Das Bundesamt für Risikobewertung (BfR) warnt vor Kontaktallergien durch Nickel und Duftstoffe. Diese Stoffe gehörten nicht in Spielzeug für Kleinkinder. In Europa reagiere jedes zehnte Kind sensibel auf Nickel und eines von 50 auf Duftstoffe. Kontaktallergien ließen sich nur verhindern, indem der Kontakt über die Haut möglichst vermieden werde. Die geltenden Regelungen hält das BfR nicht für ausreichend.

Auch von der Verwendung von nanoskaligem Silber in verbrauchernahen Produkten rät das BfR ab: „Nanosilber gehört nicht in Lebensmittel, Textilien und Kosmetika.“ Hersteller machen sich die antimikrobiellen Eigenschaften des Nanosilbers zunutze, das zur Beschichtung in Kühlschränken oder im Gewebe von Sportsocken verwendet wird. Bis das Risiko abschließend bewertet sei, sollten Hersteller laut BfR darauf verzichten. Silberionen könnten biologische Barrieren überwinden, lebende Zellen schädigen und Antibiotikaresistenzen hervorrufen. [jg]

- ▶ Nickel, Duftstoffe: www.bfr.bund.de/cd/51484
- ▶ Nanosilber: www.bfr.bund.de/cd/50963

Luftreinhaltung

EU-Kommission blockiert

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat der EU-Kommission vorgeworfen, die Gesundheit von Millionen Menschen unnötig aufs Spiel zu setzen. Gegenüber der Zeitung Le Monde hatte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik angekündigt, wichtige EU-Gesetze für die Luftreinhaltung aus Kostengründen nicht vor 2013 überprüfen zu wollen.

„Es ist schockierend, wie die EU-Kommission es einfach versäumt, unsere wertvollste Ressource zu schützen“, kritisierte EEB-Expertin Louise Duprez. Allein in Europa verursachten Luftschadstoffe jährlich fast eine halbe Million vorzeitige Todesfälle. Hinzu kämen horrenden Schäden

durch Überdüngung, Übersäuerung und hohe Werte von bodennahem Ozon. Der gesellschaftliche Nutzen einer Revision der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC) für Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft werde die Kosten wieder aufwiegen. Strenge Luftqualitätsregeln kämen zudem auch anderen Politikbereichen wie dem Klimaschutz zugute.

In den meisten Ländern Europas werden die Luftqualitätsgrenzwerte überschritten. [jg]

- ▶ EEB/HEAL-Pressemitteilung (2. Juli 2010): www.eeb.org/index.cfm/news-events

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Globale Umweltfazität

Mehr Mitsprache gefordert

■ Mehr Einfluss und Finanzmittel und weniger Bürokratie fordern Nichtregierungsorganisationen (NGO) von der Globalen Umweltfazität (GEF). Der international wichtigste Mechanismus zur Umweltschutzfinanzierung in Entwicklungsländern (umwelt aktuell 05.2010, S. 6) hatte Ende Mai in Uruguay seine vierte Versammlung abgehalten. Zwar räumten VertreterInnen von rund 400 NGOs ein, dass die GEF und ihre Kleinkreditprogramme einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisteten. Zu hoch sei aber der verwaltungstechnische Aufwand für Umwelt- und Indigenengruppen, die sich um GEF-Gelder bemühen.

Mehr als 30 der 181 GEF-Vertragstaaten wollen den Fonds in den kommenden vier Jahren mit 4,25 Milliarden US-Dollar unterstützen. Der Betrag übersteige die Mittel der vierten Fondsauffüllung 2006 um mehr als die Hälfte, sagte GEF-Geschäftsführerin Monique Barbut. Die Vertragstaaten verständigten sich außerdem auf Prioritäten für die Umweltfinanzierung bis 2014.

Minnie Degawan vom Netzwerk der Indigenen Völker für den Wandel (IPNC)

appellierte an die GEF, Artenvielfalt und Klimawandel im Zusammenhang zu behandeln. Sie forderte mehr GEF-Kleinkredite für Ureinwohner. Am GEF-Gesamtetat haben Kleinkreditprojekte einen Anteil von unter einem Prozent. Seit ihrer Gründung 1991 stellte die GEF neun Milliarden US-Dollar für insgesamt 2.600 Projekte bereit. Nach ihren Angaben soll das Kleinkreditprogramm nun auf 220 Millionen Dollar verdoppelt werden. [IPS]

- ▶ GEF: www.gefassembly.org/j2
- ▶ IPNC: www.international-alliance.org/network_for_change.htm

Vereinte Nationen

Nord-Süd-Konflikt um Wasser

■ Bei den Vereinten Nationen bahnt sich ein Nord-Süd-Grundsatzstreit an. Ein Großteil der Entwicklungsländer will das Recht auf Wasser als Menschenrecht festschreiben. Der zweiseitige Entwurf geht auf eine Initiative Boliviens zurück und sollte bis Ende Juli der UN-Vollversammlung zur Abstimmung vorliegen. Vor allem Kanada, aber auch Australien, die USA und Großbritannien stellten sich jedoch quer, sagte Maude Barlow, Gründerin des Blue Planet Project für den Schutz der weltweiten Wasserressourcen. Würden die 192 Mitglieder der UN-Vollversammlung zustimmen, käme das nach Ansicht von Barlow der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 gleich.

Ein Diplomat, der ungenannt bleiben wollte, wies darauf hin, dass es keine rechtliche Grundlage für die Aufnahme von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in die Allgemeinen Menschenrechte gebe, daher müssten aufwändige Definitionen und Abgrenzungen gefunden werden. Daran werde bei der UN in Genf schon seit längerem gearbeitet, die Vollversammlung plane hier einen „Schnellschuss“.

Ann-Mari Karlsson vom Stockholm International Water Institute (SIWI), das die Initiative Boliviens unterstützt, hat keine Probleme mit einer Privatisierung der Wasserwirtschaft. „Unser Hauptanliegen ▶

ist, dass der Staat seiner Verantwortung gerecht wird und die Aktivitäten privater Unternehmen überwacht und reguliert, so dass sich jeder Bürger Trink- und Brauchwasser und die Entsorgung des Abwassers leisten kann“, sagte Karlsson.

Ein Bündnis internationaler Nichtregierungsorganisationen hat alle Abgeordneten des EU-Parlaments angeschrieben, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Da die EU den Wasserzugang als Menschenrecht anerkannt habe, müsse sie eine Schlüsselrolle bei der Vorlage der Resolution übernehmen, heißt es in dem Brief. [td/IPSt]

- www.blueplanetproject.net
- www.siwi.org

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

KLIMA & ENERGIE

Ölförderung im Atlantik

Lula bohrt mit Gottvertrauen

■ Unbeeindruckt von der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat Brasilien Mitte Juli mit den Arbeiten zur Ausbeutung eines Ölfeldes vor der Atlantikküste in 5.000 Meter Tiefe begonnen. Der Staatskonzern Petrobras will dort täglich 100.000 Barrel hochpumpen. Ein Barrel entspricht 159 Litern. Auch 7.000 Meter tiefe Felder will Petrobras noch erschließen. Der Konzern erwartet Milliarden Gewinne. Obwohl die Bohrungen wegen der Tiefe riskanter sind als im Golf von Mexiko, will Brasilien den Untersuchungsbericht zu der Katastrophe nicht abwarten: „Wir haben die Technologie, und so Gott will, werden wir es nicht erlauben, dass so etwas hier passiert“, sagte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva. [mv]

Internationaler Klimaschutz

Arme Länder gehen voran

■ Sechs besonders vom Klimawandel bedrohte Entwicklungsländer haben im Juli strenge Klimaziele angekündigt: Äthiopien will bis 2025 CO₂-neutral sein, Costa Rica bis 2021 und die Malediven und Samoa bis 2020. Antigua und Barbuda versprachen den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu senken, die Marshallinseln um 40 Prozent. Der Präsident der Malediven Mohammed Nasheed sagte: „Wenn diejenigen, die am wenigsten haben, anfangen am meisten zu tun, dann kann jeder seine Ziele höher setzen.“ [mv]

Weltklimarat

Mehr Wissenschaftler berufen

■ Nach der Kritik am letzten Bericht des Weltklimarats IPCC will dieser auch Wissenschaftler aus anderen Disziplinen stärker beteiligen. Statt der 559 ForscherInnen für den letzten Bericht sollen es künftig 861 sein, teilte das Gremium Ende Juni in Genf mit. Der vierte IPCC-Bericht von 2007 war unter anderem wegen der fehlerhaften Prognose, die Gletscher des Himalaja würden bis 2035 abschmelzen, in die Kritik geraten.

Anfang Juli erhielt das IPCC Rückmeldung. Der Bericht weise „keine signifikanten Fehler“ auf und die Schlussfolgerungen seien „gut fundiert“, ergab die erste größere unabhängige Untersuchung der IPCC-Arbeit durch die niederländische Umweltschutzagentur PBL. Allerdings empfahlen die Autoren dem Rat, die Qualitätskontrolle zu verbessern und eine offizielle Stelle für Fehlerhinweise zum fünften Bericht einzurichten, der 2013 erscheinen soll.

Die nächsten Verhandlungen zur Vorbereitung des Weltklimagipfels Ende des Jahres in Mexiko finden Anfang August in Bonn statt. Dann leitet erstmals die neue Chefin des Weltklimarats Christina Figueres aus Costa Rica die Verhandlungen. [mv]

- PBL-Bericht (PDF, 100 S., 2 MB): www.kurzlink.de/pbl-ipcc-bericht

Energieeffizienz

EU-Abgeordnete fordern verbindliche Ziele

■ Abgeordnete des Energie- und Industrieausschusses (ITRE) des EU-Parlaments haben Mitte Juli verbindliche nationale Energieeffizienzziele gefordert. Sie debattierten über die Revision des Energieeffizienzaktionsplans von 2006. Im Februar 2011 will die EU-Kommission einen neuen Aktionsplan veröffentlichen. EU-Energiekommissar Günther Oettinger kündigte an, erst 2012 verbindliche Ziele diskutieren zu wollen – sofern die Mitgliedstaaten keine Fortschritte machten.

Der Industrieausschuss will nach der Sommerpause Empfehlungen an die Kommission für den neuen Aktionsplan abgeben. Berichterstatte ist der dänische Konservative Bendt Bendtsen.

Auch bei den Konsultationen zu einer neuen EU-Energiestrategie hatte der Ausschuss Ende Juni gefordert, Energieeffizienz zu einem Schwerpunkt zu machen. Die Kommission will die Strategie für die Jahre 2011 bis 2020 im Herbst vorstellen. Der ITRE-Ausschuss soll im September über die Empfehlungen abstimmen, das EU-Parlament im Oktober.

Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) forderte die Kommission in einer Stellungnahme auf, Energieeffizienz in den Blick zu nehmen und endlich verbindliche Zielvorgaben einzuführen. [mv]

- EEB-Hintergrundpapier: www.eeb.org (press release, June 30, 2010)

EU-Energiepolitik

Kommission kontra Kohle

■ Die EU-Kommission will die staatliche Förderung für Kohle jetzt nur noch bis 2014 zulassen. So steht es in einem neuen Verordnungsentwurf von EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia. Mit einem früheren Entwurf, der die Zuschüsse bis 2022 erlaubt hätte, war Almunia auf Widerstand innerhalb der Kommission

gestoßen. Klimakommissarin Connie Hedegaard und Umweltkommissar Janez Potočnik verwiesen auf die EU-Pläne für eine CO₂-arme Gesellschaft und die Zusagen der G-20-Staaten zum Subventionsabbau. Die 12-jährige Ausstiegsphase sei viel zu lang. Umweltverbände hatten kritisiert, dass die Betreiber von Kohleminen in den kommenden Jahren einfach mit ihrer Arbeit fortfahren könnten, anstatt die Produktion schrittweise zurückzufahren.

Mit seinem neuen, klimafreundlicheren Vorschlag muss Almunia nun jedoch mit Widerstand aus einigen Mitgliedstaaten rechnen – allen voran Deutschland, das den Ausstieg erst für 2018 beschlossen hat. Auch Nordrhein-Westfalen, dessen neue rot-grüne Regierung noch kurz zuvor von Umweltverbänden wegen ihres geplanten Klimaschutzgesetzes gelobt wurde, will sich gegen den Kommissionsvorstoß wehren. In dem Bergbauland drohen Massenentlassungen.

Entschieden wird über den Vorschlag im EU-Ministerrat, wo eine qualifizierte Mehrheit genügt. Ohne weitere Unterstützung könnten die Kohleländer Deutschland, Spanien und Polen dort überstimmt werden. [mv]

Nachhaltige Biomasse

Neue Studien, neue Fragen

■ Die drei europäischen Umweltverbände BirdLife International, Europäisches Umweltbüro (EEB) und Transport & Environment (T&E) haben Ende Juni im EU-Parlament erneut zuverlässige Umweltkriterien für die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung und für Agrartreibstoffe gefordert. Sie stellten den Abgeordneten zwei Studien zu den Klimaeffekten der Biomassenutzung vor.

Die erste Studie deckt erhebliche Defizite in der Methodik auf, mit der die EU die CO₂-Einsparungen durch Biomassenutzung berechnet. So könne die Klimabilanz bei der Nutzung von Holz sogar schlechter sein als bei fossilen Energieträgern, weil das im Holz über Jahre gespeicherte CO₂ bei der Verbrennung wieder freige-

Das neue Energiekonzept – Weichenstellung oder Feigenblatt?

Anstatt das versprochene Energiekonzept vorzulegen, will die Koalition erst einmal längere Atomlaufzeiten durchsetzen – obwohl die Bevölkerung dagegen ist. Christina Hering von der Klima-Allianz fordert eine wirkliche Energiewende.

Es ist kein Geheimnis, dass die Regierungskoalition längere Laufzeiten für Atomkraftwerke durchsetzen möchte. Ihr Vorhaben wird aber durch verschiedene Umstände erschwert: So ist eine Änderung des Atomausstiegsgesetzes nötig, der nicht nur der Bundestag zustimmen muss, sondern vermutlich auch der Bundesrat. Ein Großteil der Bevölkerung lehnt Atomenergie ab. Und die Endlagerung des Atommülls ist weiter ungeklärt.

Dabei hatte doch die Bundesregierung nach ihrer Wahl im Herbst 2009 ein „ideologiefreies Energiekonzept“ angekündigt, das die Richtung der künftigen Energiepolitik bestimmen und auf dessen Basis erst die Entscheidung über Laufzeitverlängerungen fallen soll. Doch von Beginn an wurden Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Aussage laut: Bei wissenschaftlichen Instituten wurden Szenarien für das Energiekonzept in Auftrag gegeben, die ausschließlich auf Laufzeitverlängerungen basieren. Im Juni kündigte die Bundesregierung eine Entscheidung über die Atomlaufzeiten an – ohne ein fertiges Energiekonzept zu haben. Sie verschob dann ihr Vorhaben aufgrund juristischer Bedenken. Seitdem verbreiten Koalitionspolitiker über die Medien fast täglich unterschiedliche Positionen zum Thema Laufzeitverlängerungen – ohne Energiekonzept. Neue Instrumente und Maßnahmen im Zusammenhang mit Laufzeitverlängerungen wie eine Brennelementesteuer, ein Fonds für erneuerbare Energien oder eine Auktionierung werden vorgeschlagen, diskutiert und zum Teil wieder verworfen – ohne Energiekonzept. Der Termin für die Vorstellung des Konzepts wurde mehrfach verschoben.

Dies alles vermittelt nicht den Eindruck, dass die Koalition ihre energiepolitischen Entscheidungen objektiv auf der Grundlage eines Konzepts treffen will. Es nährt vielmehr den Verdacht, dass das Energiekonzept nur als Feigenblatt dienen soll. Das ist in mehrfacher Hinsicht schade: So versäumt es die Koalition, zügig auf die Energieversorgung der Zukunft – erneuerbare Energien – umzusteigen. Dabei schafft dieser Bereich zukunftsfähige

Arbeitsplätze und stärkt Deutschlands Rolle als Exportnation. Außerdem werden durch die Dominanz der Atomdebatte wichtige Bereiche wie Energieeffizienz und Mobilität kaum diskutiert. Es droht die Gefahr, dass zukünftige politische Ziele für diese Sektoren nicht ambitioniert genug ausfallen. Auch blendet die Bundesregierung aus, dass der steigende Anteil der erneuerbaren Energien mit unflexiblen Großkraftwerken, die auf Kohle und Atom basieren, nicht zusammenpasst. Viele ihrer Argumente geben nur einen Teil der Wahrheit wieder. Zum Beispiel begründet sie Laufzeitverlängerungen mit günstigen Strompreisen, übersieht jedoch, dass die Allgemeinheit die Folgekosten etwa für die Endlagerung von Atommüll ebenfalls tragen muss. Nicht zuletzt nimmt die Glaubwürdigkeit der Politik weiteren Schaden, die Politikverdrossenheit wächst.

Die Bundesregierung hätte mit einer ernsthaften Auseinandersetzung über die künftige Energiepolitik viel gewinnen können. Das hat sie bislang leider versäumt. Deshalb hat sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn nun die Klima-Allianz, ein breites Bündnis von Kirchen, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Tierschutz- und Verbraucherschutzorganisationen, eine deutschlandweite Kampagne startet. „Schluss mit den Tricks – die Energiewende ist machbar!“ lautet ihr Motto.

Die Bundesregierung muss dem breiten Wunsch der Bevölkerung nach einer Energiewende endlich Rechnung tragen. Entscheidungen dürfen nicht aufgrund von Druck aus der Energiewirtschaft getroffen werden. 100 Prozent Erneuerbare bis 2050 sind machbar. Ein solches Energiekonzept ist wirtschaftlich, sozial und zukunftsfähig.

Die Geografin Christina Hering koordiniert seit Oktober 2007 die Klima-Allianz in Berlin.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177572,
E-Mail: hering@klima-allianz.de,
www.klima-allianz.de**

setzt werde. Die zweite Studie behandelt die Klimateffekte von Agrartreibstoffen, besonders das Problem der sogenannten indirekten Landnutzung. Dabei werden Anbauflächen für Lebensmittel durch die Treibstoffproduktion in ökologisch sensible Gebiete verdrängt. Die Studie zeigt, dass die Landnutzungsänderungen die meisten erneuerbaren Treibstoffe genauso klimaschädlich machen wie die fossilen.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger hatte Anfang Juni die Nachhaltigkeitskriterien der Kommission für die Zertifizierung von Biokraftstoffen vorgestellt. Während Oettinger versichert hatte, dass es strikt verboten sei, für Energiepflanzen Tropenwälder zu roden oder Moore trockenenzulegen, warfen die Umweltverbände der Kommission vor, das Problem der indirekten Landnutzung keineswegs gelöst zu haben. „Solange die Kommission sich damit nicht befassen will, sind alle Versuche der EU, Biosprit als nachhaltig zu verkaufen, irreführend“, sagte Nuša Urbančič von Transport & Environment.

Nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie soll der Anteil regenerativer Energien im Verkehr bis 2020 EU-weit zehn Prozent betragen. Das soll hauptsächlich mit Biokraftstoffen erreicht werden. Bereits vor der Verabschiedung der Richtlinie Ende 2008 war die EU-Kommission wegen der von Kritikern vorausgesagten verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen einer erhöhten Biosprittnachfrage massiv unter Beschuss geraten. [mv]

- ▶ Studien (PDF): www.kurzlink.de/biomasse-07-10
- ▶ www.kurzlink.de/landnutzung-07-10
- ▶ Forum Umwelt & Entwicklung, László Maráz, Tel. +49 (0)30/678177589, E-Mail: maraz@forumue.de

EU-Klimapolitik

CO₂-Steuer noch in Arbeit

■ Der Vorstoß von EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta, eine EU-weite Mindeststeuer auf CO₂ einzuführen, ist innerhalb der Kommission weder auf Zustimmung noch auf Ablehnung gestoßen. Bei den internen Diskussionen im Juni forderten

einige Kommissare jedoch, zunächst die Folgen einer solchen Steuer für bestimmte Sektoren wie etwa die Landwirtschaft zu untersuchen. Mit konkreten Gesetzesvorschlägen der Kommission ist demnach frühestens in einigen Monaten zu rechnen. Auch dann wird sich Šemeta weiter auf dünnem Eis bewegen, denn Großbritannien und Irland lehnen EU-Steuern schon aus Souveränitätsgründen kategorisch ab.

Schweden, Dänemark und Finnland haben dagegen bereits eine nationale CO₂-Steuer eingeführt und unterstützen Šemeta, nicht zuletzt um ihre Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen. Auch Frankreich hat Zustimmung signalisiert. Die Steuer würde die Sektoren abdecken, die nicht vom europäischen Emissionshandel erfasst sind. [mv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-info-steuer
- ▶ NGO-Hintergrundpapier www.kurzlink.de/co2-steuer-06-10

Tiefsee-Ölförderung

Oettinger für Minimatorium

■ EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat sich Anfang Juli bei einem Treffen mit dem EU-Parlament für ein Moratorium bei Tiefseebohrungen ausgesprochen. Es solle aber nur so lange gelten, bis die Ursachen der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko geklärt sind, sagte Oettinger.

Grundsätzlich solle in einem Genehmigungsverfahren die Fähigkeit des Betreibers geprüft werden, mit kritischen Ereignissen umzugehen, sagte Oettinger. Dabei spiele auch die Finanzkraft des Unternehmens eine Rolle. Oettinger kündigte Gesetzesinitiativen der Kommission in einigen Monaten an, sofern sich zeige, dass diese notwendig seien. Dies könne die Änderung von Gesetzen zur Umweltfolgenabschätzung und Umwelthaftung betreffen. Oettinger sowie Umweltkommissar Janez Potočnik haben mehrere Treffen mit Unternehmensvertretern und nationalen Aufsichtsbehörden anberaunt.

Die EU-Abgeordneten hatten sich bereits Ende Juni über fehlende Informa-

tionen über die Sicherheit von Bohranlagen in europäischen Meeren beschwert. Der deutsche Parlamentarier Peter Liese (CDU) forderte die Kommission auf, konkrete Fakten zu liefern. Besonders besorgt sind die Abgeordneten über die Pläne Irlands, weiter mögliche Tiefseebohrungen zu erkunden. Die europäischen Grünen forderten, keine neuen Ölbohrungen in der Nordsee zuzulassen, bis die Lücken in der Gesetzgebung geschlossen seien. Unternehmen, die in der Nordsee Öl fördern, sind vor allem BP, Shell und Statoil. [mv]

EU-Klimaziel

Drei Minister für 30 Prozent

■ Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat zusammen mit seinen britischen und französischen Amtskollegen Chris Huhne und Jean-Louis Borloo die EU dazu aufgerufen, ihren Treibhausgasausstoß bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Europa müsse seine Klimaziele erhöhen, um Marktführerschaft bei grünen Technologien gegen China, Japan und die USA verteidigen zu können, schrieben die drei Minister Anfang Juli in der Financial Times und der FAZ.

Bisher hatten sich die EU-Mitgliedstaaten im Klima- und Energiepaket von 2008 nur auf 20 Prozent Emissionsreduktion geeinigt. Das ist weniger als die 25 bis 40 Prozent, die laut Weltklimarat nötig sind, um unumkehrbare Folgen für das Weltklima abzuwenden.

Die Minister wiesen in ihrem Beitrag auch auf die wegen der Wirtschaftskrise um ein Drittel gesunkenen Kosten zur Erreichung des 30-Prozent-Ziels hin. Dies hatte die EU-Kommission vor einigen Monaten berechnen lassen. Ihren Vorschlag, das Ziel zu erhöhen, hatte die Kommission jedoch zunächst wieder zurückgezogen.

Vor allem die Stahlindustrie kritisierte den Vorstoß der Umweltminister scharf und bezeichnete ihn als naiv. Daraufhin stellten sich 27 Unternehmen, darunter Telekom, Nestlé und L'Oréal, hinter die Forderung der drei Minister. Die zukünftigen Wettbewerbsvorteile der EU lägen im

STADT ESSLINGEN AM NECKAR



Die Stadt Esslingen am Neckar hat sich dem ambitionierten Ziel verpflichtet, die gesamtstädtische Kohlendioxidemission bis zum Jahr 2020 um 25% zu reduzieren und damit ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz weiter auszubauen. Als bedeutende Partnerin in der Metropolregion Stuttgart ist die rund 92.000 Einwohner starke Stadt langjähriges Mitglied im Klimabündnis und wurde schon mehrfach für ihr Engagement im Klimaschutz ausgezeichnet.

Für den neu eingerichteten Stab „Klimaschutz“ sucht das **Stadtplanungs- und Stadtmessungsamt** ab sofort einen/eine

Ingenieur/in mit dem Schwerpunkt Umwelt-, Energie oder Versorgungstechnik

zunächst befristet für 5 Jahre.

Ihre Aufgaben:

- Inhaltliche und methodische Ausgestaltung, Steuerung und Controlling von Maßnahmen des neuen integrativen Klimaschutzkonzeptes
- Projektmanagement
- Fachliche Beratung von Bürgern, Bauherren, Architekten, Handwerkern, Unternehmen und weiteren Akteuren
- Analyse und Bewertung von Anlagen und Prozessen der Energie- und Wärmeerzeugung und Entwicklung von geeigneten Maßnahmen zur Energieeinsparung
- Vermittlung innovativer, wirtschaftlicher und nachhaltiger Lösungen
- Souveräne Kommunikation und professioneller Umgang mit bürgerschaftlichen Gruppen und Gremien
- Steuerung externer Kommunikationspartner
- Erarbeitung eigener Kommunikationskonzepte zur Vermittlung der fachlichen Themen
- Eventuell die organisatorische Leitung des Energiezentrums Esslingen

Ihr Profil:

- Sie bauen auf ein erfolgreich abgeschlossenes einschlägiges Hochschulstudium in den Bereichen Umwelt-, Energie oder Versorgungstechnik oder ähnlichen Fachbereichen
- Sie haben Ihre fachliche Kompetenz, Ihre Leistungsorientierung und Ihre Motivation in der beruflichen Praxis schon mehrfach unter Beweis gestellt und können dies belegen
- Sie verfügen über erprobte Fähigkeiten und persönliche Methoden zur zielgerichteten Lösungsentwicklung komplexer und herausfordernder Aufgabenstellungen
- Sie kommunizieren souverän und moderierend auch vor größerem Publikum
- Sie sind ein verbindlicher und verlässlicher Teamplayer

Wir bieten:

- eine herausfordernde, anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit
- eine leistungsgerechte Vergütung nach Entgeltgruppe 12 TVöD

Die Stadt Esslingen am Neckar betreibt eine aktive Gleichstellungspolitik. Wir sind deshalb besonders an Bewerbungen entsprechend qualifizierter Frauen interessiert.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen die Klimaschutzmanagerin, Frau Westerich unter der Telefonnummer 0711 3512-2003 oder der Leiter des Stadtplanungs- und Stadtmessungsamtes, Herr Fluhrer unter der Telefonnummer 0711 3512-2357 gerne zur Verfügung.

Ihre überzeugenden Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte in Papierform mit Lichtbild **unter Angabe der Kennziffer 17.10/61 bis 06.09.2010** an das

Haupt- und Personalamt der Stadt Esslingen am Neckar, Postfach 1003 55, 73726 Esslingen am Neckar

www.stelleninserate.de

Ermutigen und Befähigen der Unternehmen zur Markttransformation, die in der Weltwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten stattfinden müsse, und nicht darin, sich vor dieser zu verstecken, schrieben sie in einem Brief an die Financial Times. [mv]

► FAZ: www.kurzlink.de/appell-minister

Kernfusion

EU zahlt strahlend weiter

■ Die EU-Staaten wollen das Kernfusionsprojekt ITER mit weiteren 1,4 Milliarden Euro in den Jahren 2012 und 2013 finanzieren. Das entschied der Ministerrat Mitte Juli ohne Aussprache. Noch vor Beginn der Hauptbauaktivitäten sind die Kostenschätzungen für das Projekt um das Dreifache gestiegen. Für die Zusatzfinanzierung muss voraussichtlich Geld aus Programmen für Bildung, Armutsbekämpfung, nichtnukleare Forschung, Verkehrs- und Energienetze umgewidmet werden. Dem müsste das EU-Parlament zustimmen.

Die Vorsitzende der europäischen Grünen-Fraktion, Rebecca Harms, bedauerte, dass die Entscheidung ohne Diskussion in Rat oder Parlament fiel. Das zeige „eindrucksvoll die Unfähigkeit, getroffene Entscheidungen zu überdenken und neuen Situationen anzupassen“, sagte Harms. Die Atomfusion werde in den kommenden Jahrzehnten keinen Beitrag zur Stromversorgung der EU leisten können. Mehrere Studien hätten gezeigt, dass erneuerbare Energien bis 2050 den gesamten Energiebedarf der EU decken könnten. [mv]

► www.rebecca-harms.de

Nordrhein-Westfalen

Klimagesetz im Kohleland

■ Die neue rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen will ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Bis 2020 will das Land gegenüber 1990 25 Prozent CO₂ einsparen, bis 2050 sogar

95 Prozent. Das beschlossen SPD und Grüne in den Koalitionsverhandlungen.

Die Klima-Allianz begrüßte die Regierungspläne. Das Bündnis aus rund 100 Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften hatte sich vor der Wahl für einen Neuanfang in der nordrhein-westfälischen Klimapolitik eingesetzt. „NRW als wirtschafts- und bevölkerungsstärkste Region in Deutschland kann so auch international eine Vorbildrolle übernehmen, um glaubwürdig für einen Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien bis 2050 zu werben“, sagte Klaus Milke von Germanwatch. Bisher hat NRW seinen Kohlendioxidausstoß nur um zehn Prozent gesenkt und bildet damit das Schlusslicht beim Klimaschutz. [mv]

► Klima-Allianz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, Fax -80, www.klima-allianz.de

CO₂-Speicherung

Gesetz für Versuchsendlager

■ Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) und Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) haben Anfang Juli einen neuen Gesetzesvorschlag zur CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) vorgestellt. Der erste Anlauf in der letzten Legislaturperiode war an Protesten aus mehreren Bundesländern gescheitert. Das Gesetz soll den Bau und Betrieb von unterirdischen CO₂-Lagern regeln. Erlaubt sein sollen Testanlagen für bis zu acht Millionen Tonnen CO₂ jährlich. An die Kommunen soll ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden, die Stromkonzerne müssen Risikorücklagen vorweisen. Die Testphase soll 2017 ausgewertet werden. Zeigt sich, dass die Technologie unbedenklich ist, so soll das CCS-Gesetz dauerhaft gelten.

Der BUND kritisierte, dass das Gesetz nicht wie ursprünglich vorgesehen nur Demonstrationsvorhaben ermögliche. Es diene als Einfallstor für CCS im Großmaßstab. Die vorgesehenen Speichermengen ermöglichten mehrere Hundert Quadratkilometer große CO₂-Endlager. Bis 2017 seien auch keine belastbaren Erkenntnisse

über das längerfristige Verhalten von CO₂ im Untergrund zu erwarten. „Leckagen, die Kontamination von Grundwasser oder das Auslösen von Erdbeben müssen sicher ausgeschlossen werden“, forderte Werner Neumann vom BUND.

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall hatte in Brandenburg auf einer Fläche von 350 Quadratkilometern bereits Anfang des Jahres mit den Erkundungsarbeiten in tieferem Gestein begonnen. Andere mögliche Standorte liegen in Norddeutschland. Der neue Entwurf soll im September vorgelegt werden. [mv]

► BUND, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275860, www.bund.net/ccs-gesetz-stoppen

AKW-Laufzeitverlängerung

Gewinnaufteilungspoker

■ Bis die Bundesregierung ihr Energiekonzept wie zuletzt geplant Ende September vorlegt, will sie entscheiden, wie der Staat an den Milliarden Gewinnen der Atomkraftwerksbetreiber RWE, Eon, EnBW und Vattenfall bei einer Laufzeitverlängerung zu beteiligen ist. Eine Möglichkeit ist die Brennelementesteuer. Diese würde bei 220 Euro pro Gramm Uran oder Plutonium ab 2011 laut Referentenentwurf 2,3 Milliarden Euro für die Staatskasse bringen und in die Haushaltssanierung fließen. Außerdem diskutiert die Regierung über eine zusätzliche Abgabe. Dieses Geld soll in einen Fonds für den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Die Pläne könnten jedoch auf rechtliche Probleme stoßen. Laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages müssten Gelder aus dem Fonds zweckgebunden ausgegeben werden, etwa für AKW-Sicherheit oder Endlager. Könnten Fondsgelder auch an die Länder übertragen werden, müsste dem Gesetz zur Laufzeitverlängerung außerdem der Bundesrat zustimmen. Das will die Regierung aber vermeiden, denn sie verfügt über keine Mehrheit in der Länderkammer mehr – und die Oppositionsparteien lehnen jegliche Laufzeitverlängerung ab. [mv]

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Novel-Food-Verordnung

Parlament gegen Klonfleisch

■ Das EU-Parlament fordert weiterhin ein Klonfleischverbot. In der zweiten Lesung zur Verordnung über neuartige Lebensmittel im Juli plädierten die Abgeordneten für ein eigenes Gesetz, das den Umgang mit dem Fleisch geklonter Tiere und ihrer Nachkommen in der EU regelt. EU-Kommission und Ministerrat wollten dieses in die Verordnung einbeziehen, der das Parlament grundsätzlich zustimmte. Bisher gibt es keine EU-Regelung für Fleisch und Milchprodukte von geklonten Tieren. Daher wäre es theoretisch möglich, Produkte von Nachkommen geklonter Tiere auf den Markt zu bringen.

Mit der Ablehnung des Parlaments wachsen laut dem Deutschen Tierschutzbund die Chancen für ein baldiges direktes EU-Verbot für das Klonen von Tieren. Niemand bestreite mehr, dass das Klonen mit hohen Verlusten und extremen Leiden für die Tiere verbunden sei, sagte Vizepräsidentin Brigitte Rusche.

Die EU-Verordnung über neuartige Lebensmittel regelt die Zulassung von Produkten, die nach Mai 1977 auf den Markt gekommen sind. Darunter fallen auch Lebensmittel, die mit Nanotechnik hergestellt werden. Nun geht der Gesetzentwurf wieder an den EU-Ministerrat. [mbu]

- Entwurf: www.kurzlink.de/novel-food-vo
- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049624, www.tierschutzbund.de

Gammelfleisch

Jetzt auch vakuumverdorben

■ Um Verbraucher vor dem Verzehr von verdorbenem Fleisch zu schützen, hat die Verbraucherorganisation Foodwatch die zuständigen Behörden aufgefordert, sofort die Verbreitung von vakuumverpacktem, verdorbenem Fleisch einzuschränken.

Vakuumverpackung und Kühlung hätten weltweit eine neue Form des Fleischverderbs hervorgebracht, sagte der stellvertretende Geschäftsführer von Foodwatch Matthias Wolfschmidt. Betriebe, die vergammelte Produkte auf den Markt gebracht haben, müssten stillgelegt, grundlegend gereinigt und desinfiziert werden. Foodwatch forderte die Behörden auf, die Öffentlichkeit detailliert über die betroffenen Produkte und Betriebe zu informieren. [mbu]

- Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarsubventionen

Fördergelder zerstören Natur

■ Die derzeitige Vergabepaxis von EU-Agrarzuschüssen begünstigt Landwirte mit einer naturschädigenden Bewirtschaftung gegenüber Betrieben mit hohen Naturleistungen erheblich. Das geht aus einer Studie des NABU und seines Dachverbandes BirdLife International hervor. In der Studie wurden die Subventionen an Landwirte in Spanien, Tschechien und Deutschland mit deren Umweltleistungen verglichen. Danach werden für Agrarflächen hohe Direktzahlungen geleistet, denen keinerlei Naturleistungen gegenüberstehen. So erhält ein Bauer für einen 50-Hektar-Acker über 15.000 Euro Prämie, obwohl Bodenabtrag und Nitrataustrag angrenzende Feuchtgebiete deutlich belasten.

Auf der anderen Seite würden wichtige Naturleistungen von Landwirten nicht gezielt honoriert, etwa die Erhaltung von artenreichem Grünland oder Saumstreifen. Der NABU fordert, bei der anstehenden EU-Agrarreform Fördergelder nur noch zu vergeben, wenn sie konkrete Leistungen für Natur und Umwelt bringen. [mbu]

- NABU, Agrarreferent Florian Schöne, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-26, www.nabu.de (Themen – Landwirtschaft – Agrarpolitik – Fallstudie)

EU-Agrarreform

Wird die Agrarpolitik grüner?

■ In einer Entschließung hat das Europaparlament im Juli deutlich gemacht, wie es sich die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik ab 2014 vorstellt. Beim Klimawandel, bei Lebensmittelversorgung und -qualität und bei der Wettbewerbsfähigkeit stehe die Landwirtschaft vor großen Anforderungen. Die Abgeordneten betonten, dass die Agrarpolitik weiter in EU-Verantwortung bleiben und nicht den Mitgliedstaaten überlassen werden solle. Vor allem die Direktzahlungen sollten weiter aus dem EU-Budget kommen und nicht kofinanziert werden – zugunsten eines fairen Wettbewerbs.

Die Grünen-Fraktion kritisierte, dass die Entschließung weiter eine Exportorientierung nach den Regeln der Welt Handelsorganisation WTO vorsieht. Der agrarpolitische Sprecher Martin Häusling sagte, die industrielle Landwirtschaft mit ihren Folgen für Umwelt und ländlichen Raum könne nicht erfolgreich sein und werde von den BürgerInnen abgelehnt.

Zuvor hatte EU-Agrarkommissar Dacian Cioloş auch für die kommenden Jahre kräftige Finanzspritzen aus dem Brüsseler Agrarbudget in Aussicht gestellt. Er versprach, sich für den Erhalt direkter Beihilfen und Mittel für ländliche Entwicklung einzusetzen. Cioloş sieht Chancen, den bisherigen Umfang der Zahlungen auch in der neuen Finanzperiode nach 2013 beizubehalten. Allerdings will er die Direktbeihilfen enger an gesellschaftliche Ziele wie Umwelt- und Klimaschutz, Beschäftigung und auch Landschaftspflege koppeln.

Zu Beginn einer Konferenz der EU-Kommission zur Zukunft der Agrarpolitik im Juli veröffentlichten die Stiftung Euro-Natur und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Ergebnisse des Analyse- und Diskussionsprozesses von zahlreichen Verbänden zur Agrarreform im Internet. [mbu]

- Parlament: www.kurzlink.de/zukunft-gap-2014
- Cioloş: www.kurzlink.de/ciolos-rede-gap
- EU-Grüne: www.greens-efa.org
- Verbände: www.die-bessere-agrarpolitik.de

EU-Genpflanzenzulassung I**EU-Länder dürfen über Anbau von Genpflanzen entscheiden**

■ Die EU-Kommission will es künftig den Mitgliedstaaten überlassen, den Anbau von Genpflanzen zu erlauben oder nicht. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag stellte EU-Verbraucherschutzkommissar John Dalli im Juli persönlich in Brüssel vor. Hintergrund für die Neuregelung des Entscheidungsverfahrens ist die Pattsituation im EU-Ministerrat: Unter den Agrarministern gab es bisher keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Zulassung einer neuen Gentech-Sorte. Deshalb ging die Entscheidung in der Vergangenheit regelmäßig an die EU-Kommission zurück. Diese folgte stets den Empfehlungen der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, die sich meist für den Anbau aussprach.

Im Gegenzug will die Kommission die Koexistenz-Leitlinien lockern. Dalli betonte, das bisherige Zulassungssystem, das auf der „wissenschaftlichen Bewertung von Gesundheits- und Umweltrisiken“ beruhe, werde beibehalten. Dagegen äußerte laut einem Bericht der Tageszeitung Taz die Kommission in einem internen Papier die Erwartung, dass die Mitgliedstaaten den nächsten Zulassungsanträgen für neue Genpflanzen positiver gegenüberstehen.

Umweltverbände fürchten deshalb, dass mit der Neuregelung mehr Genpflanzen zugelassen und die Rechtssicherheit geschwächt werden. Friends of the Earth Europe (FoEE) forderten die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf, den Kommissionsvorschlag abzulehnen. In Wahrheit wolle die Kommission die Felder für Genpflanzen öffnen, warnte Agrarexpertin Mute Schimpf von FoEE.

Auch die Grünen-Fraktion im EU-Parlament sieht die Kommissionspläne mit Skepsis. Sie hielten eine Reihe von Fallstricken bereit, sagte der Koordinator im Landwirtschaftsausschuss Martin Häusling. Da die EU-weite Zulassung von Genpflanzen beibehalten werde, könnten Länder, die den Anbau verbieten wollen, möglicherweise von Gentechnikfirmen verklagt werden. Zudem gebe es keinen

ausreichenden Schutz für biologisch oder konventionell wirtschaftende Bauern in Ländern, die den Anbau von Genpflanzen zulassen. Die Grünen verweisen auf einen unabhängigen Bericht, der den von der EFSA erarbeiteten Richtlinienentwurf analysiert. Demnach weist die Risikobewertung der EFSA ernsthafte Mängel auf.

Dem Verordnungsentwurf müssen noch das EU-Parlament und der Ministerrat zustimmen. [mbu]

- ▶ Vorschlag: www.kurzlink.de/genzulassung-kom
- ▶ Analyse zur Risikobewertung der EFSA: www.testbiotech.org/node/399
- ▶ FoEE: www.foeurope.org/GMOs

EU-Genpflanzenzulassung II**Genmais nicht genehm**

■ In der Frage der Zulassung von sechs neuen Genmaissorten ist beim EU-Agrarministerrat Ende Juni in Brüssel nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit zustande gekommen. Die Agrarminister gaben die Entscheidung an die EU-Kommission zurück. Diese sprach sich bisher stets für die Zulassung von Gentechniksorten aus, wenn die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA sie für unbedenklich erklärt hatte. Da die Zustimmung der EFSA vorliegt, wird es vermutlich bald grünes Licht für die Genprodukte geben.

Kritiker monieren, dass es keine unabhängige Forschung gebe. Auf einer Tagung der Grünen zum Thema Risikoforschung im Juni in Berlin bemängelten Wissenschaftler, dass das Vorsorgeprinzip vernachlässigt werde. Kritische Studien zur Agrogentechnik würden diffamiert, die Risiken nicht ausreichend erforscht. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im EU-Parlament Martin Häusling sagte, das Zulassungsverfahren entspreche „bei Weitem nicht den Kriterien von wissenschaftlicher Kontrolle auf Basis des Vorsorgeprinzips“. [mbu]

- ▶ Agrarrat: www.kurzlink.de/agrarrat-genmais-06
- ▶ Martin Häusling MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 28-45820, Fax -49820, www.martin-haeusling.de

Genkartoffeln**Aktionen gegen Amflora**

■ Gentechnikgegner haben im Juli Pflanzen der genmanipulierten Kartoffel Amflora ausgerissen, die auf einem Acker in Mecklenburg ausgebracht worden waren. Im März hatte die EU-Kommission den Anbau des BASF-Produkts trotz Kritik von Verbraucher- und Umweltverbänden genehmigt. Laut einem Rechtsgutachten verstößt die Zulassung gegen EU-Recht. Umstritten ist vor allem, dass Amflora Resistenzgene gegen Antibiotika enthält. Der BUND versucht gegen die Zulassung zu klagen (umwelt aktuell 06.2010, S. 19).

Für Ende Juli hatte die Initiative Gendreck-weg zuerdem eine „öffentliche Feldbefreiung“ auf dem Amflora-Acker angekündigt. „Wir gehen davon aus, dass wir vor Gericht gestellt werden, weil wir wissen, dass Privateigentum immer noch besser geschützt ist als das ökologische Gleichgewicht, die Gesundheit und die Ernährungssouveränität der Menschen“, sagte der Aktivist Karl Braig. Seit 2005 hatte die Initiative ähnliche Aktionen vor allem gegen Genmaissfelder durchgeführt. Zurzeit laufen deswegen mehrere Prozesse, darunter auch gegen Braig. [mbu, mb]

- ▶ www.keine-gentechnik.de
- ▶ www.bund.net/amflora
- ▶ www.gendreck-weg.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Biodiversitätspolitik**Schritte zu Ziel und Plan**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments (ENVI) unterstützt das im März von den europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedete Ziel, den Biodiversitätsverlust und die Degradierung der Ökosystemleistungen bis 2020 zu stoppen und die Biodiversität möglichst wiederherzustellen. Bei seiner Sitzung im Juli forderte der Ausschuss auch die Erarbeitung

von Unterzielen und die Einbeziehung der Biodiversitätsbelange in andere Politikbereiche wie Forst- und Landwirtschaft, Regional- und Entwicklungspolitik. Ein vom Umweltausschuss verabschiedeter Bericht beleuchtet die Umsetzung der EU-Gesetzgebung zum Biodiversitätsschutz. Er soll im September im Plenum des Parlaments verabschiedet werden.

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat seine Position zu einer EU-2020-Biodiversitätsstrategie bereits im Juni verabschiedet. Nach der Sommerpause soll eine öffentliche Konsultation zum neuen EU-Biodiversitätsaktionsplan stattfinden, der zurzeit in Arbeit ist. [bv]

- ▶ ENVI: www.kurzlink.de/ep-envi-2010-07-14 und www.kurzlink.de/epenvi2010-07-14docs
- ▶ AdR: www.kurzlink.de/cdr112-2010.doc

Invasive Arten

EU-Strategie in Arbeit

■ Die Europäische Kommission hat Fachleute zu einem Konsultationstermin zur EU-Strategie zu invasiven Arten Anfang September in Brüssel eingeladen. Bis zum Jahresende schrieb sie zudem ein Pilotprojekt für Methoden zur Kontrolle der Ausbreitung der hoch allergenen und invasiven Beifuß-Ambrosie aus. Bisher gibt es auf EU-Ebene kein geeignetes Instrument gegen gebietsfremde invasive Arten. Die Kommission will im Rahmen der Post-2010-Strategie im Jahr 2011 eine entsprechende Strategie vorantreiben.

Invasive Arten können die einheimische Flora und Fauna stark verändern und auch dem Menschen schaden. Laut dem EU-geförderten Projekt Daisie sind in Europa knapp 11.000 invasive Arten bekannte. Davon haben zehn bis 15 Prozent negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Umwelt.

Zu den vorgeschlagenen Optionen der Strategie zu invasiven Arten gehören:

- ▶ die Ausnutzung bestehender Rechtsinstrumente und freiwilliger Maßnahmen;
- ▶ ein EU-weites Frühwarn- und Informationssystem zur Erkennung neuer Arten;

- ▶ die Anpassung bestehender Vorschriften zur Erfassung einer breiteren Palette potenziell invasiver Organismen;
- ▶ neue Rahmenregeln mit unabhängigen Bewertungs- und Interventionsverfahren für den Umgang mit invasiven Arten, die von einer Agentur umgesetzt werden könnten. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-com-invasivealien
- ▶ Daisie: www.europe-aliens.org

Natura 2000 I

Debatte über Finanzierung

■ Im Juli haben VertreterInnen der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten sowie von Interessengruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) auf einer Konferenz in Brüssel über die zukünftige Finanzierung von Natura 2000 debattiert. Dabei wollten sie Kosten und Nutzen des EU-Schutzgebietsprogramms Natura 2000 feststellen, verschiedene Finanzinstrumente bewerten und künftige Finanzierungsmöglichkeiten herausfinden. Die Ergebnisse des Treffens sollen in eine Mitteilung zur Finanzierung von Natura 2000 einfließen, die die Kommission in der ersten Jahreshälfte 2011 veröffentlichen will. Die NGOs waren sich einig, dass die Investitionen in Natura 2000 in den nächsten Jahren parallel zur Entwicklung der Managementpläne deutlich erhöht werden sollen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/finance-n2000-confer

Natura 2000 II

Auch für Menschen wichtig

■ Der WWF will gemeinsam mit anderen Mitgliedsorganisationen des Europäischen Habitatforums (EHF) in einer Broschüre zeigen, wie wichtig Natura 2000 für die Menschen ist. Bis Ende August sammelt Autor Wolfgang Suske im Auftrag des EHF möglichst viele Beispiele aus unterschiedlichen Sektoren und Mitgliedstaaten. Das Spektrum, so der WWF, könne von einem

Landwirt, der Grünland in einem Natura-2000-Gebiet bewirtschaftet, über einen Jäger, der einen nachhaltigen Jagdmanagementplan umsetzt, bis zu einem Fahrradverleih oder geführten Naturtouren in einem Natura-2000-Gebiet reichen. [bv]

- ▶ Wolfgang Suske, Wien, Tel. +43 (0)1 / 9576306, E-Mail: office@suske.at, www.suske.at

Tropische Regenwälder

Weniger illegale Abholzung

■ Einer Studie des britischen Politikforschungsinstituts Chatham House zufolge ist die illegale Abholzung tropischer Regenwälder seit 2002 um 22 Prozent zurückgegangen. Eine Fläche halb so groß wie Deutschland sei so vor dem Kahlschlag bewahrt worden. Besonders erfolgreich waren die Bemühungen demnach im brasilianischen Amazonasgebiet, wo illegale Rodungen um 50 bis 75 Prozent zurückgingen. Die Studie basiert auf den Daten von zwölf Ländern, in denen Holz produziert, verarbeitet oder genutzt wird. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/illegallogging-study

Holzhandelsgesetz

EU-Parlament ist sich einig

■ Mit 644 von 685 Stimmen hat das EU-Parlament im Juli einen Gesetzentwurf verabschiedet, der es verbietet, Holzprodukte aus illegaler Herkunft auf den europäischen Markt zu bringen. Sogenannte Erstinverkehrsbringer müssen die Herkunft der Hölzer nachweisen. EU-Kommission, Parlament und Ministerrat hatten sich Mitte Juni auf einen Verordnungsentwurf für ein gemeinsames Holzhandelsgesetz geeinigt. Die abschließende Annahme durch den Ministerrat im Herbst gilt daher als Formsache. Das Inkrafttreten wird für Ende 2012 erwartet, sodass den Anbietern genügend Zeit zur Anpassung bleibt.

Der Umweltverband Friends of the Earth Europe begrüßte die Entscheidung. ▶

Eine gute Umsetzung und ein striktes Strafsystem seien unabdingbar. Auch der WWF sieht das Gesetz als eines der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen die globale Entwaldung. Dennoch will er sich bis zum Herbst für Nachbesserungen einsetzen. Besonders negativ werde sich bemerkbar machen, dass Bücher, Zeitungen und andere Druckerzeugnisse von der Regelung ausgenommen sein sollen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/holzhandelsgesetz-ep
- ▶ www.kurzlink.de/wwf-holzhandel-ep

Umweltverträglichkeitsprüfung

Novelle der UVP-Richtlinie

■ Die EU-Kommission hat eine Interne-Konsultation zur Novelle der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-RL) gestartet. Bis zum 24. September können sich Fachleute und Interessierte beteiligen. Die Kommission will sich einen Überblick über Funktionsfähigkeit und Effektivität der Richtlinie verschaffen, den Überarbeitungsbedarf abschätzen und die politischen Optionen dafür klären. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/konsultation-uvp-rl

Naturverträglichkeit

Empfehlung zu Geocaching

■ Der Deutsche Wanderverband und der GPS-Marktführer Garmin haben ein Positionspapier zu naturverträglichem Geocaching erstellt. Geocaching ist eine moderne Schnitzeljagd, bei der im Internet verbreitete Verstecke (Caches) mithilfe von GPS gesucht werden. Beim naturverträglichen Geocaching sind Caches in Naturschutzgebieten abseits der Wege sowie in geschützten Biotopen tabu. Auch Baum- und andere Höhlen dürfen nicht mit Caches besetzt werden. Allein in Deutschland soll es rund 110.000 Verstecke geben. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/natur-geocaching
- ▶ www.wanderverband.de

Wanderschäferie

Hirten protestieren in Brüssel

■ Wanderschäfer machen auch in diesem Jahr mit einem Hirtenzug auf ihre schlechte Situation aufmerksam. Aufgrund der Konkurrenz aus Übersee, der letzten EU-Agrarreform und zunehmender Bürokratie mussten zahlreiche Wanderschäfer aufgeben. Auf ihrem Zug von Berlin über Brüssel nach Trier fordern die Schäfer mehr Unterstützung von der Politik, damit Schafe auch weiterhin als Landschaftspfleger eingesetzt werden können. Der BUND-Landesverband Niedersachsen unterstützt die Forderungen. „Ohne Wanderschäferieen kann ein Großteil der Naturschutzmaßnahmen nicht bewältigt werden“, sagte der Agrarexperte Tilman Uhlenhaut vom BUND Niedersachsen. Als Pflege für viele Biotoparten brauche man die periodische Schafbeweidung. „Die Wanderschäferieen sind in vielen Teilen Europas, nicht nur in der Lüneburger Heide, die beste Betriebsform zum Erhalt der Kulturlandschaften“, so Uhlenhaut. [bv]

- ▶ BUND Niedersachsen, Tilman Uhlenhaut, Tel. +49 (0)4131 / 245478, www.bund-niedersachsen.de
- ▶ www.hirtenzug.eu

Grünland

Für starke Grünlandgesetze

■ Auf einer Tagung der European Dry Grassland Group (EDGG) im Mai in der Slowakei haben die Teilnehmer eine Deklaration zum Schutzbedarf europäischer Grünlandökosysteme verabschiedet.

Sowohl der Global Biodiversity Outlook 2010 als auch der Bericht zum Entwicklungsstatus der europäischen FFH-Gebiete hatten einen fortschreitenden qualitativen und quantitativen Verlust der Grünlandökosysteme beklagt. Doch während viele EU-Länder Gesetze zu Wäldern und Wasser haben, fehlt bisher eine abgestimmte Politik für Grünland. Die Deklaration fordert ein starkes und schlüssiges europäisches Grünlandabkommen im Rahmen der Paneuropäischen Strategie zum Schutz

der biologischen und landschaftlichen Vielfalt (PEBLDS). Damit soll die Zukunft des Grünlandes gesichert werden, das den Menschen Ökosystemleistungen bereitstellt, Lebensraum für zahlreiche Arten und Kulturerbe ist. [bv]

- ▶ www.edgg.org/edgg_meeting.html

Kriechtiere

Weltweit weniger Schlangen

■ Eine internationale Studie warnt vor einem weltweiten dramatischen Rückgang bei Schlangen. Die WissenschaftlerInnen aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Nigeria und Australien beobachteten 17 Schlangenpopulationen in ebendiesen Ländern bis zu 22 Jahre lang. Elf davon gingen stark zurück. Als Ursache vermuten die ForscherInnen Klimaveränderungen. Auffallend sei, dass der starke Schwund 1998, in einem der heißesten Jahre der Neuzeit, begonnen habe. Die Studie liefert den ersten Nachweis, dass weltweit Schlangenpopulationen zurückgehen – ähnlich wie bisher schon Vögel und Amphibien. Die ForscherInnen betonten, dass auch Populationen in Schutzgebieten betroffen seien. Es müsse daher noch andere Ursachen außer dem fortschreitenden Verlust von Lebensraum geben. [IPS/mb]

- ▶ www.kurzlink.de/snake-populations
- ▶ Studie: <http://dx.doi.org/10.1098/rsbl.2010.0373>

Böden

Kommunen für Bodenschutz

■ Das Europäische Boden-Bündnis ELSA hat auf seiner Jahreskonferenz im Mai in Tulln eine „Tullner Erklärung“ verabschiedet. Im Jahr der Biodiversität betont sie die Bedeutung der Böden für die Vielfalt des Lebens auf der Erde. ELSA ist ein Bündnis von Städten und Gemeinden in Europa für den nachhaltigen Umgang mit Böden. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/tullner-erklaerung

STADT & REGION

Energiepolitik**Städte wollen mitreden**

■ Der Deutsche Städtetag will bei der Erarbeitung des Energiekonzepts beteiligt werden, das die Bundesregierung für den Herbst angekündigt hat. Das Konzept solle Investitionen in die Stadtwerke enthalten, da diese wichtig für den Klimaschutz seien. Die Städte bräuchten berechenbare und faire Rahmenbedingungen. VertreterInnen der Kommunen appellierten an die Regierungsfractionen, nicht schon vor der Veröffentlichung des Energiekonzeptes 2010 „durch isolierte Entscheidungen die künftige Energiepolitik festzulegen“. Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke könnten zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Falls die Laufzeiten verlängert würden, verlangten die Städte gleichzeitige Kompensationen zugunsten von Klimaschutzmaßnahmen. [jg]

- www.staedtetag.de (Pressecke – Beschlüsse – Energiepolitische Leitlinien der Bundesregierung)

Kommunale Wasserpolitik**Gegen zentrale Regulierung**

■ Kommunen müssen ihr Selbstverwaltungsrecht in Wasser-, Abwasser und Abfallfragen behalten. Das betonten TeilnehmerInnen einer Veranstaltung in Brüssel Ende Juni. Der EU-Vertrag von Lissabon erkenne dieses Recht an, doch wolle die EU die Spielräume der Kommunen durch Qualitäts- und Sozialstandards einschränken, kritisierte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann.

Gemeinsam mit Umweltverbänden und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) eine zentrale Regulierung der Wasserversorgung kritisiert. Anlass war eine Veröffentlichung der deutschen Monopolkommission, die zentrale Strukturen

unter der Bundesnetzagentur empfiehlt, hauptsächlich wegen der Preisregulierung und der Wettbewerbsfreiheit, die die EU vorsieht. Die Umweltverbände BUND und Grüne Liga, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Verein Wasser in Bürgerhand (WiB) warnten dagegen, dass eine Regulierung der Wasserversorgung unter rein fiskalischen Aspekten die ökologischen Vorsorgemaßnahmen vieler Wasserversorger torpedieren und damit auch die Trinkwasserqualität gefährden könnte. Die Verantwortlichen vor Ort könnten besser für Trinkwassergüte und Preistransparenz sorgen, so die Verbände. Zudem müssten in der Wasserpolitik BürgerInnen mehr Mitspracherechte haben. [jg]

- Erklärung von VKU, BDEW, BUND, Grüner Liga, BBU und WiB: www.kurzlink.de/2010-07-14

TIERSCHUTZ & ETHIK

Kommunen**Tierheimen geht die Luft aus**

■ Die wirtschaftliche Lage der Tierheime spitzt sich zu. Das geht aus der jüngsten Umfrage des Deutschen Tierschutzbundes bei ihren 514 angeschlossenen Tierheimen hervor. Nach der Anfang Juli vorgelegten Erhebung lebten im Jahr 2009 in allen Tierheimen zusammen 93.600 Tiere, 39 Prozent mehr als 2006. Gleichzeitig, so der Tierschutzbund, werde es immer schwieriger die Tiere zu vermitteln, und auch die Verweildauer steige stetig an. Die häufigsten Abgabegründe seien finanzielle Probleme und Arbeitslosigkeit. „Die Zahlen belegen auf dramatische Weise: Immer mehr Tierheimen geht die Luft aus“, sagte der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Wolfgang Apel. Schon länger fordert der Tierschutzbund eine bessere Unterstützung für die Einrichtungen. [zt]

- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Agrarproduktion**Größte Hühnerschlachtfabrik**

■ In der niedersächsischen Gemeinde Wietze bei Celle soll Europas größte Geflügelschlachthanlage entstehen. Investor Franz-Josef Rothkötter will dort jährlich 135 Millionen Hühner töten, zerlegen und verpacken lassen. Rothkötter betreibt bereits Mast- und Schlachtbetriebe ähnlicher Dimensionen im Emsland. Die niedersächsische Landesregierung unterstützt das Projekt, da es kommunale Einnahmen und Arbeitsplätze bringe. Die Gewerbeaufsicht erteilte im Juli die letztinstanzliche Genehmigung. Seitdem halten Tierrechtsaktivisten die Baustelle besetzt.

Gegen die Pläne protestieren seit Längerem eine örtliche Bürgerinitiative, niedersächsische Umweltverbände, kritische Bauern und Tierschutzvereine. Sie erwarten negative Folgen für Naturhaushalt, Anwohner und lokale Wirtschaftszweige wie den Tourismus. Nun haben sich der Verein Rettet den Regenwald und der Vegetarierbund mit Online-Aktionen angeschlossen. Sie argumentieren mit der Bedrohung des Regenwaldes durch die Futterpflanze Soja und der „Tierquälerei bei Massenhaltung und -schlachtung“. [mb]

- www.bi-wietze.de
- www.regenwald.org/protestaktion.php?604
- www.vebu.de/aktuelles/news/584

Stierkampf**Katalanen mit Herz für Stiere**

■ Das katalanische Regionalparlament hat Ende Juli ein Stierkampfverbot ab 2012 beschlossen. Der Deutsche Tierschutzbund begrüßte das Verbot hofft nun auf eine Signalwirkung für ganz Spanien, wo der Tierschutz regional geregelt ist. Nur 14 Prozent der Spanier besuchen noch Stierkämpfe, die meisten Besucher sind Touristen. Der Tierschutzbund appellierte an die Spanienurlauber, die Kämpfe zu boykottieren. Pro Jahr sterben dabei rund 30.000 Tiere. [mb]

- www.tierschutzbund.de/4106.html

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Ratspräsidentschaft

Viva España bei Biodiversität, sonst Leerlauf und Rückschritt

■ Ein gemischtes Urteil fällt das Europäische Umweltbüro (EEB) Ende Juni über die umweltpolitischen Erfolge des spanischen EU-Ratsvorsitzes. Der Umweltdachverband bewertet jeweils am Ende der sechsmonatigen Amtszeit anhand von zehn „grünen Prüfsteinen“ die Fort- oder Rückschritte in wichtigen Politikfeldern.

In einigen Bereichen waren kaum politische Entwicklungen möglich, etwa beim Klimaschutz nach dem gescheiterten Kopenhagen-Gipfel oder beim Bodenschutz, den Deutschland, Großbritannien und Frankreich weiter blockieren. Bei Energieeffizienz oder den nationalen Emissionsobergrenzen fehlten Gesetzesvorschläge der EU-Kommission. Beim Schutz vor Industrieemissionen jedoch reihte sich Spanien bei den Verhinderern ein. Beim Thema Wasserknappheit habe die spanische Regierung ihre sehr großzügige Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie im eigenen Land ohne Rücksicht auf Umwelt- und Imageschäden öffentlich verteidigt, kritisierte das EEB zusammen mit spanischen Verbänden. [jg]

► www.eeb.org (Library – June 28, 2010)

Informeller EU-Umweltministerrat

Bald ökoeffektive Produkte?

■ Mitte Juli haben die EU-UmweltministerInnen in der belgischen Stadt Gent informell über den nachhaltigen Umgang mit Wertstoffen diskutiert. Sie erörterten Möglichkeiten, Wertstoffe effizient und umweltfreundlich zu verwenden. Nach Angaben des Portals EurActiv will die belgische Ratspräsidentschaft den kreislaufwirtschaftsbetonten „Cradle-to-Cradle“-Ansatz fördern und von Abfallpolitik auf

nachhaltige Materialpolitik umschwenken. Diese soll den gesamten Lebenszyklus der Produkte von der Rohstoffgewinnung bis zur Wiederverwertung abdecken. Ressourcen- und materialeffizientes Wirtschaften ist eines der Ziele der EU-2020-Strategie.

Der als Vertreter der Umweltverbände eingeladene Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB), John Hontelez, forderte eine EU-Strategie zur nachhaltigen Ressourcennutzung, um die Übernutzung der natürlichen Ressourcen zu stoppen, die zu großen Sicherheits- und Umweltproblemen führen könne. Die EU müsse ihren ökologischen Fußabdruck bis 2030 halbieren, sagte Hontelez. Dies müsse das Herzstück der neuen Ressourcenstrategie sein. Zudem müsse die EU-Kommission mit einer Umweltsteuerreform für mehr Ressourceneffizienz sorgen und ein Gesetz zur Biomüllkompostierung vorlegen. [bv]

- www.eu-koordination.de (EU-News – 15.07.2010)
- www.kurzlink.de/euractiv-juli2010
- www.eeb.org (Library – July 14, 2010)

EU-Ressourcenpolitik

Angst vor Rohstoffengpässen

■ 2011 wird das Jahr für Ressourcenpolitik in der EU. Umweltkommissar Janez Potočnik kündigte Ende Juni eine Überarbeitung der thematischen Strategie zur Ressourcennutzung und eine „Roadmap 2020 zu Ressourceneffizienz und einem kohlenstoffarmen Europa“ an. Damit will die EU-Kommission das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppeln. Die EU entwickelt außerdem gerade Effizienzindikatoren. Ein „ressourcenschonendes Europa“ gehört zu den Leitinitiativen der Zehnjahresstrategie Europa 2020. Für das zweite Halbjahr kündigte die Kommission eine Mitteilung zu Strategien für einen sicheren Rohstoffzugang an.

Kurz zuvor hatte die Kommission bereits eine Bestandsaufnahme des Zugangs zu Rohstoffen in der EU veröffentlicht. Danach nehmen Versorgungsengpässe bei einigen Rohstoffen zu. Der Bericht analysiert 41 Mineralien und Metalle, von denen er

14 als kritisch eingestuft. Anfang Juli veröffentlichte die EU-Behörde zudem Berichte zu knappen Rohstoffen und Best-Practice-Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Bis zum 19. September können Interessierte sich in einer Konsultation dazu äußern. [bv]

- EU-Berichte: www.eu-koordination.de (EU-News – 15.07.2010)
- www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/752)
- Konsultation: www.kurzlink.de/konsult-rohstoffe

Finanzkrise

Weniger Ökosteuern

■ Im Krisenjahr 2008 sind auch die Einnahmen aus Umweltsteuern gesunken, teilte das Statistische Amt der EU Ende Juni mit. Sie machten nur noch 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, was seit 1999 der niedrigste Wert sei. Seit 2004 sinke das Niveau der Umweltsteuern kontinuierlich. Unter Umweltsteuern werden dabei Energie-, Verkehrs-, Verschmutzungs- und Ressourcensteuern verstanden. Verantwortlich für den Rückgang ist neben dem geringeren Energieverbrauch auch die Lockerung der Treibstoffbesteuerung in vielen Ländern. In Deutschland sanken die Einnahmen aus Umweltsteuern seit 2000 um 0,2 Prozentpunkte (siehe auch Kommentar S. 23). [jg]

- www.ec.europa.eu/taxtrends (Deutsch)

Naturschutz

Recht einfach

■ Der NABU hat in seiner juristischen Fachreihe „Recht einfach“ eine Broschüre zu dem seit März geltenden neuen Naturschutzgesetz veröffentlicht. NaturschützerInnen sollen einen grundlegenden Überblick über die wichtigsten Veränderungen und Neuerungen des Gesetzes bekommen. Auch einige Besonderheiten für die Landesgesetzgebung werden besprochen. [jg]

- www.nabu.de/naturschutzrecht

Transparenz**Lobbyregister unglaublich**

■ Das 2008 eingeführte EU-Lobbyregister kann seine Aufgabe offenbar noch immer nicht erfüllen. Das Register soll mehr Transparenz schaffen und zeigen, wer Einfluss auf die EU-Institutionen ausübt. Weniger als ein Fünftel der mindestens 15.000 EU-Lobbyisten hätten sich freiwillig eingetragen, kritisierten Nichtregierungsorganisationen im Juli in Brüssel. Das lobbyismuskritische Corporate Europe Observatory (CEO) und das europäische Transparenznetzwerk ALTER-EU fordern eine Registrierungspflicht, um die Glaubwürdigkeit des Registers zu verbessern. [zt]

- ▶ CEO, Olivier Hoedeman, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 8930930, www.corporateeurope.org
- ▶ www.alter-eu.org

Aarhus-Konvention**Task Force kämpft für Bürger**

■ Eine Task Force für die Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Entscheidungsprozessen hat sich Ende Juni zum ersten Mal in Genf getroffen, um die Umsetzung der Aarhus-Konvention zu verbessern. Die Aarhus-Konvention zählt zu den wichtigsten internationalen Regelungen im Umweltrecht und soll den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das Informationsrecht und die Partizipation von BürgerInnen durchsetzen. Da viele Länder das Regelwerk zwar unterzeichnet, aber noch nicht in die Praxis übernommen haben, soll das neue Gremium diesen Prozess zu beschleunigen.

Umweltverbände begrüßten die Einrichtung der Task Force. Diese soll Beispielhaftes ebenso wie Mängel veröffentlichen, Expertenpools zusammenstellen sowie Bildungs- und Forschungsarbeiten organisieren. Davon sollen auch Nichtregierungsorganisationen profitieren. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/aarhus-tf-2010
- ▶ DNR, Nachhaltigkeitsexperte Florian Noto, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: florian.noto@dnr.de

Zu kurz gesprungen, aber in die richtige Richtung

Das Sparpaket der Bundesregierung ist der größte Schritt im Ökosteuerebereich seit 1998. Jetzt muss seine anspruchsvolle Ausgestaltung durchgesetzt werden, sagt Damian Ludewig vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett ein Sparpaket mit einem Volumen von insgesamt 80 Milliarden Euro, verteilt auf vier Jahre. Es enthält neben zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich auch einige ökofiskalische Maßnahmen, wie sie das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und viele Umweltverbände seit Langem fordern:

So ist eine Brennelementesteuer dringend notwendig, um den finanziellen Vorteil auszugleichen, der für die Atombranche durch die Einführung des Emissionshandels für fossile Brennstoffe entsteht, und um die heute schon bekannten Kosten für Altlasten abzudecken. Entscheidend ist, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Ankündigung durchsetzt, die Abgabe sei unabhängig von etwaigen Laufzeitverlängerungen. Für den kurzfristigen Ausgleich der finanziellen Vorteile der Atomenergie müsste eine Kernbrennstoffsteuer zu einem jährlichen Aufkommen von etwa vier Milliarden Euro führen. Die Bundesregierung plant dagegen nur mit 2,3 Milliarden.

Auch die Einführung einer „nationalen ökologischen Luftverkehrsabgabe“ ist grundsätzlich zu begrüßen. Die geplanten 13 Euro für Kurz- und 26 Euro für Langstreckenflüge hätten aber kaum eine ökologische Lenkungswirkung. Das FÖS schlägt dagegen 20 bis 40 Euro je nach Klasse und Entfernung vor. Das ergäbe 2,3 Milliarden Euro an Einnahmen, was ebenfalls deutlich mehr als die von der Bundesregierung veranschlagte eine Milliarde wäre. Auch ist strittig, ob nach Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel die Abgabe weiter erhoben werden soll. Immerhin zieht Deutschland mit der Einführung endlich mit den wichtigsten europäischen Wettbewerbern gleich.

Der beschlossene Abbau von Ausnahmen bei der Ökosteuer bleibt mit kurzfristig einer Milliarde und später 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ebenfalls etwas unter seinen Möglichkeiten. Trotzdem sind die Pläne erfreulich. Zwar wird die Steuerbefreiung für Bereiche wie Zement-, Glas- oder metallverarbeitende Industrie wohl nicht angetastet, doch soll

die allgemeine Steuerbegünstigung des produzierenden Gewerbes mit einem ermäßigten Satz von 60 Prozent wegfallen. Auch der Satz für den Spitzenausgleich wird voraussichtlich von 95 auf etwa 80 Prozent abgesenkt und der Sockelbetrag kräftig angehoben. Darüber hinaus plant das Wirtschaftsministerium einen schnelleren Abbau der Kohlesubventionen und der Verkehrsminister will die Lkw-Maut ausweiten. Auch wenn die Maßnahmen in der bisher geplanten Ausgestaltung noch Mängel aufweisen, sind die Vorhaben prinzipiell begrüßenswert.

Die auf dem Tisch liegenden Beschlüsse sind seit Einführung der Ökosteuer 1998 der größte Schritt in Richtung einer konzeptionellen Weiterentwicklung ökofiskalischer Elemente. Das ist auch dringend nötig, denn der Anteil der Umweltsteuern hat, auch durch Inflation, schon fast wieder das Niveau vor der ökologischen Steuerreform erreicht. Selbst mit der vollständigen Umsetzung der gefassten Sparbeschlüsse wäre nicht der Umweltsteueranteil von 2003 erreicht. Dennoch ist der ökologische Anteil des Sparpakets von der Stoßrichtung her Politik, wie man sie von einer „Klimakanzlerin“ erwartet.

Das Fazit lautet daher: zu kurz gesprungen – aber immerhin in die richtige Richtung! Ein stärkerer Abbau umweltschädlicher Subventionen oder aber die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer hätten die deutliche soziale Schiefelage des Pakets problemlos vermeiden. Während der Haushaltsberatungen, die sich bis Ende November hinziehen werden, kommt es deshalb darauf an, am Ball zu bleiben und die seltene Gelegenheit für eine ökologischere, aber auch sozialere Gestaltung des Steuersystems zu nutzen.

Der Volkswirt Damian Ludewig ist Geschäftsführer beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Berlin.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 762399130,
E-Mail: damian.ludewig@foes.de,
www.foes.de**

EU-Abwasserrecht**Muss Belgien zahlen?**

■ Ein vor sechs Jahren ergangenes Gerichtsurteil wegen nicht umgesetzter EU-Abwasservorschriften könnte jetzt teuer für die belgische Regierung werden. Weil sie seitdem untätig blieb, droht ihr die EU-Kommission mit einem erneuten Gang vor den Europäischen Gerichtshof: Belgien soll dafür sowie für das Ignorieren des ersten Urteils einmalig 15 Millionen Euro Strafe zahlen – und zusätzlich für jeden weiteren Tag, an dem die Vorschriften nicht umgesetzt sind, 62.000 Euro.

Die EU-Abwasserrichtlinie schreibt vor, dass sämtliche kommunalen Abwässer aus Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen vor dem Einleiten in die Umwelt gesammelt und behandelt werden müssen – und zwar schon seit Ende 1998. Nachdem der Gerichtshof 2004 feststellte, dass über 170 Orte in Belgien gegen diese Vorschrift verstießen, sind es heute noch immer 32 Siedlungsgebiete in Wallonien und sieben in Flandern sowie die Hauptstadt Brüssel, die ihr Abwasser nicht angemessen behandeln. Erst 2014 soll sich das ändern. Das dauerte der EU-Kommission, die selbst in Brüssel ansässig ist und dort Abwasser produziert, jedoch zu lange. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/835)

Rat für Nachhaltige Entwicklung**Neuer Vorsitz, neue Themen**

■ Hans-Peter Repnik ist neuer Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretär im Entwicklungsministerium wurde bei der konstituierenden Sitzung am 19. Juli von den Ratsmitgliedern gewählt. Repnik sagte nach seiner Wahl, er wolle „das Umsteuern von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf einen nachhaltigen, ressourcen- und klimaschonenden Kurs weiter beschleunigen“ und dazu einen kritisch-konstruktiven Dialog mit der Bundesregierung führen.

Marlehn Thieme, Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Direktorin der Deutschen Bank, wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Thieme sagte, ein lediglich quantitatives Wachstum könne Wohlstand und sozialen Zusammenhalt nicht sichern. Es müsse ein Umdenken bei Politik, Wirtschaft und BürgerInnen geben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte die 15 Ratsmitglieder Anfang Juni für drei Jahre berufen. Mitglieder aus den Umweltverbänden sind DNR-Präsident Hubert Weinzierl, die Ehrenvorsitzende des BUND Angelika Zahrnt und NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Schwerpunkte will der Nachhaltigkeitsrat beim nachhaltigen Wirtschaften, dem gesellschaftlichen Dialog über Lebensstile und einer „Vision 2050“ für Deutschland setzen. Ein weiteres Arbeitsfeld soll die UN-Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20 im Jahr 2012 in Brasilien sein. [fn]

► RNE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 408190-121, Fax -125, www.nachhaltigkeitsrat.de

VERKEHR & TOURISMUS

Strategische Verkehrspolitik**Weiter Vorfahrt für die Straße**

■ Das Europäische Parlament hat im Juli den Bericht über eine nachhaltige Zukunft des Verkehrs verabschiedet. Damit sei die Strategie zur Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger wie die Schiene wieder auf die Tagesordnung der EU-Verkehrspolitik gebracht worden, sagte Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament.

Cramer lobte Teile des Berichts, kritisierte aber gleichzeitig den aus umweltpolitischer Sicht unfairen Wettbewerb. So sei auf den Straßen der EU eine freiwillige Mauterhebung vorgesehen, die in der Höhe gedeckelt sei, während für jeden Schienenkilometer eine unbegrenzte Maut gezahlt werden müsse, so Cramer. Auch werde der

klimaschädliche Flugverkehr mit 30 Milliarden Euro im Jahr subventioniert.

Einen Vorschlag der Grünen für die EU-Kofinanzierung lehnten die Abgeordneten jedoch ab. Dieser sah vor, mindestens 40 Prozent in die Schiene und 15 Prozent in den Fuß- und Radverkehr zu investieren und höchstens 20 Prozent in die Straße. Laut Bericht sollen 20 Prozent der Gelder in die Schiene und 60 Prozent in die Straße fließen. Die geplanten Mittel für den Radverkehr machen 0,9 Prozent aus. [mbu]

► www.michael-cramer.eu

Abgasnormen**Ausschuss schont Kleinlaster**

■ Nach dem Votum des Industrieausschusses des Europäischen Parlaments sollen die Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß leichter Nutzfahrzeuge weniger streng ausfallen als bisher vorgesehen und später eingeführt werden. Bis 2020 soll die Obergrenze stufenweise auf 150 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer gesenkt werden. Die erste Stufe mit 175 g/km soll erst 2015 in Kraft treten. Die EU-Kommission wollte dies ein Jahr eher tun; 2020 sollte der Grenzwert dann auf 135 Gramm gesenkt und Verstöße mit 120 Euro pro Gramm geahndet werden. Die Vorlage des CDU-Abgeordneten Werner Langen sieht als Bußgeld nur noch 95 Euro vor.

Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion Rebecca Harms sagte, der Industrieausschuss habe immer noch nichts aus der Wirtschafts-, Klima- und Ölkrise gelernt. Eine starke Regulierung des Spritverbrauchs helfe nicht nur dem Klima, sondern auch der Wettbewerbsfähigkeit der Hersteller und den Verbrauchern. Harms will im September im federführenden Umweltausschuss wieder strengere Regeln einbringen, bevor das Parlamentsplenum über die Verordnung entscheidet. [mbu]

► EU-Kommission zum Thema: www.ec.europa.eu/environment/air/transport/co2/co2_home.htm
 ► Werner Langen: www.euinfo.de/node/264
 ► www.rebecca-harms.de (Presse – 24.6.2010)

Schienerverkehr

15 Prozent Energie sparen

■ Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß im Schienenpersonenverkehr könnten EU-weit bis 2020 um 15 Prozent verringert werden, wenn die Vergabepraxis ökologisch ausgerichtet und vorhandene Umwelttechnik angewandt wird. Das geht aus einem Leitfaden hervor, der im Rahmen des EU-Projekts ECORailS erarbeitet und Ende Juni in Brüssel diskutiert wurde. Die Allianz pro Schiene, die an dem Projekt mitwirkt, will die Beteiligten in allen europäischen Regionen dazu bringen, mithilfe des Leitfadens Energie zu sparen und mit den dadurch gewonnenen Mitteln mehr Nahverkehr anzubieten. Voraussetzung sei, dass sich Bahnen, Industrie, Netzbetreiber und Aufgabenträger europaweit besser koordinierten. [mbu]

- ▶ www.ecorails.eu
- ▶ www.allianz-pro-schiene.de/projekte/ecorails

Transeuropäische Verkehrsnetze

Kommission prüft und plant

■ Die Ergebnisse der Überprüfung der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) sind im Juli in Berlin vorgestellt worden. Die Evaluation sei durch die EU-Erweiterung und die wirtschaftliche und technologische Entwicklung nötig geworden, sagte Gudrun Schulze von der Generaldirektion Mobilität und Verkehr der Europäischen Kommission, die das Arbeitspapier präsentierte. Das Konzept sieht ein „Kernnetz“ der wichtigsten europäischen Knoten- und Umschlagpunkte sowie ein dichteres Netz mit kleineren Infrastrukturverbindungen vor. TEN-V soll die Verkehrsträger besser verknüpfen und die neuen Mitgliedstaaten einbeziehen.

Beim Ausbau des geplanten Kernnetzes sollten auch Umweltziele berücksichtigt werden, versprach die Kommission. Sie will alle bisher geplanten Projekte zunächst prüfen, beispielsweise auch die Fehmarnbeltquerung. Finanziert werden soll das neue Konzept aus dem TEN-Haushalt,

den EU-Strukturfonds und Mitteln der Europäischen Investitionsbank.

Für eine gesamteuropäische Prognose bis 2030 werden zunächst Daten zu den Verkehrsströmen aus den Mitgliedstaaten erhoben. Bis zum Sommer 2011 sollen die neuen Leitlinien feststehen. Eine von der Kommission initiierte Konsultation zu TEN-V endet am 15. September. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/transport/infrastructure

Nachhaltiger Tourismus

Ökologisch nach Europa reisen

■ Geht es nach der EU-Kommission, bleibt Europa das weltweit wichtigste Reiseziel. Ein Gesetzesvorschlag der Kommission vom Juni sieht mehr Wettbewerbsfähigkeit, aber auch die Förderung eines „nachhaltigen, verantwortungsvollen Qualitätstourismus“ vor.

370 Millionen Touristen, 40 Prozent aller weltweit Reisenden, besuchten 2008 Europa. Um diese Zahl trotz des demografischen Wandels zu halten, sollen sich Angebote und Infrastruktur nach dem Willen der Kommission mehr an älteren Touristen orientieren. Nachhaltiges Reisen erfordere zudem mehr Anstrengungen im Klimaschutz und die Berücksichtigung der Wasser- und Energieabhängigkeit. Dafür soll unter anderem ein Gütesiegel für Qualitätstourismus entwickelt werden.

Seit Langem setzen sich das Forum Anders Reisen und der Reise pavillon für einen Tourismus ein, der sich stärker an Belangen der Umwelt und der Menschen an den Zielorten orientiert. Auch Naturschutzverbände engagieren sich für sanftes Reisen. So beendete im August der NABU mit einer Konferenz in Kasachstan ein EU-gefördertes Ökotourismusprojekt. Es soll helfen, die natürlichen Ressourcen in der Region schonend zu nutzen, und der Bevölkerung ein alternatives Einkommen ermöglichen. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/index_de.htm
- ▶ www.conference.ecotourism.kz/?lang=en

WASSER & MEERE

Ölförderung im Meer

Weltweite Kontrolle nötig

■ Angesichts der verheerenden Folgen der BP-Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat der WWF gefordert, ein internationales Kontrollorgan für Ölbohrungen auf hoher See zu schaffen und Bohrungen in allen sensiblen Gebieten zu stoppen (siehe auch S. 2). Bisher machten die EU oder regionale Meeresschutzabkommen der Industrie zwar Umweltauflagen, wer aber wo bohren dürfe, bleibe Entscheidung der Einzelstaaten, hieß es bei der Umweltstiftung.

Drei Monate nach dem Untergang der Ölplattform Deepwater Horizon war es BP Mitte Juli zum ersten Mal gelungen, das Bohrloch auf dem Meeresgrund mit einer Abdichtkappe zu verschließen. Ob diese halten wird, konnte aber niemand garantieren. Die Natur hatte in den vergangenen Wochen die Technik immer wieder in die Schranken verwiesen. Ein endgültiges Versiegen des Ölflusses sollen Entlastungsbohrungen bringen. Diese könnten das Öl direkt an der Quelle vier Kilometer unter dem Meeresboden verschließen.

Seit dem Unfall im April haben unvorstellbare Mengen an Rohöl – zuletzt war von 8.200 Tonnen pro Tag die Rede – knapp 900 Kilometer Küste verseucht. In rund einem Drittel der Küstengewässer ist das Fischen verboten. Nach Schätzungen des UN-Umweltprogramms UNEP werden zur Beseitigung der Schäden in der Tierwelt, der Fischerei und im Tourismus Ausgaben in Milliardenhöhe fällig. UNEP-Direktor Achim Steiner warf den größten globalen Konzernen Versäumnisse beim Umweltschutz vor. Das natürliche Kapital der Welt werde im großen Stil vernichtet, der Raubbau an der Natur durch die Wirtschaft setze sich seit Jahren ungebremst fort, sagte er der Süddeutschen Zeitung.

Nach Ansicht des WWF wird es mehr als ein Jahrzehnt dauern, bis sich die Natur einigermaßen von dem Unfall erholt hat. In den USA müsse die Katastrophe vollständig aufgearbeitet werden, damit sie ▶

sich nicht wiederhole. Dazu gehörten strengere Sicherheitsvorschriften und ein sofortiger Stopp von neuen Ölbohrungen in ökologisch sensiblen Gebieten. Die US-Regierung verhängte im Juli ein neues Verbot für Ölbohrungen in der Tiefsee. Das Moratorium soll zunächst bis Ende November gelten.

In Brüssel sprach EU-Energiekommissar Günther Oettinger mit Managern von Konzernen, die in der Nordsee Öl fördern, treffen, über neue Regelungen für Bohrungen dort. Unter anderem ging es um die Ausarbeitung von Notfallplänen sowie schärfere Auflagen und Kontrollen. [mbu]

- ▶ WWF, Meeresexperte Stephan Lutter, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200122, www.wwf.de/meere
- ▶ www.unep.org
- ▶ EU-Energiekommissar: www.ec.europa.eu/commission_2010-2014/oettinger/index_de.htm

Konsultation

Meeresatlas wirksam machen

■ Bis zum 31. August können Interessierte an einer Onlinekonsultation der EU-Kommission zum Europäischen Meeresatlas teilnehmen. Die eingereichten Verbesserungsvorschläge sollen dazu beitragen, den Meeresatlas zu einem wirksamen Instrument zu machen, das den Bedürfnissen der Nutzer entspricht. Der Atlas bietet eine große Bandbreite an Informationen. Im Rahmen der integrierten Meerespolitik der EU soll er das Bewusstsein für Europas Ozeane und Meere schärfen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/consultation-atlas

Meeressäuger

Walfang bleibt verboten

■ Das weltweite Walfangverbot bleibt bestehen. Mit diesem Ergebnis ging die diesjährige Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) Ende Juni im marokkanischen Agadir zu Ende. Die drei Walfangnationen Japan, Norwegen

und Island hatten beantragt, für den kommerziellen Fang eine offizielle Quote von 1.400 Tieren für die nächsten zehn Jahre freizugeben. Doch die 88 beteiligten Länder konnten sich nicht einigen, sodass das weltweite Walfangverbot von 1986 bestehen bleibt. Walschutzorganisationen werteten das Ergebnis als großen Erfolg. 2011 wird weiterverhandelt, denn noch immer setzen sich Japan, Norwegen und Island über das Jagdverbot hinweg. [zt]

- ▶ IWC: www.iwcoffice.org
- ▶ Walschützer: www.gsm-ev.de/2010/06/23

Ostseeregion

BONUS gegen Umweltprobleme

■ Die EU hat im Juni das Forschungs- und Entwicklungsprogramm BONUS gestartet, das die Folgen von Verschmutzung, Klimawandel, Versauerung, Überfischung und Biodiversitätsverlust in der Ostsee bekämpfen soll. Eine grenzüberschreitende Umweltforschung im Ostseeraum soll Lösungen für die drängenden Umweltprobleme finden. Alle acht Ostseeanrainer beteiligen sich und übernehmen mit 50 Millionen Euro die Hälfte der Kosten. Die andere Hälfte trägt die EU. Parlament und Ministerrat hatten sich vor der Plenarabstimmung im Juni geeinigt, sodass das Programm in Kraft treten konnte. [bv]

- ▶ www.bonusportal.org

Aquakultur

EU-Biosiegel für Fischfarmen?

■ Die Förderung von Aquakulturen in Europa kann nach Auffassung des EU-Parlaments dazu beitragen, die steigende Nachfrage nach Fisch zu befriedigen. Dafür seien klarere Regeln, weniger Bürokratie und mehr Forschung notwendig. Es seien aber auch Schutzmaßnahmen nötig, um Umwelt- und Gesundheitsgefahren

zu begegnen. Die EU-Abgeordneten sprachen sich im Juni dafür aus, ein Biosiegel für Aquakulturen einzuführen. Das werde der EU einen Wettbewerbsvorteil verschaffen und den Markt mit seinen zahlreichen Zertifikaten transparenter machen. Außerdem forderten die Parlamentarier eine EU-Verordnung, die alle Regelungen für den Aquakultursektor umfasst. Darin sollten die Anforderungen für ein Zertifikat festgelegt und umweltrelevante Kriterien vereinheitlicht werden. Zusätzliche Finanzmittel aus dem Europäischen Fischereifonds sollen dann nach dem Willen des Parlaments nur noch Fischfarmen erhalten, die das Siegel tragen.

Umweltorganisationen stehen Aquakulturen eher kritisch gegenüber. Während der WWF an einem eigenen Siegel für Fischfarmen arbeitet, fordert Greenpeace, den Konsum von Meerestieren zu senken. [mbu]

- ▶ Beschluss des EU-Parlaments (S. 140): www.kurzlink.de/ecolabel-fischfarmen

Wasserrahmenrichtlinie I

Zahnloser Tiger?

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat im Juli einen ernüchternden Statusbericht zur Wasserrahmenrichtlinie veröffentlicht. „Zehn Jahre Wasserrahmenrichtlinie – ein zahnloser Tiger?“ fragt der Bericht, der zeigt, wie wenig europäische Regierungen zum Schutz und zur Wiederherstellung ihrer Gewässer tun und wie zurückhaltend die Länder seit Inkrafttreten der Wasserrahmenrichtlinie 1990 deren Umsetzung betrieben haben. Laut dem Bericht ist auch in den nächsten Jahren mit wenig Fortschritt zu rechnen. Die nationalen Flussgebietspläne zum Schutz und zur Verbesserung der Gewässer zeigen wenig oder gar keinen Erfolg. Viele Pläne vertragen die beschlossenen Verbesserungen auf das Jahr 2027. Das sei ein eklatanter Missbrauch der gesetzlich vorgesehenen Ausnahmeregelungen, sagte Pieter de Pous, EEB-Referent für Wasserpolitik. „Bedenkt man, wie wichtig Wasser für

unser Leben ist und wie sehr wir es immer noch verschmutzen, dann ist das inakzeptabel“, so Pous. „Europas Flüsse, Seen und Feuchtgebiete bieten Dienstleistungen von sozialem und wirtschaftlichem Wert und müssen für zukünftige Generationen erhalten bleiben.“ [bv]

► www.kurzlink.de/eeb-study-wrrl.pdf

Werra

K+S darf Fluss versalzen

■ Der Düngemittelkonzern K+S darf noch bis mindestens 2040 salzhaltiges Abwasser aus der Kaliproduktion in die Flüsse Werra und Fliede leiten. Gegen eine entsprechende Vereinbarung von Hessen und Thüringen mit K+S hatten drei Anliegerkommunen und eine Fischereigenossenschaft geklagt. Das Verwaltungsgericht Kassel wies jedoch die Klage als unzulässig ab, weil keine unmittelbare Rechtswirkung auf die Kläger vorliege. Die hessische Landtagsabgeordnete Marjan Schott (Linke) sagte, Umwelt- und Ressourcenschutz würden nun für Jahrzehnte aufgeschoben. [zt]

► Bürgerinitiative: www.bi-werratal.de

Elbe I

Vertiefung drosselt Sauerstoff

■ WWF und BUND Hamburg haben im Juli eine gemeinsame Stellungnahme zur dritten Planänderung im strittigen Verfahren zur Elbvertiefung bei den Behörden eingereicht. Eine Elbvertiefung verschlechtere die Sauerstoffverhältnisse und verstärke die Verlandung von Gewässerlebensraum, sagte Heike Vesper vom WWF. Sie führe auch zur weiteren Kanalisierung des Flusses und verstoße damit gegen EU-Naturschutzrecht. Zudem ist die beantragte Elbvertiefung auf bis zu 19 Meter nach Ansicht der Verbände gar nicht nötig, weil auch große Containerschiffe nur selten mehr als 14 Meter Tiefgang erreichen. Für Extremtiefgänge hätten Bund und

Küstenländer den Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven vereinbart. Die Möglichkeit einer norddeutschen Hafenkooperation sei ebensowenig sachgemäß geprüft worden wie eine Verringerung der Maximaltiefgänge großer Containerschiffe durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung, kritisierten die Verbände weiter. Auch die vorgeschlagenen Kompensationsmaßnahmen seien zum Teil ungeeignet und reichten nicht aus. [bv]

► WWF: www.kurzlink.de/elbvertiefung-2010-7
 ► BUND Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 600387-0, Fax -20, www.bund-hamburg.de

Elbe II

Belastet durch Transurane

■ Die Bundesregierung sieht keine Gefahr in der Belastung der Unterelbe mit Transuranen wie Plutonium und Americium. Diese sei „radiologisch völlig unbedeutend“. Ein Zusammenhang mit den Wiederaufbereitungsanlagen im französischen La Hague und dem britischen Sellafield sei nicht ausgeschlossen, aber unwahrscheinlich. Die Grünen-Politikerin Valerie Wilms hatte im Juni dazu eine Kleine Anfrage gestellt. Besonders enttäuscht zeigte sich Wilms davon, dass die Regierung keine Veranlassung sehe, die Angelegenheit auch mit Blick auf die erneute Elbvertiefung und die damit einhergehenden Baggerarbeiten zu untersuchen. [bv]

► www.kurzlink.de/elbe-uran-wilms

Elbe, Rhein, Neckar

Fische ersticken vor Wärme

■ Der heiße Sommer hat dazu geführt, dass der Sauerstoffgehalt im Wasser des Hamburger Hafens teilweise unter die für Fische kritische Grenze von drei Milligramm pro Liter gefallen ist. Das berichtet der Förderkreis Rettet die Elbe. Der Verein macht dafür die letzte Elbvertiefung im Jahr 1999 mitverantwortlich. Nach

dem neuen Wärmelastplan musste das Kraftwerk Tiefstack bereits Anfang Juli gedrosselt werden.

WWF und BUND warnten davor, dass auch Rhein und Neckar die kritische Wassertemperatur von 28 Grad Celsius erreichen könnten. Dann müssten auch die Kraftwerke entlang dieser Flüsse vom Netz genommen werden, damit die Temperatur durch das Einleiten von Kühlwasser nicht weiter erhöht werde. Eine WWF-Studie von 2009 zeigt, dass die mittleren Fließgewässertemperaturen bis Mitte des Jahrhunderts um durchschnittlich 1,5 Grad ansteigen könnten. Die Kühlwassernutzung durch Atom- oder Kohlekraftwerke werde durch den Temperaturanstieg immer schwieriger und beeinflusse somit auch direkt die Sicherheit der Stromerzeugung. [bv]

► Rettet die Elbe, Dr. Klaus Baumgardt, Tel. +49 (0)1578 / 8208703, www.rettet-die-elbe.de
 ► www.kurzlink.de/kuehlwassermangelwwf
 ► www.kurzlink.de/fluessewerdenwaermer

Quecksilber

Aus für Kohlekraftwerke?

■ Die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel sind nicht genehmigungsfähig, weil sie gegen EU-Richtlinien verstoßen. Das geht zumindest aus einer Studie der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hervor. Wie alle Kohlekraftwerke würden sie eine erhebliche Menge an Quecksilber emittieren, die auch im Abwasser nachzuweisen sei. Laut der europäischen Wasserrahmenrichtlinie muss aber der Eintrag sogenannter prioritärer gefährlicher Stoffe, wozu Quecksilber zählt, bis 2028 „vollständig und ausnahmslos“ beendet sein. Hinzu kommen laut DUH sehr strenge Grenzwerte für Quecksilber in Gewässern. Bei einer geplanten Mindestlaufzeit von 40 bis 50 Jahren verstoße der Bau der Kohlekraftwerke gegen EU-Recht. [zt]

► Deutsche Umwelthilfe (DUH), Büro Berlin, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

EU-Handelspolitik

Auf Kosten der Armen

■ Die Handelspolitik der Europäischen Union geht auf Kosten der Menschen in Entwicklungsländern und der Umwelt. Das sagen Aktivisten von Seattle to Brussels (S2B), einem internationalen Netzwerk für fairen Handel, in dem auch die deutsche Organisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) Mitglied ist. Im Juli forderte S2B von der EU einen Kurswechsel. Dazu wäre in den nächsten Monaten Gelegenheit, wenn die EU-Kommission unter Leitung von Handelskommissar Karel de Gucht ihre Handelsstrategie von 2006 überarbeitet. Im Herbst will sie das neue Papier vorlegen.

Nachhaltigkeit im Sinne von Menschenrechts- und Umweltschutz hat S2B zufolge bei den Handelsabkommen der EU mit Entwicklungsländern bisher keine Rolle gespielt. Zudem dränge die EU immer wieder auf den Zugang für hoch subventionierte Agrargüter zu Märkten armer Länder mit dem Ergebnis, dass lokale Bäuerinnen und Bauern nicht mehr konkurrenzfähig seien und ihre Lebensgrundlage verlören. Das Netzwerk forderte die EU auf, Armutsreduzierung, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte ins Zentrum ihrer Handelspolitik zu stellen. [mv]

- ▶ EU-Kommission: www.ec.europa.eu/trade
- ▶ S2B: www.s2bnetwork.org
- ▶ WEED: www.weed-online.org

Biodiversitätsrisiken

Manager sehen Abhängigkeit von Ökosystemen nicht

■ Eine im Juli veröffentlichte Teilstudie zum sogenannten TEEB-Report hat die Sorglosigkeit vieler Unternehmen gegenüber Biodiversitätsrisiken gezeigt. Nur jeder fünfte Spitzenmanager in Europa sieht demnach einen Zusammenhang zwischen dem Erfolg seines Unternehmens und der Erhaltung der Biodiversität. In Lateinamerika oder Afrika bestätigt dagegen jeder zweite eine solche Abhängigkeit. „The Economics of Ecosystems and Biodiversity Report for Business“ (TEEB for Business) heißt der Bericht, der mit diesen und vielen weiteren Zahlen auf die entscheidende Bedeutung des Naturschutzes für die Wirtschaft aufmerksam machen will.

Die seit drei Jahren laufende TEEB-Studie wurde vom UN-Umweltprogramm UNEP in Auftrag gegeben und wird von der EU-Kommission und dem deutschen Bundesumweltministerium unterstützt. TEEB war 2007 von der Bundesregierung und der Kommission gestartet worden, um den Biodiversitätsschutz durch eine ökonomische Datenbasis zu untermauern.

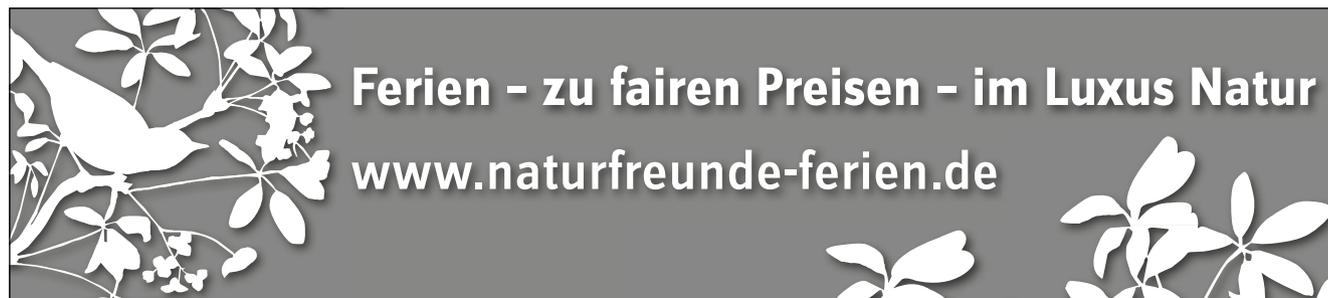
UNEP-Direktor Achim Steiner sagte bei der Vorstellung der Studie: „Wir stehen am Beginn einer Ära, in denen Billionenverluste in Form von Natur und natürlichen Ressourcen Märkte beeinflussen und Fragen von Konsumenten aufwerfen.“ Die Studie hat auch ergeben, dass vier von fünf VerbraucherInnen Produkte ablehnen, deren Herstellung Umweltschäden verursacht.

Auf der anderen Seite stellt die Studie Konzerne wie Coca-Cola und Wal-Mart als Positivbeispiele heraus, weil sie Biodiversitätsinitiativen angekündigt oder begonnen haben. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren forderte in diesem Zusammenhang von UNEP, die Zusammenarbeit mit Konzernen zu beenden. So gehöre die Bayer AG als einer der größten Hersteller von Pestiziden und Gentechniksaatgut zu den Verursachern des Artensterbens, dürfe sich aber wegen der Mitfinanzierung eines UNEP-Jugendprogramms als Partner der Vereinten Nationen präsentieren.

Der NABU forderte anlässlich der Vorstellung der Studie ein Umdenken und mehr Engagement der Wirtschaft für den Erhalt von Arten und Lebensräumen. Wie das anhaltende Wachstum der Biobranche zeige, zahle sich Rücksichtnahme auf die biologische Vielfalt längerfristig aus.

Der Wirtschaftsreport ist der dritte der in regelmäßigen Abständen veröffentlichten TEEB-Teilberichte. Eine Grundlagenstudie und ein Bericht für politische Entscheidungsträger sind bereits erschienen, Studien für die Kommunalpolitik und die Zivilgesellschaft sollen noch folgen. Schon im Oktober soll beim UN-Biodiversitätsgipfel im japanischen Nagoya der abschließende Synthesebericht vorliegen. Vorbild für TEEB ist der Stern-Report von 2006, der die Kosten von unterlassenen Klimaschutz vorrechnete und damit einen Durchbruch in der Politik und dem öffentlichen Bewusstsein erreichte. [mb]

- ▶ Studie „TEEB for Business“: www.teebweb.org („For Business“)
- ▶ Kurzfassung (deutsch): www.bmu.de/46218



Ferien – zu fairen Preisen – im Luxus Natur
www.naturfreunde-ferien.de

Alles fließt – Konflikte rund ums Wasser

Ohne Wasser kein Leben. In unseren Breiten ist sauberes Trinkwasser schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden. Doch das könnte sich ändern, denn die kostbare Ressource ist bedroht. Für dieses umwelt aktuell Spezial haben wir ExpertInnen aus den Umweltverbänden gebeten, unterschiedliche Konflikte, die mit Wasser zu tun haben, näher zu beleuchten.

Wasser ist neben dem Sauerstoff die wichtigste Ressource und das wichtigste Lebensmittel auf dem „Blauen Planeten“ – und daher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Doch die Realität sieht anders aus. Flüsse werden zu Wasserstraßen degradiert, gefährliche Chemikalien landen im Abwasser, die Industrie verbraucht Milliarden Kubikmeter Frischwasser und ungeklärte Fäkalien sowie Düngemittel aus der Landwirtschaft verursachen vermeidbare Krankheiten. Die größten Was-

sernutzer zahlen keinen Cent für die Verschmutzung unvorstellbarer Wassermengen. Hinzu kommt, dass vorhandene Gesetzesregelungen nicht oder nicht gut genug umgesetzt werden. In diesem umwelt aktuell Spezial erläutern unsere GastautorInnen eine Handvoll Wasserthemen genauer.

Die Liste der Konflikte rund ums Wasser ließe sich noch beliebig fortsetzen. Verteilungskämpfe um Trinkwasserreserven in Trockengebieten, Hochwas-

serkatastrophen durch den Klimawandel oder negative Auswirkungen der Energiegewinnung durch Wasserkraft, um nur einige zu nennen, halten die Menschen in Atem. Zum Glück gibt es an vielen Orten überall auf der Welt schon AktivistInnen, die sich für das kostbare Nass einsetzen. Der vorsorgende, ehrfurchtsvolle und wertschätzende Umgang mit Wasser ist lebenswichtig für unser aller Zukunft. Wasser ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.

[Die Redaktion]

Binnenschifffahrt

Flüsse als Milliardengrab

Die Verkehrsverlagerung vom Lkw auf das Binnenschiff fand trotz Wasserstraßenausbau nicht statt

Weil der Güterverkehr wächst, droht der Verkehrskollaps auf der Straße. Abhilfe soll das Binnenschiff bringen. Doch Deutschlands Flüsse lassen sich nur um den Preis ihrer Zerstörung zu ständig nutzbaren Wasserstraßen ausbauen. Dass ihre Flusspolitik nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch unsinnig ist, bekommt die Bundesregierung aber gar nicht mit, denn sie erhebt keine Daten. ■ VON MANFRED KRAUSS UND ERNST PAUL DÖRFLER, BUND

Es war ein häufiges Schlagwort in den verkehrspolitischen Diskussionen der letzten 30 Jahre: Verkehrsverlagerung. Der ständig anwachsende Güterstrom sollte von der Straße auf Bahn und Binnenschiff verlagert werden. Politiker und Verkehrsexperten forderten mit dieser Begründung den Ausbau der deutschen und europäischen Wasserstraßen. Dabei bekam das Binnenschiff in der verkehrspolitischen Diskussion fast die Rolle eines Heilsbringers. Leise und umweltfreundlich vor sich hintuckernde Schiffe retten mit ihrer großen Transportkapazität die Straße vor dem Verkehrskollaps, das war die oftmals verkündete Vision.

Heute finden vier Fünftel der Binnenschifffahrtstransporte in Deutschland auf dem Rhein statt, 0,5 Prozent auf der Elbe.

Die heutige Binnenschifffahrt unterliegt den Bedingungen des europaweit agieren-

den Transportgewerbes, in dem ein heftiger Konkurrenzkampf tobt. Den Standard bei Geschwindigkeit, Zuverlässigkeit und räumlicher Erschließung setzt der Lkw. Das Schiff muss deshalb billiger sein, besonders bei Containertransporten. Es kann zwar große Mengen an Massengütern wie Kohle, Schrott oder Kies kostengünstig transportieren, doch diese werden immer weniger nachgefragt. Im Gegensatz dazu sind Containertransporte meist zeitsensitiv und unterliegen dem Just-in-time-Prinzip: Die Ware muss genau zum vorhergeplanten Zeitpunkt beim Kunden eintreffen.

Um hier mithalten zu können, braucht das Binnenschiff ganzjährig kontinuierliche Fahrbedingungen – am besten kein Hochwasser und niemals Niedrigwasser oder Eis. Und es müssen möglichst große Schiffe sein, damit die Fixkosten, zum Beispiel für das Personal, gering bleiben. Con-

tainer sollen möglichst dreilagig gestapelt werden können. So verwundert es nicht, dass angesichts der veränderten Güterstruktur und der Flexibilität des Lkws bis heute keine nennenswerte Verkehrsverlagerung festzustellen ist. Die absoluten Transportmengen der Binnenschifffahrt stagnieren bei 220 bis 250 Millionen Tonnen im Jahr. Der relative Anteil des Binnenschiffs sinkt sogar stetig. Lag er 1980 noch bei 20 Prozent, waren es 2008 nur noch zehn Prozent.

„Die Bundesregierung führt keine Statistik“

Bemerkenswert ist, dass das Bundesverkehrsministerium offenbar gar nicht wissen will, ob es irgendeine Verkehrsverlagerung gegeben hat. Die Antwort auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage der Grünen-

Fraktion lautete im Mai: „Die Bundesregierung führt keine der Frage entsprechende Statistik.“⁽¹⁾ Das heißt im Klartext: Ein zentrales Dogma der deutschen Verkehrspolitik kann im Verkehrsministerium nicht mit konkreten Zahlen unterfüttert werden. Auch eine Erfolgskontrolle über den Mitteleinsatz für Ausbau und Unterhaltung der Bundeswasserstraßen ist offensichtlich nicht vorgesehen. Die Kosten dafür stiegen aber von 790 Millionen Euro im Jahr 1998 auf 1,3 Milliarden im Jahr 2009.⁽²⁾

Erhebliche Zweifel an der verkehrspolitischen Nützlichkeit der Wasserstraßen lassen auch diverse Gutachten und Prognosen aufkommen. So wurde 1992 für die Elbe ein Transportaufkommen von 15,6 Millionen Tonnen für das Jahr 2010 prognostiziert. In der Realität sind es derzeit 0,9 Millionen Jahrestonnen, also nur rund sechs Prozent davon. Für Europas größte Trogbücke, die Verbindung zwischen Mittellandkanal und Elbe-Havel-Kanal über die Elbe bei Magdeburg, wurden ursprünglich 18 Millionen Tonnen Jahresaufkommen vorhergesagt, um die Investitionssumme von 500 Millionen Euro zu rechtfertigen. In der Wirklichkeit liegt das Transportvolumen unter drei Millionen Tonnen. Es ist kaum zu glauben, aber das ist weniger, als vor dem Trogbückebau in Ost-West-Richtung über die Elbe transportiert wurde. Ein Nutzen dieser Ausbaumaßnahmen für die Verkehrsverlagerung ist also nicht erkennbar. Die halbe Milliarde wurde völlig umsonst investiert.

Frei fließende Flüsse sind nicht ganzjährig schiffbar

Ökologisch weitaus schwerer wiegt aber ein anderes Problem. Um konkurrenzfähig zu bleiben und einen Just-in-time-Betrieb zu ermöglichen, sollen die Schiffe möglichst ganzjährig Tag und Nacht zu optimalen Bedingungen fahren können. Jede Verzögerung im Betriebsablauf durch Niedrigwasser, Eisgang oder Hochwasser kostet Geld, weil dann zum Beispiel Expeditionen andere Verkehrsträger ordern müssen.

Derart stabile Fahrbedingungen erreicht man aber nur auf kanalisierten Wasserstraßen mit Stauhaltungen. Eine

Ausnahme ist lediglich der Rhein, der durch den Wasserspeicher Alpen – bisher zumindest – eine ausgeglichene Wasserführung hat. Dagegen ist bei Flüssen, die den Mittelgebirgen entspringen, die Spanne zwischen Hoch- und Niedrigwasser so groß, dass dort eine ganzjährige Schifffahrt nicht möglich ist. Deshalb wurden Mosel, Neckar, Main und andere Flüsse gestaut und kanalisiert und damit ihres Charakters eines frei fließenden Flusses beraubt. Auch ihr ökologischer Zustand hat sich nachhaltig verschlechtert, Inseln und Sandbänke sind verschwunden, die natürliche Flussdynamik ging verloren.

Die Flussregulierungen im Interesse der Schifffahrt beeinträchtigen nicht nur die Ökologie der Flüsse, sie bringen auch die Flusssauen in existenzielle Gefahr. Die Verengung der Flüsse durch versteinerte Ufer und Buhnen führt zur Tiefenerosion. Der Fluss gräbt sich immer tiefer in sein Sand- oder Kiesbett ein. An der Elbe waren es sogar rund zwei Meter in den letzten 100 Jahren. Mit dem Flusswasserspiegel sinkt auch der Grundwasserstand ab und die gesamte Aue trocknet aus. Lebensräume mit dem größten Artenreichtum werden so vernichtet. Gegenmaßnahmen wie das Einbringen von Kies als künstliches Geschiebe in den Fluss können diesen Prozess nur hinauszögern, aber nicht aufhalten.

Die Wasserbauer vor 100 Jahren kannten bereits die Gefahr, nahmen die Eintiefung im Interesse der Schifffahrt aber billigend in Kauf, weil sie glaubten, dass die Flusssohle bald wieder zu einem neuen Gleichgewicht finden würde. Weder am Rhein noch an der Elbe ist dies eingetreten. Irgendwann wird man dem Eintiefungsprozess nicht mehr Herr, dann müssen doch Staustufen gebaut werden.

Trotz der bisher eingetretenen, zum Teil irreversiblen Schäden soll weiter ausgebaut, vertieft und kanalisiert werden. Die Wasserstraßenplaner haben Donau und Elbe, Saale, Havel, Spree und Oder im Visier. Darunter sind einige der letzten naturnahen Flüsse oder Flussabschnitte Deutschlands. Die Mittel- und Oberelbe soll auf mindestens 1,60 Meter vertieft werden. Schon heute weiß man, dass diese

Tiefe nicht erreicht werden kann, weil der Elbe über viele Monate das Wasser fehlt, und dass die heutige Schifffahrt auf den Niedrigwasserflüssen nicht planbar, nicht verlässlich und nicht wirtschaftlich ist.

Die Binnenschifffahrt kann den Verkehrsinfarkt nicht abwenden

Der Ausbau der Flüsse zu „leistungsfähigen Wasserstraßen“ hat zu keiner nachweisbaren Verkehrsverlagerung geführt. Das Binnenschiff taugt systembedingt nicht zum Allheilmittel gegen den Verkehrskollaps auf der Straße – die Güterbahn hat dazu wegen ihrer noch immer hohen Netzdichte größere Chancen. Die Erwartung konstanter Fahrbedingungen auf Wasserstraßen und die Forderung der EU-Wasserrahmenrichtlinie nach naturnahen Flüssen und einem guten ökologischen Zustand schließen sich weitgehend aus. Der Preis, den die Gesellschaft für die Binnenschifffahrt zahlen soll, besteht in der Zerstörung von Natur und Landschaft: entweder durch Kanalisierung und Staustufenbau oder durch die Tiefenerosion des Flussbetts wie an Rhein und Elbe. Weder das eine noch das andere ist hinzunehmen.

Anmerkungen

- ▶ (1) Bundestags-Drucksache 17/1863 vom 27.5.2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/018/1701863.pdf>
- ▶ (2) ebenda

Der Biologe Manfred Krauß arbeitet als Gutachter in Berlin. Beim BUND engagiert er sich seit vielen Jahren für den Gewässerschutz.



Ernst Paul Dörfler ist freier Naturwissenschaftler und Publizist und arbeitet seit 1992 im BUND-Elbeprojekt an der Mittleren Elbe bei Dessau.



Kontakt:
Tel. +49 (0)39244 / 290,
E-Mail: epd@gmx.de,
krauss-manfred@t-online.de,
www.elbeinsel.de

Wasserverschmutzung

Hormone im kostbaren Blau

Chemikaliencocktails können die Geschlechtsentwicklung der Gewässerfauna negativ beeinflussen

Arzneimittel sind in Kläranlagen nur schwer abbaubar. Doch Mikroverunreinigungen hormonell wirksamer Chemikalien können zu einem Maxiproblem werden. Während die Industrie „überschaubare“ Gesetzesregelungen fordert, setzen sich Umweltverbände für eine ökologisch verträgliche Chemikalien- und Pharmapolitik ein. ■ VON NIK GEILER, BBU

1968 konnte man im Industriekurier, einem der Vorläufer des heutigen Handelsblattes, lesen, dass Fische unterhalb der Abwassereinleitungen von London in die Themse ihr Geschlecht änderten. Damals wurde vermutet, dass der Effekt der Verweiblichung von Fischmännchen etwas mit der aufkommenden Antibabypille zu tun haben könnte. Das Thema verschwand dann wieder für viele Jahre aus den Schlagzeilen – und avancierte erst in den 1990er-Jahren zum umweltpolitischen Modethema: Spiegel und Stern sorgten sich um die Potenz ihrer männlichen Leser und die übrige Presse zog mit Schlagzeilen wie „Die Apotheke im Trinkwasser“ nach. Können Pseudohormone und andere Spurenstoffe im Trinkwasser tatsächlich die menschliche Gesundheit schädigen – oder sind diese Mikroverunreinigungen „nur“ ein Problem für Fischmännchen?

Mehr Weibchen, weniger Männchen

Trotz aller Anstrengungen beim Kläranlagenbau in Deutschland sind die Flüsse und Bäche immer noch nicht „rein“. Viele Industriechemikalien, Arzneimittel und Pflanzenschutzmittel können in den Kläranlagen nicht oder nur unzureichend abgebaut werden. Deshalb entstehen in abflussarmen Bächen und kleinen Flüssen mit einem hohen Anteil von geklärtem Abwasser bedenklich hohe Konzentrationen von Pharmawirkstoffen, Pseudohormonen und einer unüberschaubaren Palette von Industriechemikalien. Betroffen sind zum Beispiel viele kleine Flüsse im Großraum Stuttgart und anderen urbanen Zentren.

Obwohl diese Mikroverunreinigungen oder Spurenstoffe nur in Konzentrationen von einem Millionstel Gramm (Mikro-

gramm) und in noch geringerer Nanogrammkonzentration vorliegen, verursachen sie Schädigungen in der Fischfauna. Unter anderem werden Verweiblichungsphänomene bei Fischmännchen beobachtet. Typisch für die meisten Spurenstoffe ist, dass sie gut wasserlöslich sind. Deshalb können sie in der Trinkwasseraufbereitung nur mit großem Aufwand aus dem Wasser herausgefiltert werden. Trotz aller Finessen bei der physikalischen und chemischen Wasseraufbereitung mussten einige Wasserversorger bereits einräumen, dass im Nanogrammbereich Pharmawirkstoffe in ihrem Trinkwasser auffindbar waren. Ein therapeutischer Effekt lässt sich allerdings erst in milliardenfach höheren Konzentrationen beobachten. Insofern muss man sich noch keine Sorgen um den Gesundheitszustand der deutschen TrinkwasserkonsumentInnen machen. Und auch wer für 20 Minuten durch den Rhein oder gar verbotenerweise am Berliner Hauptbahnhof durch die Spree schwimmt, muss die Mikroverunreinigungen nicht fürchten. Das Risiko, sich wegen des immer noch zeitweise zu hohen Keimgehaltes eine Durchfallerkrankung einzufangen, ist ungleich höher.

Risiko steigt mit Arzneimittelkonsum

Ein Fisch, der sein ganzes Leben lang einem „Chemikaliencocktail“ ausgesetzt ist, kann allerdings durchaus Schaden nehmen. Schädigungen der Gewässerfauna dürften vor allem von Hormonen und hormonähnlich wirkenden Industriechemikalien herrühren. Hormone und Pseudohormone wirken bei lebenslanger Exposition bereits im Mikrogrammbereich. Insofern gilt es, zum Schutz der aquatischen Lebensge-

meinschaften die Mikroverunreinigungen möglichst weitgehend aus unseren Gewässern fernzuhalten. Dies könnte auch den Aufbereitungsaufwand in der Trinkwasserversorgung reduzieren.

Zu befürchten ist aber, dass das Problem der Mikroverunreinigungen eher noch an Brisanz zunimmt. Beispielsweise wird in einer älter werdenden Gesellschaft der Konsum von Arzneimitteln überproportional ansteigen – und eine Vielzahl von Arzneimitteln gilt in den Kläranlagen als schwer abbaubar.

Mikroverunreinigungen an der Quelle bekämpfen

Gewässerexperten der Umweltverbände begrüßen, dass einige Länderumweltministerien in Pilotversuchen ausgewählte Kläranlagen mit über die üblichen drei hinausgehenden Reinigungsstufen aufrüsten. Damit können die Mikroverunreinigungen mit höherem Wirkungsgrad als bislang aus dem Abwasser entfernt werden. Der Bau von vierten und fünften Reinigungsstufen kostet allerdings Geld und erhöht den Energiebedarf der Kläranlagen. Nach Ansicht der Umweltverbände muss parallel dazu mehr getan werden, um das Problem „an der Quelle“ zu bekämpfen, denn:

- ▶ Die Bemühungen der Pharmabranche beim ökologisch ausgerichteten „Arzneimittel-Design“ sind immer noch viel zu gering.
- ▶ Die Kosmetikkonzerne setzen immer noch synthetische Duftstoffe und Aufheller ein, denen die Bakterien in den Kläranlagen nichts anhaben können.
- ▶ In Maschinengeschirrspülmitteln befinden sich weiterhin schwer abbaubare Korrosionsschutzmittel, die im

Verlauf des Rheins in stetig wachsenden Konzentrationen gemessen werden können.

Oberflächengewässerverordnung darf nicht abgeschwächt werden

Die Umweltverbände fordern deshalb, dass sich Bund und Länder stärker als bislang für eine Chemikalien- und Pharmapolitik starkmachen, die den Eintrag von gewässerschädigenden Mikroverunreinigungen in das Abwasser und in die Flüsse weitgehend unterbindet. Derzeit wird in diesem Zusammenhang ein Konflikt um eine Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer ausgetragen. In dieser Verordnung will das Bundesumweltministerium bundesweit geltende „Umweltqualitätsziele“ auch für Mikroverunreinigungen formulieren. Diese Immissionswerte sollen

sicherstellen, dass Konzentrationen von Mikroverunreinigungen in den Oberflächengewässern so niedrig liegen, dass eine Gefahr für aquatische Lebensgemeinschaften und die Trinkwasserversorgung nicht zu befürchten ist. Die Verordnung soll die europäische Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik umsetzen. Darüber hinaus würde diese Verordnung die bisherigen Länderregelungen zur Umsetzung der Anhänge II, III und V der Wasserrahmenrichtlinie in einheitliches Bundesrecht überführen. Dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Bundesverband der Deutschen Industrie geht der Verordnungsentwurf bereits viel zu weit. Es dürfe allenfalls eine Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Richtlinien erfolgen. Schließlich müsse der Kostenaufwand für die Unternehmen „überschaubar“ bleiben.

Die Industrieverbände verlangen zudem, dass der Verordnungsentwurf „sprachlich vereinfacht und übersichtlicher gestaltet“ werden müsse, „damit die neuen Vorschriften in der Praxis verstanden und angewendet“ werden könnten. Bei letzterer Forderung sind sich Industrie- und Umweltverbände ausnahmsweise einig.

Der Limnologe Nik Geiler setzt sich in Freiburg im Verein Regiowasser für eine umweltverträgliche Wasserpolitik ein. Der Freiburger Arbeitskreis Wasser ist Teil des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Kontakt:
Tel. +49 (0)761 / 275693,
E-Mail: nik@akwasser.de,
www.regiowasser.de,
www.akwasser.de



Wassernutzungsentgelte

Alle Nutzer sollen zahlen

Versteckte Subventionen für Kohlebergbau und Energiegewinnung gehören abgeschafft

In den Bundesländern, die ein Wasserentnahmeentgelt erheben, ist der Bergbau davon weitgehend befreit. Auch die Kühlwassernutzung ist begünstigt. Doch die Wasserrahmenrichtlinie der EU verlangt Kostenwahrheit. Deshalb müssen sich die Entgelte an den Folgen für den Wasserhaushalt orientieren. ■ VON ALEXANDRA GAULKE, GRÜNE LIGA

Wärme- und Kälteanlagen sind die größten Wassernutzer. Im Jahr 2007 verbrauchten sie bundesweit 20 Milliarden Kubikmeter Wasser. Der Kohlebergbau setzte im gleichen Jahr rund 800 Millionen Kubikmeter Frischwasser ein. Die Folgen sind dramatisch. Im deutschen Einzugsgebiet der Elbe mussten für neun bergbaubeeinflusste Grundwasserkörper „weniger strenge Umweltziele“ nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie festgelegt werden, weil auch bis 2027 nicht der darin geforderte „gute Zustand“ zu erreichen sein wird. In der Lausitz beeinträchtigt die bergbaubedingte Grundwasserabsenkung massiv den Landschaftswasserhaushalt. Die vom Bergbau verursachte Sulfatbelastung gefährdet ernsthaft die auf Ufer-

filtrat basierende Trinkwasserversorgung von Berlin und Frankfurt/Oder. Über die Kühltürme der Vattenfall-Kohlekraftwerke in der Lausitz gehen jährlich 92 Millionen Kubikmeter Wasser durch Verdunstung verloren – drei Kubikmeter pro Sekunde.

Für 2010 sieht die Wasserrahmenrichtlinie die Einführung kostendeckender Wasserpreise vor. Das bezieht sich auch auf externe Kosten: Die Verursacher von Umwelt- und Ressourcenkosten müssen einen „angemessenen Beitrag“ zu deren Deckung leisten. Wassernutzungsentgelte sind dafür das richtige Instrument. Aber bei der Bewirtschaftungsplanung im vergangenen Jahr und schon bei der wirtschaftlichen Analyse 2004 wurde nicht einmal versucht, die immensen Kosten

von Bergbau und Kühlwassernutzung zu ermitteln. Das muss nun nachgeholt werden, und zwar bundesweit.

Vollständig von einer Abgabe befreit ist allerdings Wasser, das beim Abbau von Bodenschätzen anfällt. Das betrifft Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Schleswig-Holstein sowie die Braunkohleförderung in Brandenburg und Sachsen. Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland belegen anfallendes Wasser beim Abbau von Bodenschätzen oder zum Zweck der Wasserhaltung mit einem deutlich ermäßigten Entgelt. Und Kühlwasser ist in allen Bundesländern, in denen ein Entgelt erhoben wird, mit einem deutlich ermäßigten Satz begünstigt.

Die sinkenden Grundwasserspiegel und der beginnende Klimawandel zwingen die Bundesländer, ökonomische Anreize für eine sparsame und effiziente Wassernutzung zu setzen. Die Wassernutzungsentgelte der Länder sind dafür eigentlich hervorragend geeignet, denn sie gelten nach dem „Wasserpennig-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1995 als Ressourcennutzungsgebühren. Die Regelungen müssen jedoch dringend korrigiert werden, um tatsächlich eine Lenkungswirkung zu entfalten. Zugleich ist eine klare Zweckbindung der Einnahmen für Ziele des Gewässerschutzes nötig. Bislang werden damit auch der Küstenschutz und die Unterhaltung naturferner Gewässer und Deiche mitfinanziert.

Umwelt Netzwerk fordert Kostenwahrheit

2009 vereinbarten SPD und Linke in Brandenburg in ihrem Koalitionsvertrag eine Überprüfung der entsprechenden Regelungen. Aus diesem Anlass veröffentlichte die Grüne Liga, ein vor allem in östlichen Bundesländern und besonders in den Braunkohlegebieten aktives Umwelt Netzwerk, ein Positionspapier zum Brandenburger Wassernutzungsentgelt. ⁽¹⁾ Bergbau und Energiewirtschaft sollen künftig stärker für die immensen externen Kosten aus der Wassernutzung zur Kasse gebeten werden, heißt es in dem Papier, das grundsätzlich auch auf andere Bundesländer übertragbar ist. Alle Wassernutzer sollen den gleichen Entgeltsatz zahlen wie kommunale Wasserwerke und Industrie. Im Einzelnen fordert das Positionspapier:

- ▶ Für Wasserentnahmen zum Zweck der Freimachung und Freihaltung von Lagerstätten, Erdgasspeichern und Ähnlichem sowie zur Wasserhaltung von Tagebaulöchern ist der volle Entgeltsatz zu erheben.
- ▶ Kühlwasser muss mit dem vollen Entgeltsatz belastet werden, weil es entweder durch Kühlturmverluste dem regionalen Wasserhaushalt entzogen oder durch Wärme- und Stoffeinträge nachteilig verändert wird.
- ▶ Die Wiedereinleitung entnommenen Wassers darf nur dann vom Wasser-

entnahmeentgelt befreit werden, wenn sie im Zielgewässer oder Vorfluter nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Wasserbeschaffenheit führt. Was „nachteilige Veränderungen“ sind, muss dabei dringend neu definiert werden.

- ▶ Auch die Wiedereinleitung nicht nachteilig veränderten Wassers darf nur dann vom Entgelt befreit werden, wenn sie in dieselben Gewässer beziehungsweise Grundwasserleiter erfolgt, aus denen das Wasser zuvor entnommen wurde.

Nachhaltige Nutzung dank Entgeltspflicht

Darüber hinaus wendet sich das Positionspapier auch gegen andere Ermäßigungsregelungen, etwa für die landwirtschaftliche Beregnung. So gelten in Brandenburg 93 Prozent des tatsächlich entnommenen Beregnungswassers als „wiedereingeleitet“ – nur sieben Prozent müssen bezahlt werden. Auch in Niedersachsen und Baden-Württemberg fällt für die Beregnung nur ein auf zehn Prozent reduzierter Entgeltsatz an.

Ohne Entgeltspflicht besteht kein Anreiz, die vermutlich erheblichen Einsparmöglichkeiten bei Wasserentnahmen der Energiewirtschaft zu nutzen. Von einem angemessenen Preis für die Ressourcennutzung kann bei null Euro jedenfalls keine Rede sein.

Anmerkung

- ▶ (1) Grüne Liga: Das Wassernutzungsentgelt in Braunkohlebergbau und Energiewirtschaft in Brandenburg. Berlin 2010. Download: www.wrrl-info.de/docs/Positionspapier_BBG_WNE_April2010.pdf

Die Umweltmanagerin Alexandra Gaulke ist Expertin für Wasserentnahmeentgelte in der Bundeskontaktstelle Wasser der Grünen Liga e.V. in Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 40393530, Fax 2044468,
E-Mail: alexandra.gaulke@grueneliga.de
www.wrrl-info.de
(Ökonomische Aspekte – Wasserentnahmeentgelt)



EU-Gesetz wird ignoriert

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) geht in der EU nur schleppend voran. Den bislang unzureichenden Ergebnissen in den mediterranen EU-Ländern widmete sich Ende April 2010 eine Konferenz des Europäischen Umweltbüros (EEB) und spanischer Partnerorganisationen in Barcelona.

Der Vertreter der EU-Kommission, Peter Gammeltoft, beklagte ernsthafte Schwierigkeiten bei der Umsetzung der WRRL. Von den neun Ländern, in denen noch keine Bewirtschaftungsplanentwürfe veröffentlicht wurden, lägen sechs im Mittelmeerraum. Bislang hätten EU-weit nur 14 Mitgliedstaaten Pläne verabschiedet.

Das Hauptproblem im Mittelmeerraum ist laut Gammeltoft der Wasserverbrauch der Landwirtschaft, der bis zu 85 Prozent ausmache. Die Wasserpreise müssten auch hier angemessene Anreize bieten, Verschwendung zu vermeiden: Der Preis müsse die Kosten für die Wassernutzung abbilden, einschließlich der Umweltkosten und der aus der Knappheit des Gutes resultierenden Kosten. Ziel sei die nachhaltige Verfügbarkeit des öffentlichen Gutes Wasser. „Wasser ist nicht zum Nutzen eines einzelnen Wirtschaftssektors da“, sagte der EU-Experte.

Die Forderung nach Anreizen für einen verringerten Verbrauch und der Bestrafung intensiver Wassernutzung war eine der zentralen Schlussfolgerungen der Konferenz. Eine offene politische Debatte über Kostendeckung und Wasserpreise sei dringend notwendig. Diese Diskussion hat im Jahr 2010, in dem eigentlich kostendeckende Wasserpreise gemäß Artikel 9 der WRRL eingeführt werden sollen, noch nicht einmal begonnen. Das zeigt nach Ansicht der Teilnehmer, wie weit es noch bis zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft ist.

Weitere Konferenzthemen waren Transparenz und Beteiligung, Nachfragelenkung, Grundwasser sowie Hydromorphologie und ökologische Mindestabflüsse. [Michael Bender]

- ▶ www.wrrl-info.de

Landwirtschaft

Augen zu, Wasser marsch

Die Agrarindustrie ist in vielen Ländern zur größten Bedrohung für den Wasserhaushalt geworden

Landwirtschaftliche Beregnungsanlagen sind weltweit der mit Abstand größte Wasserverbraucher. An vielen Orten geht bereits das Grundwasser zurück und ist zudem mit Nitrat und Pestiziden belastet. Statt des geplanten weiteren Wachstums intensiver Monokulturen ist Ökolandbau das Gebot der Stunde. ■ VON SEBASTIAN SCHÖNAUER, BN

Der Naturhaushalt ist heute in vielen industrialisierten Regionen schwer gestört. Besonders der Zustand der Gewässer gibt zur Sorge Anlass. Doch während der Trinkwasserverbrauch der Haushalte langsam zurückgeht und die Industrie auf Mehrfachverwendung umsteigt, wird im landwirtschaftlichen Sektor einer immer stärkeren Ausweitung der Beregnungsflächen das Wort geredet – wohl wissend, dass der verschwenderische Umgang mit Wasser zu einem Absinken der Grundwasserstände und zu einer Versteppung weiter Gebiete führen kann.

Auch weltweit gesehen ist die Landwirtschaft mit ihren industriellen Monokulturen das größte Problem des Wasserkreislaufs. Zudem werden gerade besonders durstige Nutzpflanzen wie Reis, Zuckerrohr und Baumwolle oft in heißen, wasserarmen Regionen angebaut, sodass ganze Landstriche regelrecht vertrocknen.

Seen, die nur noch im Atlas existieren

Beregnungslandwirtschaft ist für 78 Prozent des Weltwasserverbrauchs verantwortlich. In Ländern wie Spanien oder Israel sind es sogar bis zu 90 Prozent. Mit den dort erzeugten Produkten werden riesige Wassermengen aus den Trockengebieten der Erde in den Norden exportiert (siehe Kasten). Diese Beregnungslandwirtschaft, aber auch das Beregnen des Vorzeigerasens im Hochsommer sind weltweit Hauptwasserverbraucher. Technische und strukturelle Fehler beim Bewässern landwirtschaftlicher Flächen, etwa die Beregnung von oben durch die Luft bei Höchsttemperaturen, treiben den Verbrauch zusätzlich in die Höhe. Grundwasserabsenkungen sind die Folge. Viele

Feuchtbiotope sind längst trockengefallen.

Zahlreiche Karten in den Atlanten stimmen heute nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. Ganze Seen sind bereits verschwunden. Der Aralsee in Zentralasien, ein Opfer des intensiven Baumwollanbaus, ist nur das extremste Beispiel. Auch die Regel aus dem Erdkundeunterricht, dass Flüsse auf ihrem Weg zum Meer immer mächtiger werden, stimmt nicht mehr. Viele Flüsse sterben auf ihrem Weg ab, anstatt anzuschwellen, etwa die Aralsee-Zuflüsse Amudarja und Syrdarja oder der Jordan, der ins Tote Meer fließt.

Beispiele für ein desaströses Wassermanagement gibt es aber auch in Deutschland. So sind die Wälder im Hessischen Ried bei Darmstadt durch zu hohe Wasserentnahmen für die Trinkwasserversorgung und die Landwirtschaft seit den 1960er-Jahren großflächig abgestorben. Die Grundwasserabsenkungen waren dort so stark, dass Hausbesitzer wegen der Setzrisse und der daraus folgenden Einsturzgefahr für ihre Häuser Klagen bei den Gerichten einreichten. Ähnliches geschah im Mittelgebirge Vogelsberg im Osthessischen Bergland.

Viel zu viele Schadstoffe in Gewässern

Zu der Diskussion um den überhöhten Wasserverbrauch der Landwirtschaft gehört aber auch die Frage: Wie steht es um die Gesundheit unserer Böden und Gewässer? Beregnungslandwirtschaft heißt auch gleichzeitig Intensivlandwirtschaft mit sehr hohen Stickstoffgaben. Als „notwendige“ Begleiterscheinung kommt das Spritzen von Pestiziden hinzu, die wiederum durch sogenannte Halmverkürzer und andere chemische Hilfsmittel ergänzt werden. Die „Pflanzenschutzmittel“ und

der Stickstoffüberschuss, der als Nitrat das Grundwasser aufs Schwerste belastet, zerstören dabei langfristig das mikrobielle Leben in den wertvollen Ackerböden. Das Grundwasser wird langsam vergiftet.

Bei dieser Intensivlandwirtschaft „regnen“ allein auf die Böden in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr etwa 30.000 Tonnen von 200 verschiedenen „Schädlingsbekämpfungsmitteln“, Herbiziden und Fungiziden nieder. Das Grundwasser unter 65 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche der Europäischen Union ist mit Pestiziden verschmutzt. Dieser Giftcocktail

Versteckt in Produkten

Als virtuelles, „verborgenes“ Wasser wird die Wassermenge bezeichnet, die nach einer umfassenden Bilanz als tatsächlich verbrauchte Menge in die Produktion von Nahrungsmitteln und Konsumgütern eingeht:

- ▶ In einem Kilogramm Fleisch aus agro-industrieller Produktion werden rund 10.000 Liter virtuelles Wasser „mitgeliefert“. Allein im Rindfleisch für einen Viertelpfund-Hamburger sind 11.000 Liter verborgen.
- ▶ 500 Liter Wasser sind für die Produktion eines Kilogramms Kartoffeln vonnöten, 1.000 Liter für ein Kilo Weizen, 2.000 bis 4.000 Liter für einen Liter Milch. 2.000 bis 5.000 Liter sind nötig, bis man ein Kilo Reis ernten kann. Die Erzeugung eines Kilogramms Kaffeepulver verschlingt 20.000 Liter Wasser.

findet sich dann in den Gewässern wieder. Im Jahr 1980 wurden deshalb in der EG-Trinkwasserrichtlinie und nachfolgend in den Wassergesetzen der Bundesrepublik Höchstgrenzen für Pestizide und Nitrat festgelegt. Trinkwasser darf danach nicht mehr als 0,1 Mikrogramm Pestizide und soll nicht mehr als 25 Milligramm Nitrat pro Liter Trinkwasser enthalten.

Tiefenwasser anzupfen muss tabu sein

In Deutschland wurden wegen Grundwasserverschmutzung bereits viele Brunnen geschlossen – eine gefährliche Entwicklung. Die großzügige Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ist dagegen ein erster Schritt in die richtige Richtung. Eine nachträgliche „Reparatur“ des Wassers mit immer aufwendigeren Aufbereitungsverfahren bis hin zum Aktivkohlefilter kann indessen nur eine Symptombekämpfung sein, die die Vergiftung unseres Trinkwassers zu beheben sucht. Um ein Kilogramm Pestizide aus dem Trinkwasser zu entfernen, entstehen außerdem Kosten von 50.000 Euro, die die Verbraucher oder die öffentliche Hand zu tragen haben. Die Agrochemie verdient am Verkauf dieser Giftstoffe weiterhin Milliarden.

Der falsche Weg ist es auch, immer tiefere Grundwasserschichten anzupfen. Die Schadstoffe aus der oberen Schicht werden durch den dabei entstehenden Sogeffekt in die Tiefe gezogen und verschmutzen dort das Grundwasser auf Jahrhunderte hinaus. Das Anzapfen von Tiefenwasser – gedacht als ultimative Reserve für echte, unvorhersehbare Notfälle – muss tabu sein. Stattdessen gilt es, weiträumige Schutzkonzepte umzusetzen.

Seit Jahren machen deshalb die kommunalen Wasserversorger aus der Not eine Tugend. Für viel Geld erkaufen sie sich mit sogenannten Kooperationen in den Wassereinzugsgebieten eine extensivere Landwirtschaft, um ihr Trinkwasser von Schadstoffen und Nitrat weitgehend frei zu halten. Städte wie München oder Leipzig bestehen sogar auf Ökolandbau in ihren Wassereinzugsgebieten. Diese Kooperationsmodelle der Trinkwasserversorger mit der Landwirtschaft sind jedoch

nur zeitlich befristete Hilfen, anderenfalls würde das Verursacherprinzip vollends auf den Kopf gestellt. Der Gewässerschutz darf, ebenso wie der Naturschutz, nicht zum Ausgleichstatbestand werden – etwa nach dem Motto „Wer das Trinkwasser schützt, muss hoch bezahlt werden“.

Um langfristig auf gesundes Trinkwasser zurückgreifen zu können, ist ein flächendeckender Grundwasserschutz notwendig, der aber nur mit einer Änderung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen erreicht werden kann.

Ökolandbau sichert gesundes Trinkwasser

Nur eine Landwirtschaft, die Schluss macht mit der „chemischen Keule“ der Pestizide und mit der gnadenlosen Überdüngung der Böden, ist zukunftsfähig. Nachhaltig ist auf lange Sicht nur der ökologische Landbau. Eine umweltverträgliche Landwirtschaft, verbunden mit einer drastischen Minderung des Schadstoffeintrags aus der Luft, garantiert auch unseren Nachkommen den von der europäischen Wasserrahmenrichtlinie geforderten „guten Zustand“ aller Gewässer bis zum Jahr 2015 und damit ein gesundes Trinkwasser.

Auch auf der europäischen Ebene mehrten sich nach langen Jahren des Schweigens die Stimmen, die eine Rückkehr von der hoch technisierten Intensivlandwirtschaft zu ökologischen Anbaumethoden fordern. Zu groß sind die Schäden durch die Hochdüngung mit mineralischem Stickstoff, die Gülleströme aus der Massentierhaltung und die Pestizidschwaden.

Das Umweltbundesamt (UBA) stellte schon 1998 in seinem Bericht „Nachhaltiges Deutschland – Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung“ fest, dass „die derzeit in Deutschland praktizierte Landwirtschaft den Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung nicht gerecht wird“. Zu hohe Umweltbelastungen entstünden durch den Stickstoffüberschuss, die Phosphateinträge durch Gülle und Mineraldünger, die Treibhausgase aus der Tierhaltung und die Belastung des Grundwassers durch die Pestizide. Eine Ökologisierung der Agrarpolitik erschien dem UBA unausweichlich. Eine Vorbild-

funktion hatte dabei für das UBA schon damals der ökologische Landbau. Keine der seitdem amtierenden Bundesregierungen hat etwas Entscheidendes für die Umsetzung dieser Forderungen erreicht. Auch Rot-Grün fehlte der politische Mut für eine grundsätzliche Weichenstellung.

Jetzt die „Stickstoffbremse“ ziehen

Die bisher im Agrarbereich als Bewirtschaftungsgrundlage geltende „gute fachliche Praxis“ ist vorrangig von der Optimierung der Produktion bestimmt und enthält nur unverbindliche Standards. Damit ist eine Minderung der Schadstoffeinträge nicht zu erreichen. Die hoch subventionierte, industriell betriebene Landwirtschaft hat ökologisch versagt. Sie kann den notwendigen Boden- und Gewässerschutz nicht gewährleisten. Stattdessen gefährdet sie den gesamten Naturhaushalt und ist eine der Hauptursachen für den ungebremsten Biodiversitätsverlust.

Bewirtschaftungsformen wie die pervertierte Massentierhaltung dürfen nicht weiter mit Hunderten von Millionen Euro gestützt werden. Statt Milliarden Schäden durch eine industriell geprägte, auf Produktionsmengenwachstum ausgerichtete Landwirtschaft hinzunehmen, sollte als Sofortmaßnahme die „Stickstoffbremse“ gezogen werden – am besten durch eine Abgabe auf mineralische Düngemittel, wie es sie in einigen Ländern Europas zumindest vor deren EU-Beitritt gab. Flächendeckender Grundwasserschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist jetzt angesagt.

Sebastian Schönauer war Lehrer und Konrektor und ist seit über 30 Jahren im Naturschutz aktiv, zurzeit als Vizevorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern und wasserpolitischer Sprecher des BUND. Er ist Mitglied des DNR-Präsidiums und lebt bei Aschaffenburg.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6094 / 984022,
E-Mail:
sebastian.schoenauer@
bund-naturschutz.de,
www.bund-naturschutz.de



Grundwasserverschmutzung

Babyblues im Osten

Fäkalien, nutzlose Gesetze und Unwissenheit belasten die Trinkwasserversorgung im ländlichen Osteuropa

In Osteuropa fehlt nach wie vor die Infrastruktur für die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und eine umweltfreundliche Abwasserentsorgung. Abwässer aus Haushalten, Industrie und Landwirtschaft belasten die Grundwasservorräte. Nitrate, Pestizide und Schwermetalle gefährden Umwelt und Gesundheit. ■ VON KARIN ADOLPH, WECF

Viele abgelegene Gebiete in den Ländern Osteuropas haben keine zentralen Wasserleitungen. Die ländliche Infrastruktur ist in vielen Regionen unterentwickelt oder hat sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks verschlechtert. In Dörfern, wo viele Haushalte noch auf Grundwasser aus ungeschützten Brunnen angewiesen sind, ist dieses meist durch Fäkalien verschmutzt. Vor allem die schlechte sanitäre Versorgung ist ein großes Problem: Um ihre Notdurft zu verrichten, verwendet die Landbevölkerung Latrinen – einfache Löcher hinter dem Haus. Fäkalien und Urin versickern so einfach im Boden und verunreinigen letztendlich das Grundwasser. Außerdem stinken die Latrinen und ziehen Fliegen, Ungeziefer und damit Krankheiten an.

Latrinen und Landwirtschaft verschmutzen das Wasser

Auch wenn Abwasserleitungen vorhanden sind, fließt das Abwasser meist ohne Behandlung in Flüsse und Teiche oder in Sammelgruben. Doch die Sammelgruben werden kaum geleert, da sich die Bevölkerung die geordnete Abfuhr des Abwassers oft nicht leisten kann. Ein weiterer Fakt verschlimmert die Lage gerade in den Dörfern: Die Menschen auf dem Land leben hauptsächlich von der Kleinviehhaltung – ihre Ernährung wird von zwei bis drei Kühen, Schweinen und Hühnern gesichert. Doch auch für tierische Exkremente gibt es meistens kein angemessenes Verfahren zur Lagerung oder Aufbereitung. Sie gelangen so ebenfalls ins Grundwasser. Wie überall trägt die Landwirtschaft mit Kunstdünger und anderen Chemikalien ihr Übriges zur Trinkwasserverschmutzung bei.

Nitrat als Gefahr für Kleinkinder

Vor allem die durch Latrinen und Landwirtschaft verursachte Nitratverseuchung ist ein großes Problem in den ländlichen Gebieten Rumäniens, Weißrusslands, Moldawiens und anderen osteuropäischen Regionen. In Rumänien haben 85 Prozent der Landbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser aus dem zentralen Versorgungssystem und 89 Prozent sind nicht an Kläranlagen angeschlossen. Rund zehn Millionen EinwohnerInnen nutzen Latrinen ohne eine angemessene fäkale Abfallwirtschaft, errechneten die Vereinten Nationen 2004. In Weißrussland hat zwar die gesamte Bevölkerung Zugang zur Wasserversorgung, 55 Prozent der LandbewohnerInnen sind jedoch auf private und ungeschützte Trinkwasserquellen angewiesen, knapp 40 Prozent hatten im Jahr 2006 laut Weltgesundheitsorganisation keinen Zugang zu Sanitäreinrichtungen.

Nitrat an sich ist für den Menschen nicht gefährlich. Im Magen-Darm-Trakt von Tier und Mensch jedoch wandelt es sich durch bestimmte Bakterien in Nitrit um. Dieses wiederum transformiert das Sauerstoff transportierende Hämoglobin, welches in den roten Blutkörperchen enthalten ist, zu Methämoglobin. Methämoglobin ist aber nicht fähig, Sauerstoff zu transportieren, sodass dieser nicht mehr zum Gewebe gelangt. Erreicht die Methämoglobinkonzentration zehn Prozent der normalen Werte, kommt es zum Sauerstoffmangel im Blut, der sogenannten Hypoxämie. Neben Schwindel, Übelkeit und Kopfschmerzen treten Atemnot und Schlaflosigkeit auf. Eine Methämoglobinkonzentration von mehr als 70 bis 80 Prozent kann sogar zum Tode führen. Gerade

Säuglinge sind besonders betroffen, da sie mehr Nitrat als Kinder und Erwachsene aufnehmen und es aufgrund ihrer noch nicht ausgereiften Reduktionskapazität nicht wieder zu Hämoglobin rückverwandeln können. Das berüchtigte Blue-Baby-Syndrom tritt auf: Gesicht, Hände und Füße verfärben sich blau, neben Atemproblemen treten Erbrechen und Durchfall auf. Der Säugling kann von innen ersticken. Fälle von Methämoglobinämie werden heutzutage noch in Gebieten mit stark Nitrat-kontaminierten Brunnen in Rumänien, Moldawien und der Ukraine gemeldet.

An der Bildung krebsauslösender Nitrosamine sind Nitrite ebenfalls beteiligt.

Untätigkeit und fehlendes Wissen machen vorhandene Gesetze nutzlos

Auch in Osteuropa gibt es Gesetze zum Wasserschutz, die Höchstmengen für Dünger, das Verbot bestimmter Pestizide oder Anforderungen an die Trinkwasserqualität regeln. Doch in der Praxis finden diese Vorschriften keine Anwendung. Auch einfache Schutzbauten um Brunnen sieht man kaum in den Dörfern, stattdessen sind Misthaufen und Latrinen in unmittelbarer Nähe von öffentlichen Quellen ein alltäglicher Anblick. Das Bewusstsein, dass die Verunreinigung von Grundwasser keine Grenzen kennt, ist in vielen ländlichen Gemeinden nicht vorhanden. Die Gesetze werden auf höchster politischer Ebene gemacht, dringen jedoch nicht zu den lokalen Behörden durch. Das ist fatal, denn üblicherweise haben die örtlichen BürgermeisterInnen die Verantwortung für die öffentliche Wasserversorgung. In kleinen ländlichen Wasserversorgungs-

systemen wie öffentlichen Brunnen wird das Trinkwasser selten oder gar nicht kontrolliert. In Rumänien ist die Situation am schlimmsten: Nur 20 Prozent der ländlichen Bevölkerung sind dort ans Wasserversorgungssystem angeschlossen – der Rest ist auf eigene oder öffentliche Brunnen angewiesen. Kleine Wasserversorgungssysteme mit weniger als 50 VerbraucherInnen oder höchstens zehn Kubikmeter Wasserverbrauch pro Tag unterliegen nicht einmal der Trinkwasserrichtlinie der Europäischen Union.

Wenig Transparenz und kaum Finanzierungsmöglichkeiten

Lokale Gesundheitsbehörden oder KonsumentInnen bekommen Ergebnisse von Wasseruntersuchungen meist nicht zu Gesicht. Ein weiteres Problem ist die Finanzierung: Weder gibt es ein Budget für Analysen, Kontrollen und Schutzmaßnahmen noch existiert ein effizientes Finanzierungssystem beispielsweise durch Wasserpreise. Bis heute sind die Preise für Wasser sehr niedrig. Gerade in den ehemals sozialistischen Ländern, in denen die Wasserversorgung gratis war, ist die Zahlungsmoral bislang gering. Dadurch hat der Wasserversorger, also die Gemeinde, auch keine Mittel, um Schutzmaßnahmen zu finanzieren, Bauern zu beraten oder Maßnahmen für mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft einzuführen.

Schutzmaßnahmen und Bildungsarbeit

Das europäische Frauen-Umwelt-Netzwerk Women in Europe for a Common Future (WECF) setzt sich für eine Verbesserung der Abwasserpolitik und Wassersituation in der Region Osteuropa ein. Neben der Einführung von Schutzvorrichtungen und Trockentrenntoiletten wird vor allem Aufklärungsarbeit geleistet. Denn Schutzmaßnahmen allein reichen nicht aus. Zunächst muss die ländliche Bevölkerung auf die Gefahren, die von Wassermismanagement und der Vernachlässigung von Wassersystemen ausgehen, aufmerksam gemacht werden. Die Weltgesundheitsorganisation hat dazu zwar eine Methode zur

Trinkwassersicherheit, den sogenannten Water Safety Plan entwickelt – die meisten Menschen in den Dörfern können jedoch mit diesem äußerst komplexen und ausführlich geschriebenen Konzeptansatz nicht viel anfangen. WECF-WasserexpertInnen haben den Inhalt in einen leicht verständlichen Leitfaden umformuliert, der darüber informiert, was die BürgerInnen selbst konkret vor Ort tun können. Ein einfaches und kostengünstiges Mittel sind beispielsweise Nitratteststäbchen, mit denen die BürgerInnen vor Ort ihre Wasserquelle selbst auf Nitratkonzentration als Indikator für die Gesamtverunreinigung testen können. Neben der Kooperation mit wichtigen Anlaufstellen im Dorf wie Ärztinnen oder Bürgermeistern arbeiten WECF-Mitarbeiterinnen damit zum Beispiel auch an Schulen, damit die Kinder das erlernte Wissen an ihre Eltern herantragen.

Trend zur Intensivlandwirtschaft verschlechtert die Lage zusätzlich

In Zukunft könnte sich die Situation allerdings noch verschlimmern. In Osteuropa liegt viel Land noch völlig brach, doch die Intensivierung der Landwirtschaft schreitet voran: Immer mehr Betriebe, die schon vor Jahren aufgegeben worden sind, werden nun aufgekauft und bewirtschaftet. Die Chance auf Ökolandwirtschaft wird dabei völlig vertan. Zentrale Wasserversorgung und konventionelle Abwasserwirtschaft werden auch in Zukunft für viele ländliche Gebiete unbezahlbar bleiben. Daher sollte die höchste Priorität alternativen nachhaltigen Konzepten und der Bewusstseinsbildung innerhalb der Landbevölkerung zukommen.

Die Journalistin Karin Adolph ist WECF-Öffentlichkeitsreferentin und arbeitet als freie Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit.

Kontakt:
Tel. +49 (0)89 / 23239380,
E-Mail:
karin.adolph@wecf.eu,
www.wecf.eu



Ressourcen als Risiko

Die Erdölvorräte gehen zur Neige, sauberes Wasser ist bereits heute in vielen Regionen ein Luxusgut. Die menschlichen Existenzgrundlagen sind bedroht, das Konfliktpotenzial ist gewaltig. »Kriege um Ressourcen« oder friedliches Miteinander? Noch sind beide Zukünfte möglich. Die in diesem Band versammelten Denker und Denkerinnen präsentieren innovative Wege, um Ressourcennutzung und Frieden auf der Welt zu vereinbaren.

R. Braun, F. Brickwedde, T. Held,
E. Neugebohrn, O. v. Uexküll (Hrsg.)

Kriege um Ressourcen
Herausforderungen für
das 21. Jahrhundert

264 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-093-9



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



„Der Charme des Deutschen Naturschutztages liegt in der Vernetzung Gleichgesinnter“

Ende September findet in Stralsund der 30. Deutsche Naturschutztag (DNT) statt. DNR-Präsident Hubert Weinzierl hat viele dieser Kongresse miterlebt. Für ihn ist das Miteinander haupt- und ehrenamtlicher Naturschützer das Besondere am DNT.

umwelt aktuell: Herr Weinzierl, wie kam es zu dieser weltweit wohl einzigartigen Zusammenkunft amtlicher, ehrenamtlicher und privater Naturschützer, dem Deutschen Naturschutztag?

Hubert Weinzierl: Der DNT war ein Zweckbündnis angesichts der explosionsartigen industriellen Entwicklung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und des dramatischen Raubbaus an der Natur. Die Symbiose zwischen hauptamtlichem Sachverstand und ehrenamtlicher, verbandlicher, nicht weisungsgebundener Politikbegleitung hat sich bewährt.

Welche Themen standen zu Beginn auf der Tagesordnung? Welche sind es heute?

Bei den ersten Treffen ab 1925 ging es hauptsächlich um klassische Naturschutzthemen, vor allem den Artenschutz. Aber bald waren der gesamte Natur-

haushalt, der Umweltschutz und die Wirtschaftspolitik Themen, und das ist bis heute so. Heute ist aus dem Naturschutz mehr geworden, er hat sich global vernetzt und zur Nachhaltigkeit fortentwickelt.

Wen soll der Naturschutztag vor allem ansprechen?

Der DNT soll Signale an die gesamte Gesellschaft aussenden und keine Selbstgespräche führen. Die Idee des Naturschutztages sollte über den Fachbereich hinaus in alle relevanten Gruppen und Politikbereiche hineinwirken.

Der DNT wurde von Anfang an als Fachkongress konzipiert – und es gibt ihn bis heute. Die Teilnehmerzahlen sind in den letzten Jahren sogar gestiegen. Was ist das Besondere dieser Veranstaltung?

Der Charme dieses „Familientreffens“ liegt in der Chance zur Vernetzung Gleichgesinnter in den verschiedenen Arbeitsbereichen – ehrenamtlich, privater und amtlicher Naturschutz –, aber auch zum gegenseitigen Mutmachen und zur Freude am Naturschutz.

Was erwarten Sie vom 30. DNT in Stralsund?

Ich hoffe, dass der Naturschutztag drei Überlebensfragen in den Mittelpunkt rückt, nämlich den sofortigen Stopp des Biodiversitätsverlustes, die Kritik an der Wachstumsideologie und die Hinwendung zu zukunftsfähigen Lebensstilen.

Kontakt:

Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, www.dnr.de



30. Deutscher Naturschutztag 2010 Frischer Wind und weite Horizonte

27. Sept. - 01. Okt. 2010 in der Alten Brauerei, Stralsund

VERANSTALTER

- Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e.V.
- Bundesamt für Naturschutz (BfN)
- Deutscher Naturschutzring – Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.
- Gastgebendes Bundesland 2010: Mecklenburg-Vorpommern mit seinem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

www.deutscher-naturschutztag.de

© Falk Herrmann/Piclease

DNR INTERN

DNR im Internet

Start für Diskussionsportal

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat im Internet ein Diskussionsportal für seine Mitgliedsverbände eingerichtet. So hatte es die DNR-Mitgliederversammlung im vergangenen November beschlossen. Das Portal soll den Mitgliedern den effizienten Gedanken- und Meinungs-austausch durch eine schnellere und einfachere Bereitstellung von Informationen und Materialien ermöglichen. Außerdem soll es die DNR-Gremien bei der Positions- und Entscheidungsfindung in noch einzurichtenden offenen und nicht-offenen Diskussionsgruppen unterstützen. Der DNR als Dachverband will damit seiner Service- und Koordinationsfunktion für die Mitgliedsverbände, die thematischen Arbeitsgruppen und andere Zusammenhänge besser gerecht werden. [mb]

► <http://diskussionsportal.dnr.de> (Registrierung)

AUS DEN VERBÄNDEN

Interreligiöser Dialog

Theologen treffen Ökologen

■ Über die Haltung der Religionen angesichts von Klimawandel, Artensterben und Ressourcenkrise konferierten im Juli VertreterInnen von Buddhismus, Islam, Judentum und mehreren christlichen Konfessionen im Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden in Niederbayern. Dabei ging es nicht nur um den Umgang der Religionen mit drängenden Umweltfragen, sondern auch um die Gretchenfrage für die Naturschutzverbände: Sind religiöse Überzeugungen wichtig oder vielleicht sogar ein entscheidender Schlüssel zur Nachhaltigkeit? Auch in den christlichen Kirchen – evangelische, katholische, orthodoxe und

evangelisch-methodistische Kirche waren in Wiesenfelden vertreten – werden Umweltfragen zum Teil auf unterschiedliche Weise diskutiert und beantwortet.

Einig zeigten sich alle TeilnehmerInnen der zweitägigen Veranstaltung darüber, dass es eine wichtige Aufgabe für Religionsgemeinschaften ist, Verantwortung für die Schöpfung zu übernehmen. Die interreligiösen Begegnungen sollen fortgesetzt werden. Mitveranstalter waren der Deutsche Naturschutzring und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. [mb]

► Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, www.schloss-wiesenfelden.de

EHRENAMT

Jugendfreiwilligendienste

Zivis sollen FÖJ-ler werden

■ Um dem gesellschaftlichen Wandel von den Pflichtdiensten zu den Jugendfreiwilligendiensten Rechnung zu tragen, plant die Bundesregierung einen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste FÖJ und FSJ (Freiwilliges Ökologisches/Soziales Jahr). Sie will dafür ab Herbst 2011 die bisherigen Zuschussmittel des Bundesamts für den Zivildienst für das sogenannte Zivi-FÖJ und -FSJ in Höhe von gut 30 Millionen Euro umwidmen und für das reguläre FÖJ und FSJ einsetzen. Das teilte die Stiftung Naturschutz Berlin, einer der größten Träger für das FÖJ, im Juli mit. Allerdings, so die Stiftung, schiebt die Regierung dabei nur die bisher schon für die Jugendfreiwilligendienste bereitgestellten Mittel um und verteilt sie in die Breite. Sie proklamiert zwar die Stärkung dieser Dienste, setzt aber keine zusätzlichen Mittel ein, etwa aus den durch die Verkürzung des Zivildienstes frei werdenden 160 Millionen Euro.

Ab dem Jahr 2011/2012 sehen sich die FÖJ-Trägerorganisationen damit vor die Aufgabe gestellt, sowohl die 300 bisherigen

Zivi-FÖJ-Plätze als FÖJ-Plätze zu erhalten als auch zusätzliche Plätze über die derzeitigen 2.500 hinaus zu schaffen – „wobei im FÖJ anders als in vielen FSJ-Bereichen keine Pflegesätze zur Refinanzierung zur Verfügung stehen“, wie FÖJ-Projektleiter Bernd Kuhlmann von der Stiftung Naturschutz anmerkte. Kuhlmann hofft nun auf eine „gemeinsame Anstrengung und Bereitschaft von Bund, Ländern, Trägern und Einsatzstellen, neue Finanzierungskonzepte zu entwickeln“. [mb]

► Stiftung Naturschutz Berlin, Bernd Kuhlmann, Tel. +49 (0)30 / 26394140, Fax 2615277, www.stiftung-naturschutz.de/foej

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Kommunen

Biodiversitätshauptstadt

■ Um im Internationalen Jahr der Biodiversität die Leistungen der Kommunen für den Natur- und Artenschutz zu würdigen und bekannt zu machen, hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) alle deutschen Städte und Gemeinden aufgerufen, sich um den Titel „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ zu bewerben. Der Deutsche Naturschutzring ist einer der Kooperationspartner. Städte und Gemeinden seien die entscheidende Stelle für die Umsetzung und Vermittlung von Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, begründeten die Naturschutzverbände ihre Initiative.

Beteiligen können sich alle Kommunen, von kleinen Gemeinden bis hin zu großen Städten, sowie Verwaltungsgemeinschaften, in Berlin und Hamburg auch Stadtbezirke. Der Fragebogen kann aus dem Internet heruntergeladen und auch direkt am Computer ausgefüllt werden. Einsendeschluss ist der 31. Oktober. [mb]

► DUH, Silke Wissel, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 999565, E-Mail: wissel@duh.de
► Fragebogen: www.biodiversitaetskommune.de/wettbewerbssunterlagen

REZENSIONEN

Die Ernährungsdiktatur

Beim Essen geht es schon lange nicht mehr nur ums Sattwerden. Eine riesige Maschinerie von Lebensmittelkonzernen, Händlern und Werbeprofis soll das industriell gefertigte Überangebot schmackhaft machen. Dagegen hilft nur bewusstes Konsumieren, findet Tanja Busse.



■ Essen geht uns alle an. VerbraucherInnen wählen täglich aus einem vielfältigen Angebot, aber wissen sie überhaupt, was sie da eigentlich essen? Entscheiden die KonsumentInnen

wirklich selbst, was sie essen wollen? Solchen Fragen geht die Journalistin Tanja Busse in ihrem Buch „Die Ernährungsdiktatur“ auf den Grund. An vielen Beispielen verdeutlicht die Autorin globale Zusammenhänge rund um Lebensmittel und Essverhalten. Zunächst beschreibt Busse verschiedene Faktoren, die Normalgewichtige zu Übergewichtigen machen. Oft hat der Esskonsum kaum noch etwas mit Sattwerden zu tun. Stattdessen führen die Menschen sich Unmengen an Energie zu, die sie dann durch zu wenig Bewegung nicht verbrauchen. Schuld daran ist unter anderem das Überangebot an Nahrungsmitteln, die hauptsächlich aus Fett, Zucker, Salz, Aromen und Geschmacksverstärker bestehen. Doch nicht nur die Fettleibigen und Fehlernährten sind Opfer der Lebensmittelkonzerne, Busse zeigt auch, dass das Leben im Überfluss nur auf Kosten hungernder und armer Menschen möglich ist.

Mit Tricks manipulieren die führenden Nahrungsmittelkonzerne die KonsumentInnen. Dabei wird das angeblich so vielseitige Angebot nur von wenigen, aber dafür umso größeren Konzernen bestimmt. Die Autorin hinterfragt einerseits die Rolle der VerbraucherInnen und inwieweit sie das Angebot noch mitbestimmen und übt andererseits harsche Kritik an der Ernährungsindustrie. Die verdeutlicht die Machtstrukturen der großen Nahrungskonzerne und wie es ihnen durch ihre Strategien

gelingt, den KundInnen ihre Produkte trotz weniger Nährstoffe schmackhaft zu machen. Antworten der Lebensmittelkonzerne auf Anfragen zu den von ihnen angepriesenen neuen Rezepturen decken auf amüsante Weise legale Mogelpackungen auf. „Bei Fanta ist das Gleiche drin, aber es steht etwas anderes drauf. Bei der Milch ist was anderes drin, aber es steht das Gleiche drauf.“

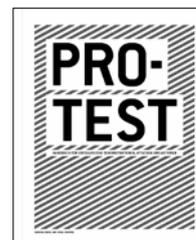
Tanja Busse beschreibt, wie es auch anders geht: mit biologischer Landwirtschaft. Sie beschreibt geschmackliche Unterschiede der Produkte zu herkömmlichen Nahrungsmitteln und entwirft ein idyllisches Bild von Bauern, die auf Qualität bedacht und nicht nur auf Profit aus sind. Außerdem müssten sich die VerbraucherInnen selbst mehr für Ernährung und Lebensmittel interessieren und sich dabei nicht nur auf das Lesen der Zutatenlisten beschränken. Denn sie selbst könnten die Verschleierungstricks der Lebensmittelkonzerne aufdecken, indem sie die Produkte kritischer betrachten und ihre persönliche Verantwortung ernst nehmen. Im Anhang gibt Busse für die Umstellung des eigenen Essverhaltens Tipps für eine „klimafreundliche, gesunde und selbstbestimmte Ernährung“.

Um einen kleinen Einblick in das globale Ernährungssystem zu bekommen, ist das Buch eine leicht verständliche, unterhaltsame und empfehlenswerte Lektüre. Allerdings wirkt Busses Einteilung in „gute Biobauern“ und „böse Ernährungsindustrie“ etwas einseitig, weil sie dabei kaum auf Fortschritte eingeht. Denn nicht alle Unternehmen sind so verantwortungslos, wie die Journalistin sie darstellt. [Zoé Thio]

► Busse, T.: Die Ernährungsdiktatur. Warum wir nicht länger essen dürfen, was uns die Industrie aufzischt. Blessing, München 2010, 334 S., 16,95 €, ISBN 978-3-89667-420-3

Protest-Handbuch

Vom Streik bis zur Sitzblockade, vom Guerilla Gardening bis zum Spuckkleben – Sandra Benz und Vera Warter haben zahlreiche Tipps für die nächste Politaktion gesammelt.



■ Mit Neonstreifen und dicken Lettern signalisiert das „Handbuch für erfolgreiche Demonstrationen, Attacken und Aktionen“, worum es geht. In

schwungvollem Stil und grafisch liebevoll aufbereitet haben die Kommunikationsdesignerinnen Sandra Benz und Vera Warter Formen des Protestes zusammengestellt. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit entstand eine anregende Sammlung von Fakten, Bildern und Beispielen, die anhand von Kategorien schnell einzuordnen sind.

18 praktische Anleitungen zum Protestieren – darunter Tipps für den Bau von Großpuppen, für Pompons beim „radical Cheerleading“ und für die Durchführung von Sitzblockaden – zeigen, wie kreativ und vielfältig politische AktivistInnen ihre Anliegen in die Öffentlichkeit tragen können. Zu den Anleitungen kommen jeweils kurze Steckbriefe zur Wirkung, den Kosten und dem Risiko der Methode sowie unter der Überschrift „Gib acht“ rechtliche Bemerkungen. Denn bei einigen Protestformen muss man mit Ordnungsstrafen oder sogar Strafverfolgung rechnen.

Dass das Protestieren eine lange Tradition hat, erfährt man in anderen Kapiteln des Buches, wo Geschichten von Blockaden, Hausbesetzungen, Flashmobs und Studentendemonstrationen erzählt werden. Alles ist mit Fotos, Symbolerklärungen und Berichten aus den letzten Jahrzehnten anschaulich illustriert. Wer danach noch nicht weiß, was es mit Charles Boycott, den Puppentistas und der Clowns-Armee auf sich hat, ist selbst schuld. Enthalten sind auch drei Interviews mit Protest-Experten, die sich dem Thema aus der Sicht der Forschung (Dieter Rucht), der grafischen Gestaltung (Gérard Paris-

Clavel) und des Sammels von politischen Ansteckern (Wolf von Wolzogen) nähern. Abgerundet wird das Ganze mit Regeln für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Informationen über rechtliche Schritte sowie einem Anhang mit Literaturtipps und ausführlichen Originalquellen.

Gedacht ist das Protesthandbuch als „erster Schritt für Unzufriedene, politisch Interessierte beziehungsweise Protestbereite, ihre Situation selbst in die Hand zu nehmen“ – ausdrücklich auf eigene Verantwortung, was die etwaigen Folgen angeht. Wer eine analytische politikwissenschaftliche Annäherung an die RAF oder an Guerilla-Methoden sucht, wird hier ganz sicher nicht fündig. Geprägt ist „Protest“ vielmehr von der gestalterischen Perspektive der Autorinnen – was zur Lesbarkeit beiträgt und das Buch zu einem echten Hingucker macht. [Juliane Grüning]

- ▶ Benz, S.; Warter, V.: Protest. Handbuch für erfolgreiche Demonstrationen, Attacken und Aktionen. Benz/Warter, München 2010, 140 S., 20,- €, ISBN 978-3-00-031019-5. www.protesthandbuch.de

Ehrenamt und Engagement professionell gestalten

■ Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Broschüre über den Umgang mit Freiwilligen in Verbänden herausgegeben. Hier finden sich Tipps, wie Organisationen Engagierte und aktive Freiwillige gewinnen und dafür in den eigenen Reihen auch die Voraussetzungen schaffen können. Neben Fakten zum Wandel des Ehrenamtes in den letzten Jahren geht es auch um neue Strukturen in Verbänden, die Motivation von HelferInnen und die Einführung einer Anerkennungskultur. Die „zehn Mythen des Freiwilligen-Engagements“ runden die 24-seitige Broschüre ab. [jg]

- ▶ Akademie Management und Politik (Hrsg.): Freiwilligen-Engagement professionell gestalten. Engagierte und aktive Freiwillige gewinnen und beteiligen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, 24 S., 5,- €, ISBN 978-3-86872-296-3. Bezug/kostenloser Download: www.fes-mup.de

INTERNET

Weltbank-Daten

■ Die Weltbank hat ihre Daten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Datenbank enthält Weltentwicklungsindikatoren,

wirtschaftliche und soziale Daten sowie auch Informationen zur Umwelt. Mehr als 2.000 Indikatoren werden Themen und Ländern zugeordnet. So kann man erfahren, dass Japan zu zwei Dritteln bewaldet ist und Venezuela zu über 70 Prozent aus Schutzgebieten besteht, dass Simbabwe mehr Internetnutzer als die Ukraine hat, dass Luxemburgs CO₂-Emissionen höher sind als die der USA oder dass Großbritannien die wenigsten Bauern, aber noch lange nicht die meisten Landmaschinen hat – alles pro Kopf gerechnet. [bv]

- ▶ <http://data.worldbank.org>

Kunst und Landwirtschaft

■ Zusammen mit ihrem Lebensgefährten Thomas Sprenger und dem gemeinsamen Sohn Iwan zog die Künstlerin Antje Schiffers drei Jahre lang von Bauernhof zu Bauernhof und machte dabei folgendes Tauschgeschäft: Sie malte ein Ölbild des Hofes gegen Kost und Logis und er drehte derweil mit der Familie einen kleinen Film über ihren Alltag. So entstand ein europäisches Gesamtkunstwerk, das bisher 23 Facetten aus Deutschland, Holland, Wales, England, Österreich, Rumänien, der Schweiz und Mazedonien vereint. Die Bilder bleiben vor Ort, die Filme füllen mittlerweile einen ganzen Arbeitstag. Sie erzählen einfache Geschichten von mehreren Generationen, von großen und kleinen, konventionellen, biologischen, spezialisierten und traditionellen Landwirtschaften. Unsentimental, aber durchaus poetisch beschreiben die Bäuerinnen und Bauern, was ihnen wichtig erscheint. „Cinema rural“: trocken, direkt, mit Witz und Sinn für die Details des Lebens und den Fluss der Zeit. [Benedikt Härlin]

- ▶ www.ichbingernebauer.eu

umwelt & bildung



Alles unter einem Hut!

Überall Bildung?

Was auf den ersten Blick irritiert und den zweiten interessiert, lässt sich oft über originelle Zusammenhänge aufklären. Das ist unsere Stärke. Denn Umweltbildung entwickelt sich weiter – zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

umwelt & bildung: Lesen für eine lebenswerte Zukunft! 4 x im Jahr.

Einzelheft: EUR 5,-, Jahresabo: [Ö] EUR 14,-/[D, CH] EUR 19,-, (inkl. Versand)



**JETZT BESTELLEN:
Gratis Probeheft
oder gleich ein Abo!**

Bei:
FORUM Umweltbildung,
Alserstraße 21, 1080 Wien
Tel.: 0043/1/402 47 01,
Fax: 0043/1/402 47 01-51,
E-Mail: forum@umweltbildung.at
Oder über das Internet:
www.umweltbildung.at

soziale technik
ifz Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 19 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 20,- (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik
ifz Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (4 Ausgaben) und Abbestellungen:
Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274
E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at
Web: www.ifz.tugraz.at/sote

NEU ERSCHIENEN

- Bechtler, C. u. a. (Hrsg.): **Shared Space. Beispiele und Argumente für lebendige öffentliche Räume.** Biwak, Berlin 2010, 218 S., 15,- €, ISBN 978-3-9803641-7-1.
Bezug: www.biwak-ev.de
- Bürstmayr, M., Franz, G. (Hrsg.): **Zu Fuß. Geschichten über das Gehen.** Promedia, Wien 2010, 240 S., 14,90 €, ISBN 978-3-85371-320-4
- Coulmans, F.: **Hiroshima. Geschichte und Nachgeschichte.** C.H. Beck, München 2010, 127 S., 8,95 €, ISBN 978-3-406-58791-7
- Diefenbacher, H. u. a.: **Wohlstand durch Wachstum – Wohlstand ohne Wachstum – Wohlstand statt Wachstum?** Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn 2010, 46 S., kostenlos, ISSN 1864-0982. Bezug/Download: www.forumue.de/rundbriefe.html
- Döbersalske, K.: **Die rot-grüne Energiewende. Nachhaltige Energienutzung in der Entwicklungszusammenarbeit unter Rot-Grün.** Tectum, Marburg 2010, 168 S., 24,90 €, ISBN 978-3-8288-2277-1
- Efler, M. u. a.: **Europa: nicht ohne uns! Abwege und Auswege der Demokratie in der Europäischen Union.** VSA, Hamburg 2009, 160 S., 9,90 €, ISBN 978-3-89965-360-1. Kostenloser Download: www.wissen.mehr-demokratie.de/3836.html
- Ernst, C.; Wahl, P.: **Nur ein Kollateralschaden? Die Finanzkrise und die Entwicklungsländer.** WEED, Berlin 2010, 57 S., 2,- €, ISBN 978-3-937383-66-8. Kostenloser Download: www.weed-online.org/themen/finanzen (01.06.2010)
- Glenk, A.; Hapke-Kerwien, B. u. a. (Hrsg.): **Frauenkommunebuch. Alltag zwischen Patriarchat und Utopie.** Edition AV, Lich 2010, 444 S., 24,50 €, ISBN 978-3-86841-027-3
- Gresco, T.: **Der letzte Fisch im Netz. Wie wir die wichtigste Nahrungsquelle der Welt retten können – die Meere.** Blessing, München 2010, 560 S., 19,95 €, ISBN 978-3-89667-345-9
- Groth, A.; Müller, M.: **Umweltflüchtlinge. Klimawandel, Migration und Menschenrechte.** NaturFreunde-Verlag, Berlin 2010, 23 S., kostenlos. Bezug: Tel. +49 (0)30 / 297732-64, Fax -80, Download: www.migration.naturfreunde.de
- Henckel, D. u. a.: **Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch.** VS, Wiesbaden 2010, 601 S., 79,95 €, ISBN 978-3-531-16247-8
- Kahlenborn, W. u. a.: **Klimaschutz durch Kapitalanlagen.** Adelphi, Berlin 2010, 34 S., ISBN 978-3-9813697-1-7.
www.klima-und-finanzen.de (Downloadbereich)
- Miegel, M.: **Exit. Wohlstand ohne Wachstum.** Propyläen, Berlin 2010, 304 S., 22,95 €, ISBN 978-3-549-07365-0
- Pöschk, J.: **Energieeffizienz in Gebäuden. Jahrbuch Deutschland 2010.** VME, Berlin 2010, 248 S., 29,50 €, ISBN 978-3-936062-06-9
- Rosenkranz, G.: **Mythen der Atomkraft. Wie uns die Energielobby hinters Licht führt.** oekom, München 2010, 112 S., 8,95 €, ISBN 978-3-86581-198-1
- Rüter, S. u. a.: **GIS-gestütztes Gebietsmonitoring im ehrenamtlichen Naturschutz: Ergebnisse eines Forschungsvorhabens.** Ibidem, Stuttgart 2010, 80 S., 34,90 €, ISBN 978-3-8382-0131-3
- Scholz, M. u. a. (Hrsg.): **Entwicklung von Indikationssystemen am Beispiel der Elbaue.** Ulmer, Stuttgart 2009, 482 S. + CD, 49,90 €, ISBN 978-3-8001-4427-3
- Schott, C.: **Socio-economic dynamics of biofuel development in Asia Pacific.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, 186 S., kostenlos, ISBN 978-979-19998-6-1. Download (PDF, 5,4 MB): www.kurzlink.de/fes07267.pdf
- Settele, J. u. a. (Hrsg.): **Atlas of Biodiversity Risk.** Pensoft, Sofia 2010, 280 S., 99,- €, ISBN 978-954-642-446-4. www.kurzlink.de/biodiv-risk-atlas
- Spilker, N.: **Von der konservativen Utopie zum neoliberalen Mainstream. Naturschutz im intertemporalen Vergleich. Eine Diskursanalyse im Anschluss an Foucault.** Meidenbauer, München 2010, 178 S., 39,90 €, ISBN 978-3-89975-751-4

- ▶ Wallraff, B.: **Professionelles Management von Ehrenamtlichen. Eine empirische Studie am Beispiel von Greenpeace Deutschland.** Budrich UniPress, Leverkusen-Opladen 2010, 234 S., 24,90 €, ISBN 978-3-940755-40-7
- ▶ Wendler, D. u. a.: **Der Carbon Footprint von Kapitalanlagen. Ermittlung der Treibhaus-**

gasintensität der Kapitalanlage privater Haushalte. Adelphi, Berlin 2010, 26 S., ISBN 978-3-9813697-0-0.
www.klima-und-finanzen.de (Downloadbereich)

- ▶ Wolf, W.: **Sieben Krisen – ein Crash.** Promedia, Wien 2009, 253 S., 17,90 €, ISBN 978-3-8571-299-3

Leserbrief: Die Verheißungen der Biokohle täuschen

Betrifft: „Revolution aus den Graswurzeln. Die Schwarzerde Terra preta do índio könnte mehrere Menschheitsprobleme gleichzeitig lösen“ von Ute Scheub, umwelt aktuell 07.2010, S. 2–3

Ute Scheub bewundert die Verheißungen der Biokohle (Biochar), doch leider ist sie wohl getäuscht worden. Sie stellt sich große Mengen an Biokohle vor, die von Kleinbauern verwendet werden – ohne teure Anlagen und Kunstdünger, hergestellt aus Reststoffen vom eigenen Land nach dem Prinzip „die Natur kennt keinen Abfall“. Es stimmt, dass Holzkohle, zusammen mit einer Vielzahl organischer Reststoffe, eine Rolle bei der Bildung fruchtbarer, kohlenstoffreicher Böden in Zentralamazonien spielte, die Terra preta genannt werden. Allerdings wurden diese Böden nicht über Jahre, sondern über Jahrhunderte geformt – von Bauern, die ihre Verfahren an die lokalen Bedingungen angepasst hatten.

Studien über moderne Biokohle lassen darauf schließen, dass pro Hektar zehn bis 20 Tonnen davon zusammen mit anderen Düngern angewandt werden müssen, wenn Bauern auch nur für ein Jahr die Aussicht auf einen höheren Ertrag haben sollen. Könnte eine große, teure Pyrolyseanlage vielleicht die Hälfte des Kohlenstoffs aus der Biomasse in Form von Biokohle gewinnen, so können die Bauern mit ihrer einfacheren und billigeren Ausrüstung von Glück reden, wenn sie ein Drittel erhalten. So wäre viel mehr Biomasse pro Hektar erforderlich, als aus Reststoffen von derselben Fläche gewonnen werden kann, und es bliebe sicher nichts mehr für Kompost übrig, was die Abhängigkeit von Kunstdünger fortzuschreiben würde. Bauern müssten entweder auf einem großen Teil ihres Landes sämtliche Reststoffe herausholen, um Biokohle auf einem viel kleineren Teil anzuwenden, oder sie müssten Biokohle kaufen, die von Plantagen stammt. Die Wirkungen von Großplantagen auf Klima, biologische Vielfalt und

Menschen sind bekannt, und Ute Scheub spricht sich auch klar gegen Plantagen für Biokohle aus. Auf der anderen Seite führt das Entfernen von Ernteresten und Totholz zur Erosion und Auslaugung der Böden und zerstört die biologische Vielfalt, besonders im Fall von Wäldern, wo die Bäume an Widerstandskraft gegenüber Stürmen und Trockenheit verlieren. „Die Natur kennt keinen Abfall“ ist vielleicht das stärkste Argument gegen Biokohle.

Es gibt noch weitere Probleme: Die Autorin spricht von Holzkohlenstaub, beachtet aber nicht, dass fliegender Holzkohlenstaub genug Erwärmung verursachen kann, um die „Klimavorteile“ zunichte zu machen, die die Anhänger der Biokohle unbewusenermaßen für sie in Anspruch nehmen. Wird der Staub eingeatmet, kann er auch die lebensgefährliche Staublungung verursachen. Außerdem verwechselt Ute Scheub Humus mit Holzkohle. Humus ist nährstoffreiche Erde, reich an organischem Material. Holzkohle kann höchstens Nährstoffe binden, wie Kompost und anderes organisches Material auch, ist aber im Gegensatz zu Kompost kein Dünger. Ironischerweise lobt die Autorin die Technik als eine, die nicht patentiert werden kann, wo doch schon eine ganze Reihe von Patentanmeldungen für Biokohle geprüft werden. Darunter ist eine von Haiko Pieplow und seinen Kollegen, die die Firma TriaTerra betreiben, für die in dem Artikel geworben wird (siehe www.tinyurl.com/38wvbs).

Almuth Ernsting, Biofuelwatch, Aberdeen

**Kontakt: E-Mail: info@biofuelwatch.org.uk,
www.biofuelwatch.org.uk**

Impressum

**umwelt aktuell August/September 2010
ISSN 1865-3901**

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Florian Noto [fn], Zoé Thio [zt], Thalif Deen/IPS [td]. **Service:** Juliane Grüning **ökopädNEWS:** siehe S. 48

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg **Bildnachweis:** Titelfoto: DLR; S. 30 unten: Iris Brunar **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com **Anzeigen:** oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

AUGUST

06.–12.08., bei Alzey/
Rheinessen (D)

**Überregionales
Gemeinschaften-
Festival**

► Ökodorf-Institut,

Karl Heinz Meyer, Herrischried, Tel. +49 (0)7764 / 933999, E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de, www.gemeinschaften.de

26.–27.08., Karaganda (KZ)

Internationale Ökotourismus-Konferenz

► NABU, Til Dieterich, E-Mail: til.dieterich@nabu.de, www.conference.ecotourism.kz

27.–28.08., Hannover (D)

Auto und Mobilität in der Krise. Konferenz

► RLS/Umkehr e.V./Attac u. a., Hannover, Tel. +49 (0)511 / 2790934, E-Mail: mobikon@rls-nds.de, www.rosalux.de/shorturl/mobikon

SEPTEMBER

02.09., Hofgeismar bei Kassel (D)

Fachtagung Landwirtschaft und Klimaschutz

► Evangelische Akademie, Helmut Ellerbrok-Kubach, Tel. +49 (0)6424 / 3011-14, E-Mail: helmut.ellerbrok-kubach@llh.hessen.de, www.llh-hessen.de

02.–03.09., Dessau (D)

**Forschung des Bundes zur Anpassung an den
Klimawandel.** Konferenz

► Umweltbundesamt/Deutscher Wetterdienst/ KomPass, www.anpassung.net

03.–05.09., Osnabrück (D)

**Jugend – Zukunft – Vielfalt. Jugendkongress
Biodiversität 2010**

► Bundesumweltministerium, Nina Weichselfelder, Tel. +49 (0)541 / 9633-916, E-Mail: s.jessen@dbu.de, www.jugend-zukunft-vielfalt.de

08.–10.09., Braunschweig (D)

**River Flow 2010. International Conference on
Fluvial Hydraulics**

► IAHR, Dietmar Kähler, Tel. +49 (0)531 / 39142-12, Fax -15, www.riverflow2010.org

09.09., Essen (D)

**Luftreinhaltung in europäischen Regionen.
Herausforderungen und Erfolge**

► Umweltministerium NRW, Tel. +49 (0)211 / 4566621, E-Mail: infoservice@munlv.nrw.de, www.umwelt.nrw.de/umwelt/luftqualitaet/aktuell

09.–10.09., Bremen (D)

**Naturschutzgroßprojekte als Motor regionaler
Naturschutzentwicklungen**

► Stiftung NordWest Natur, Tel. +49 (0)421 / 71006, E-Mail: info@nordwest-natur.de, www.nordwest-natur.de

09.–12.09., Eckernförde (D)

Green Screen. Internationales Naturfilmfestival

► Green Screen, Tel. +49 (0)4351 / 47-0043, Fax -6836, E-Mail: greenscreen-festival@web.de, www.greenscreen-festival.de

13.–14.09., Hamburg (D)

**Vielfältige Landwirtschaft in Zeiten des
Klimawandels**

► Agrar Koordination, Mireille Hönicke, Tel. +49 (0)40 / 392526, E-Mail: mireille.hoenicke@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

15.09., Berlin (D)

**100 % Erneuerbare Energien in Deutschland bis
2050. Alternativer Energiegipfel**

► Die Klima-Allianz, Christina Hering, Tel. +49 (0)30 / 678177572, E-Mail: hering@klima-allianz.de, www.klima-allianz.de

17.–26.09., bundesweit (D)

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

► Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Tel. +49 (0)30 / 62980120, E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de, www.engagement-macht-stark.de

17.09., Zürich (CH)

Energiekrise als Chance. Fachtagung

► Schweizerische Energie-Stiftung, Tel. +41 (0)44 / 2715464, E-Mail: info@energiestiftung.ch, www.energiestiftung.ch

20.–23.09., Oberhausen (D)

Weiterbildung Naturschutzrecht. Seminar

► Landesbüro der Naturschutzverbände NRW, Tel. +49 (0)208 / 88059-0, Fax -29, E-Mail: info@lb-naturschutz-nrw.de, www.lb-naturschutz-nrw.de

22.09., Berlin (D)

20 Jahre Umweltschutzbund. Tagung

► DBG Bildungswerk, Abt. Umwelt & Nachhaltigkeit, Evelyn Rief, Tel. +49 (0)211 / 4301270,

E-Mail: evelyn.rief@dgb-bildungswerk.de, www.betriebsratsqualifizierung.de/korebb

23.–25.09., Grimma (D)

Deutscher Landschaftspflegetag 2010

► Deutscher Verband für Landschaftspflege, Bernd Blümlein, Tel. +49 (0)981 / 465335-44, Fax -50, E-Mail: bluemlein@lvpv.de, www.landschaftspflegeverband.de

24.–25.09., Berlin (D)

Stromaufwärts. Energiekongress 2010

► Greenpeace Energy, Marcel Keiffenheim, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 808110-652, Fax -555, E-Mail: presse@greenpeace-energy.de, www.energiekongress.greenpeace-energy.de

26.–28.09., Berlin (D)

Human Biomonitoring

► Umweltbundesamt/Umweltbundesministerium, Silvia Mikosch, Tel. +49 (0)30 / 21014-152, Fax -358, E-Mail: conference@fbuberlin.de, www.fbuberlin.de/HBM_conference_Berlin_2010

27.09.–01.10., Stralsund (D)

30. Deutscher Naturschutztag 2010

► BBN/BfN/DNR/Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern. DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

28.09., Brüssel (B)

BMELV-Symposium zu Biopatenten

► Bundeslandwirtschaftsministerium/Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 18529-0, Fax -4262, www.kurzlink.de/bmelv-biopotent-symp

29.–30.09., Kassel (D)

100 % Erneuerbare-Energie-Regionen. Kongress

► deENet, Jutta Siebenschuh, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 7882130, E-Mail: 100eer@kongress-palais.de, www.100-ee-kongress.de

30.09.–02.10., Berlin (D)

**Power to the people. Internationale Konferenz zu
Energiepolitik und Nachhaltigkeit**

► RLS, Evelin Wittich, Tel. +49 (0)30 / 44310140, E-Mail: wittich@rosalux.de, www.kurzlink.de/powertothepeople

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Klimaneutrale Zertifizierung

NaturGut Ophoven geht voran

Viele Unternehmen engagieren sich für den Klimaschutz und kompensieren freiwillig ihre CO₂-Emissionen. Die meisten Umweltzentren in Deutschland nutzen diese Möglichkeit aber noch nicht. Das Bildungszentrum NaturGut Ophoven in Leverkusen möchte hier Vorbild sein und hat sich klimaneutral zertifizieren lassen.

□ Der steigende Ausstoß von Treibhausgasen ist die Hauptursache für den Klimawandel. Die Vermeidung von CO₂-Emissionen ist das wichtigste Element im Kampf dagegen. Alle Einrichtungen, auch Umweltzentren, belasten das Weltklima durch die Emission von Kohlendioxid. Es entsteht zum Beispiel durch Stromverbrauch, Heizung, Mobilität der Mitarbeiter und Besucher oder Versand von Waren. Durch bessere Energieeffizienz, Wärmedämmung oder die Vermeidung unnötiger Autofahrten kann CO₂ eingespart werden. Komplett klimaneutral wird eine Einrichtung aber erst dann, wenn auch die nicht mehr vermeidbaren CO₂-Emissionen durch Einsparungen an anderem Ort kompensiert – also ausgeglichen – werden. Das kann auch durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern geschehen.

Wie wird eine Einrichtung klimaneutral?

Der erste Schritt zur Klimaneutralität ist eine CO₂-Bilanz des gesamten Geschäftsbetriebs. Die Quellen der Emissionen werden ermittelt und die Emissionen beziffert. Diese Bilanz muss jedes Jahr neu erstellt werden. Der zweite Schritt ist die CO₂-Reduktion. Dazu müssen CO₂-Einsparpotenziale aufgespürt und realisiert werden. Im dritten und letzten Schritt kann dann eine CO₂-Kompensation erfolgen: Die nicht weiter reduzierbaren Emissionen werden durch international anerkannte Klimaschutzzertifikate ausgeglichen.

Da das Treibhausgas CO₂ global wirkt, egal wo es entstanden ist, können auch die Maßnahmen zur Kompensierung global durchgeführt werden. Für jede nicht eingesparte Tonne CO₂ kann ein bestimmter Geldbetrag gezahlt werden, mit dem internationale Klimaschutzprojekte finanziert werden. Das schafft zugleich eine gewisse

Klimagerechtigkeit, denn ein Mensch in Afrika oder Indien emittiert im Durchschnitt wesentlich weniger Treibhausgas als ein Europäer oder US-Bürger.

Der CO₂-Ausgleich wird durch Klimaschutzzertifikate bestätigt und dokumentiert. Eine Zertifizierung sollte nur durch eine neutrale, international anerkannte Organisation erfolgen. Die Zertifizierung führt in der Regel zu einer deutlichen Sensibilisierung für den Klimaschutz bei Mitarbeitern wie Besuchern. Die Glaubwürdigkeit des Zentrums steigt und die Einrichtung wird zu einem Vorbild für andere.

Kann ein Bildungszentrum klimaneutral sein?

Klimaschutz ist im Umweltbildungszentrum NaturGut Ophoven in Leverkusen seit vielen Jahren ein wichtiges Thema in der pädagogischen Arbeit. Jetzt ist das NaturGut als erstes CO₂-neutrales Umweltinformationszentrum in Deutschland mit dem ersten klimaneutralen Bio-Bistro Deutschlands und der ersten klimaneutralen Biologischen Station zertifiziert worden. „Es geht um Glaubwürdigkeit“, sagt Hans-Martin Kochanek, Leiter der Einrichtung. „Wollen wir den Klimaschutz ernst nehmen, müssen wir auch in unserem eigenen Tun vorbildlich sein.“

Beim Umbau der Scheune im NaturGut Ophoven waren Nachhaltigkeit und Energiebewusstsein oberstes Gebot: Das Gebäude besitzt Niedrigenergiehausstandard. Bewegungsmelder im Flur schalten das Licht an. Als Heizung dienen ein umweltfreundliches Blockheizkraftwerk und ein Holzvergaserkessel. Die Unternehmensberatung ClimatePartner errechnete aus den Treibhausgasemissionen der Verwaltungsaktivitäten, des BioBistros und der im Zentrum ansässigen NABU-

Naturschutzstation Rhein-Berg den „CO₂-Fußabdruck“ des NaturGutes. Vermeidungs- und Reduktionspotenziale ergeben sich, wenn etwa der Verbrauch an Papier und Energie weiter eingeschränkt und die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln gefördert wird. Für das NaturGut Ophoven wurde ein Gesamtausstoß von 178 Tonnen CO₂ ermittelt, für die Naturschutzstation 17 Tonnen – bezogen auf 2008.

Diese nicht mehr vermeidbaren CO₂-Emissionen kompensiert das NaturGut durch Ausgleichszahlungen nach dem sogenannten CDM Gold Standard mit 24 Euro pro Tonne CO₂. Das Geld fließt in ein entsprechend zertifiziertes Klimaschutzprojekt.

Der Gold Standard

Der Gold Standard wurde 2003 von Wissenschaftlern und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen unter Federführung des WWF entwickelt. Der Fokus der Gold-Standard-Projekte liegt bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Investiert wird nur in Projekte, die unabhängig, validiert und verifiziert sind, sodass die Glaubwürdigkeit und die Integrität der Kompensationsprojekte garantiert werden kann.

Das NaturGut Ophoven investiert in ein Myclimate-Klimaschutzprojekt in Madagaskar. Dort werden effiziente Solarkocher verbilligt an die Bevölkerung abgegeben, um der voranschreitenden Abholzung entgegenzuwirken. Durch das Kochen auf den Solarkochern sinkt der Verbrauch von Brennholz und Holzkohle und klimaschädliche CO₂-Emissionen werden reduziert. Vor Ort werden Schulungsprogramme für die Bevölkerung durchgeführt.

Aus Anlass der klimaneutralen Zertifizierung des NaturGuts Ophoven fand im Mai das Symposium „Klimaneutral zertifiziert! Chancen für Unternehmen und Bildungseinrichtungen“ statt. Die Fachbeiträge können von der Internetseite des NaturGuts heruntergeladen werden.

[Ute Rommeswinkel, Jürgen Forkel-Schubert]

▷ Förderverein NaturGut Ophoven, Ute Rommeswinkel, Leverkusen, Tel. +49 (0)2171 / 7349941, E-Mail: ute.rommeswinkel@naturgut-ophoven.de www.naturgut-ophoven.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Baden-Württemberg startet deutsch-französisches Umweltbildungsprojekt

□ Am Oberrhein entsteht mit Unterstützung von Mitgliedern der ANU Baden-Württemberg ein grenzüberschreitendes deutsch-französisches Umweltbildungsprojekt. Neben der Ökostation Freiburg arbeiten die Ökologiestation Langenhard, das Trinationale Umweltzentrum Weil, das Naturerlebniszentrum Wappenschmiede und das französische Netzwerk Ariena zusammen an der Entwicklung von zweisprachigen pädagogischen Materialien. Geplant sind außerdem eine Internetplattform, eine Zeitung und ein Verzeichnis der Umweltbildungseinrichtungen auf beiden Seiten des Rheins. Das mit 636.000 Euro dotierte Projekt wird zur Hälfte von der Europäischen Union im Rahmen des Programms Interreg IV A Oberrhein finanziert.

- ▷ ANU Baden-Württemberg, Ökostation Freiburg, Heide Bergmann, www.oekostation.de
- ▷ www.ariena.org

ANU Hessen organisiert Fachtagung mit innovativen Projekten

□ „Zukunft Gestalten Lernen“ ist der Titel einer Fachtagung, die die ANU Hessen im Auftrag des hessischen Umweltministeriums am 20. September in Frankfurt am Main durchführt. Hauptrednerin Ute Stoltenberg, Professorin an der Leuphana Universität Lüneburg, referiert über Wege zur nachhaltigen Entwicklung und die Neugestaltung von Bildung. In zwei Workshoprunden werden innovative und handlungsorientierte Projekte für unterschiedliche Zielgruppen vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung vorgestellt. In der Mittagspause bietet eine Ausstellung Projekte aus den Bereichen Umweltzentren, Industrie, Nichtregierungsorganisationen, Landesinstitutionen und Umweltbildung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

- ▷ www.anu-hessen.de/tagung

ANU-Projekt Leuchtpol mit neuem Kuratorium

□ Leuchtpol ist das größte Umweltbildungsprojekt im Elementarbereich in Deutschland. Für das Kuratorium konnte der ANU-Bundesverband als alleiniger Gesellschafter renommierte Persönlichkeiten gewinnen: Neben Renate Schmidt, ehemalige Bundesfamilienministerin und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, wirken Andreas Gollan von der Eon AG, Ralph Labonte von der ThyssenKrupp AG, Hans Rudolf Leu vom Deutschen Jugendinstitut und Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender des AWO-Bundesverbandes, mit. Zum Vorsitzenden wurde Bernd Overwien, Professor an der Universität Kassel, gewählt, Stellvertreter ist der Unicef-Sonderbotschafter und KI.KA-Moderator Juri Tetzlaff. Die Aufgaben des Kuratoriums sind die strategische Beratung und die Vernetzung mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren sowie die Präsentation des Projektes in der Öffentlichkeit.

- ▷ www.leuchtpol.de

NUA feiert 25-jähriges Bestehen

□ Am 5. September begeht die Natur- und Umweltschutzakademie Nordrhein-Westfalen (NUA) mit einem Umweltfest ihr 25-jähriges Jubiläum. Seit einem Vierteljahrhundert wird die Bildungsarbeit der NUA in enger Kooperation vom verbandlichen und behördlichen Natur- und Umweltschutz gemeinsam getragen.

1985 zunächst als reines Naturschutzzentrum des Landes gegründet, griff die Einrichtung bald darauf auch Umweltthemen auf. 1997 erfolgte konsequenterweise die Umwandlung in eine Natur- und Umweltschutzakademie. Wichtige Meilensteine waren die Gründung des Nationalparks Eifel, die Eröffnung des umweltfreundlichen neuen Akademiegebäudes im Jahr 2006, die Kampagne „Schule der Zukunft“ und die beiden Lumbricus-Umweltmobile, die seit vielen Jahren auch überregional im Einsatz sind. Das Programm verzeichnet dieses Jahr über 200 Veranstaltungen – eine stolze Leistung!

- ▷ www.nua.nrw.de

Naturschule Freiburg bietet „Natürlich Kunst“

□ Naturwahrnehmung und Naturerfahrung sind wichtige Bausteine einer vier teiligen Fortbildung mit dem Künstler Werner Henkel aus Bremen, die von der Naturschule Freiburg organisiert wird. Die Fortbildung zeigt, wie über den gestalterischen Umgang mit Naturmaterialien und die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Naturraum kreative Potenziale angeregt und neue Zugänge zur Natur gebahnt werden können – für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Die vier Seminare finden von Oktober 2010 bis Juni 2011 in Mitteldeutschland statt, das erste beginnt am 8. Oktober.

- ▷ www.naturschule-freiburg.de

Von der Kolonialschule zum WeltGarten

□ Der Kolonialismus steht im Mittelpunkt eines Seminars am 1. und 2. Oktober im WeltGarten Witzenhausen. Dort befand sich von 1898 bis 1956 (!) die Deutsche Kolonialschule. Aus ihr entwickelten sich sowohl das Völkerkundliche Museum als auch das Tropengewächshaus und die historische Bibliothek. Das Seminar stellt an den drei Lernorten erprobte und ausgezeichnete Methoden und Ideen vor, wie man das Thema Kolonialismus in die eigene Bildungsarbeit integrieren kann.

- ▷ www.uni-kassel.de/agrar/tropengewachshaus

SCHWERPUNKT: NATURERLEBEN

Jugendliche wissen wenig über die Natur

□ Für einige Kinder und Jugendliche geht die Sonne im Norden auf und Hühner legen drei Eier am Tag. Nachzulesen ist das im Jugendnaturreport 2010, für den 3.000 junge Menschen zwischen elf und 15 Jahren von der Universität Marburg befragt wurden. Nicht nur das Naturverständnis sei mangelhaft, auch das Verständnis von nachhaltiger Entwicklung, so der Report. Kostenloser Download im Internet.

- ▷ www.kurzlink.de/jugendreport2010.pdf

Wettbewerb „Entdecke die Vielfalt!“

□ Natur erforschen, Global handeln, Kreativ kommunizieren heißen die Themenbereiche eines Wettbewerbs für Kinder und Jugendliche zwischen neun und 16 Jahren. Auch Schulklassen und Jugendgruppen können mitmachen. Gesucht werden Aktionen und Projekte rund um die biologische Vielfalt. Eine Broschüre mit Projekten aus den Vorjahren und vielen Tipps für die Realisierung kann kostenlos über das Internet bestellt werden. Wer bis zum 10. August seinen Beitrag online stellt, hat die Chance, beim Deutschen Umweltpreis in Bremen oder beim Deutschen Naturschutztag in Stralsund dabei zu sein.

▷ www.entdecke-die-vielfalt.de

Bundesweiter Ring der Vivarienschulen

□ Lebende Tiere sind eine Bereicherung für jede Schule. Besonders einfach lassen sich Schnecken, Regenwürmer, Spinnen, Insekten, Kriechtiere oder Mäuse halten. Sie leben in Kästen, auch Vivarien genannt. Seit 1999 treffen sich Schulen mit eigenen Vivarien einmal im Jahr zu einer Fortbildung und tauschen Informationen über Tierhaltung, Nachzuchten und Einsatzmöglichkeiten im Unterricht aus. Dieses Jahr findet das Treffen der Vivariumschulen am 23. und 24. September in Amöneburg bei Marburg statt. Rund 25 Vivarienschulen, schwerpunktmäßig in Hessen, sind mit ihren Arbeitsschwerpunkten im Internet zu verzeichnen.

▷ www.vivariumschulen.de

25 Jahre Zooschule bei Hagenbeck

□ Seit 25 Jahren ist Keike Johannsen Zoopädagogin bei Hagenbeck in Hamburg. Sie begann als ABM-Kraft mit einer Umhängetasche. Als die Nachfrage nach Erkundungsgängen und Lehrerfortbildungen kontinuierlich stieg, wurde 1990 eine feste Stelle daraus und für die Zooschule ein Container aufgestellt. Im vergangenen Jahr begrüßte Johannsen als Leiterin der Zooschule rund 30.000 Gäste, davon 663 Schulklassen. Lehrkräfte können heute

aus über 30 verschiedenen Erkundungsgängen wählen. Die Betreuung übernehmen die 40 ZooschullehrerInnen. Eine Jubiläumsbroschüre stellt die Zooschule von ihren Anfängen bis heute vor. Sie kann komplett aus dem Internet heruntergeladen werden.

▷ www.li-hamburg.de/fix/files/doc/ZooschulBrief_7_Jun_2010.pdf

Züricher Naturschulen kostenlos für Kinder

□ 1986 öffnete in Zürich eine Waldschule ihre Pforten. Heute gibt es in der Stadt unter der Bezeichnung Naturschulen eine Allmendeschule, fünf Bauernhofschulen, vier Waldschulen, eine Wildparkschule, eine mobile Naturschule und das Segelhaus. Alle Angebote sind für Züricher Klassen gratis. Zwölf Biologen und LehrerInnen übernehmen die Betreuung. Es gibt Tagesangebote, Workshops, Arbeitseinsätze und Materialien zum Ausleihen. Schon etwa die Hälfte der Primarschulklassen nutzen die Angebote der Naturschulen. Langfristig soll jede Klasse mindestens einen Tag im Schuljahr in der Natur verbringen.

▷ www.stadt-zuerich.ch (Suche: Naturschulen)

Informelles Lernen in Zoos und Botanischen Gärten

□ Zoos, Botanische Gärten und Freilichtmuseen sind beliebte Freizeiteinrichtungen mit einem sehr breiten Besucherspektrum. Sie sind auch wichtige Akteure bei der Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Als Ergebnis eines Forschungsprojekts hat das Bundesamt für Naturschutz als Band 78 der Reihe Naturschutz und Biologische Vielfalt die Broschüre „Natur und Nachhaltigkeit. Innovative Bildungsangebote in Botanischen Gärten, Zoos und Freilichtmuseen“ herausgegeben. Sie stellt innovative Bildungsansätze vor und gibt wertvolle Tipps zur Finanzierung und Weiterentwicklung der Angebote.

▷ www.kurzlink.de/bfn-heft78

Von und mit Tieren lernen

□ Dass Zoos Artenschutzprogramme unterstützen, wissen vielleicht einige. Dass sie auch über regenerative Energien, regionale Produkte oder Wassersparen informieren, ist sicher den wenigsten bekannt. Der Praxisleitfaden „Umweltbildung – tierisch gut!“ stellt 22 dieser Projekte aus deutschen und schweizerischen Zoos vor. Die Autoren geben Tipps und erklären, wie Pädagogen vorhandene Angebote nutzen und eigene konzipieren können. Experten wie Ute Stoltenberg und Ulrich Gebhard sowie Zoopädagogen ergänzen aus ihrer Sicht, wie informelles Lernen im Zoo funktioniert.

▷ www.tierische-umweltbildung.de.

Die geheime Sprache der Vögel

□ Ralph Müller beschreibt in seinem Buch „Die geheime Sprache der Vögel“ die alte, fast vergessene Kunst, sich die wachen Sinne der Tiere und besonders der Vögel zunutze zu machen, und gibt viele Anleitungen für eigene Lernübungen. Auf der CD „Die Sprache der Natur“ stellt er außerdem Stimmäußerungen von Vögeln vor und deutet sie. Der leidenschaftliche Ornithologe, Naturschützer, Falkner und Jäger erwarb sein Wissen bei indigenen Völkern und leitet heute eine Wildnisschule im Allgäu.

▷ www.natur-wildnis-schule.de

BNE AKTUELL**GEW für Kurs auf nachhaltige Entwicklung**

□ Bildungsinhalte und Strukturen in der Schule müssen durch ein umfassendes Konzept für BNE und globales Lernen verändert werden. Diesen Beschluss fasste die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf ihrem 26. Gewerkschaftstag letztes Jahr in Nürnberg. Bildung und Erziehung sollen den auf zukunftsorientierte Entwicklung bezogenen Kompetenzerwerb nicht nur in den schulischen Fächern, sondern auch im fächerübergreifenden

und -verbindenden Lernen stärker in den Vordergrund stellen. Der Beschluss findet sich in der Broschüre „Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung“ wieder, die auch Anregungen für Schulprogramme, Curricula, Unterricht und Projektarbeit enthält.

- ▷ Kostenloser Download: www.gew.de/Binaries/Binary55749/GEW-BNE-final-web.pdf

EU-Präsidentschaft will BNE voranbringen

□ Belgien hat am 1. Juli von Spanien die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Das Land hat sich für das zweite Halbjahr 2010 viel vorgenommen. Belgien will auf dem Bildungsgipfel im Herbst BNE als Querschnittsaufgabe in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie verankern. Das flämische EU-Verbindungsbüro führte im Mai für KollegInnen aus anderen europäischen Regionen einen Workshop über den Stand der Implementierung von BNE durch. Vorgestellt wurden regionale Konzepte aus Flandern und Hamburg, Finanzierungswege durch die EU, Projekte aus der Wirtschaft und Regional Centers of Expertise (RCE).

- ▷ Dokumentation: www.vleva.eu/en/?q=node/102

Biologische Vielfalt und BNE

□ In einem Grundsatzpapier stellt die bundesweite AG Biologische Vielfalt der UN-Dekade BNE vier Schlüsselthemen für die pädagogische Bearbeitung dieses komplexen Themas vor. Zugänge für Bildungsangebote lassen sich demnach über die Vielfalt der Lebensräume, die Leistungen der Natur sowie die Auswirkungen des Klimawandels und unseres Konsums auf die biologische Vielfalt finden. Das Thesenpapier nennt Beispiele und formuliert Fragen, die sich in den verschiedenen Bildungskontexten aufgreifen lassen. In der AG arbeiten etwa 20 Akteure aus Wissenschaft, Praxis, staatlichen und privaten Einrichtungen zusammen, um Fachebene und Bildung besser zu verknüpfen.

- ▷ www.bne-portal.de (Über uns – Gremien – Arbeitsgruppen)

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere Termine unter www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

22.–27.08., Pierrefontaine-Les-Varans (F)
Europäische Umweltbildungswoche 2010
 ▷ www.reseaucoleetnature.org/rencontres-2010.html (Deutsche Version)

24.08., Maasholm/Schleswig (D)
Erlebnisse in der Natur und in Naturerlebnisräumen
 ▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

25.–26.08., Ebsdorfergrund/Hessen (D)
Wo kommt unsere Mahlzeit her? Bauernhof als Lernort für eine nachhaltige Entwicklung
 ▷ www.llh-hessen.de

29.08.–04.09., St. Georgen/Gusen bei Linz (A)
Hüter der Erde Festival. Wildnisfestival
 ▷ www.myhde.org

30.08.–02.09., Viktorsberg/Vorarlberg (A)
Ökolog-Sommerakademie
 ▷ www.umweltbildung.at/soak2010

30.08.–03.09., Remscheid (D)
Land-Art Worldwide. Fortbildung für ErzieherInnen
 ▷ www.akademieremscheid.de

31.08.–02.09., Wien (A)
Umweltpädagogische Tage
 ▷ www.agrarhochschule.at

08.–09.09, Chur (CH)
Lebensversicherung Biodiversität. Vielfalt im Fokus von BNE
 ▷ www.umweltbildung.ch/veranstaltungen

13.09., Aachen (D)
Treffen des AK Umweltpädagogik Rheinland
 ▷ www.querwaldein.de/ak.htm

17.–19.09., bei Ludwigsthal/Bayerischer Wald (D)
Nichts wird für die Ewigkeit gemacht ... sondern für den Augenblick. LandArt-Workshop
 ▷ www.waldzeit.de

17.–26.09., bundesweit (D)
Bundesweite Aktionstage der UN-Dekade BNE
 ▷ www.bne-portal.de

18.–19.09., Münster (D)
Naturerlebnispädagogik. Naturerlebnisse schaffen, Natur sinn-voll erleben
 ▷ www.wildnis-werkstatt.de

20.–26.09, Tübingen (D)
World Student Environmental Summit 2010
 ▷ www.2010wses.org

23.–24.09., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)
Künstlerisches Gestalten als Dimension von Naturerleben und Naturvermittlung
 ▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

23.–26.09., Potsdam (D)
Grünes Klassenzimmer. Treffen der AG Pädagogik der Botanischen Gärten
 ▷ www.verband-botanischer-gaerten.de (Arbeitsgruppen – Pädagogik – Aktuelles)

24.09., Bietigheim-Bissingen/Württemberg (D)
Naturerlebnis als Mittel für die Gewaltprävention? Beiträge zur vorschulischen Umweltbildung
 ▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

01.–03.10., Tutzing am Starnberger See (D)
WertvollerLeben. Abschlussstagung der ANU-Kampagne
 ▷ www.umweltbildung-bayern.de

01.–03.10., Gunzesried/Oberallgäu (D)
Landart in den Allgäuer Alpen. Workshop
 ▷ www.naturerlebnis-landart.de/workshop.pdf

02.–03.10., Münster (D)
Mit Jugendlichen Natur und Landschaft erleben
 ▷ www.wildnis-werkstatt.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
 NATUR- UND UMWELTBILDUNG
 Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
 Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
 ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
 Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,
 Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de